

## 8. Sitzung

am Dienstag, dem 16. Dezember 2008, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 349

### Erklärung

**des Herrn Staatsministers Herrmann zum Thema: "Mordversuch am Leiter der Polizeidirektion Passau"**

hierzu:

#### Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller u. a. u. Frakt. (CSU),  
Franz Maget, Franz Schindler, Florian Ritter u. a. u. Frakt. (SPD),  
Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Frakt. (FW),  
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer u. Frakt. (FDP)

**Entschließung Gemeinsam gegen Rechtsextremismus (Drs. 16/158)**

Staatsminister Joachim Herrmann..... 349  
Franz Schindler (SPD)..... 353  
Christian Meißner (CSU)..... 356  
Hubert Aiwanger (FW)..... 358  
Christine Stahl (GRÜNE)..... 360  
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 363  
Karl Freller (CSU)..... 365

Beschluss zum Dringlichkeitsantrag 16/158..... 366

#### Gesetzentwurf der Staatsregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drs. 16/95)**

- Zweite Lesung -

Georg Winter (CSU)..... 367  
Adelheid Rupp (SPD)..... 370 386  
Mannfred Pointner (FW)..... 374  
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 377  
Karsten Klein (FDP)..... 381

Philipp Graf von und zu  
Lerchenfeld (CSU)..... 383  
Bernhard Pohl (FW)..... 384 387  
Ernst Weidenbusch (CSU)..... 386 387  
Staatsminister Georg Fahrenschohn..... 387

Beschluss zum Zweiten Nachtragshaushaltsplan  
2008..... 390

Beschluss zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz  
2008..... 391

Namentliche Schlussabstimmung zum Zweiten  
Nachtragshaushaltsgesetz 2008 (s. a. Anlage).....  
391

#### Mitteilung betr. Besetzung

der **Richter-Wahl-Kommission** (Drs. 16/154),  
des **Landessportbeirats** (Drs. 16/155),  
des **Landesgesundheitsrats** (Drs. 16/156) und  
des Ergebnisses der **Wahl zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der G-10-Kommission** ..... 391

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 16/95.....  
392

#### Gesetzentwurf der Abg.

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger u. a. u. Frakt. (CSU),  
Franz Maget, Harald Güller, Stefan Schuster u. a. u. Frakt. (SPD),  
Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Frakt. (FW),  
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde u. Frakt. (FDP)

**zur Änderung des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes (Drs. 16/72)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung (Drs. 16/143)

Beschluss;  
Schlussabstimmung..... 391

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/33)**

- Zweite Lesung -  
Beschlussempfehlung (Drs. 16/151)

Beschluss;  
Schlussabstimmung..... 392

**Antrag** der Staatsregierung  
**auf Zustimmung zum Vertrag zur Änderung des Vertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen Kulturgemeinden in Bayern (Drs. 16/30)**

- Zweite Lesung -  
Beschlussempfehlung (Drs. 16/147)

Beschluss..... 392

Schluss der Sitzung..... 393

(Beginn: 14.04 Uhr)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 8. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde selbstverständlich wie immer erteilt. Ich darf darauf hinweisen, dass Hörfunk und Fernsehen live übertragen.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich zunächst bei den Fraktionen sehr herzlich bedanken, dass wir uns heute sehr schnell auf ein Sitzungsende um 18.30 Uhr statt 18.00 Uhr verständigen konnten. Das heißt, dass wir dann auch bis 18.30 Uhr Abstimmungen vornehmen können. Das ist für den Verlauf unserer heutigen Tagesordnung von ganz entscheidender Bedeutung.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse in Passau hat der Staatsminister des Innern darum gebeten, ihm zu Beginn der heutigen Plenarsitzung Gelegenheit zu einer Erklärung gemäß § 177 Absatz 1 der Geschäftsordnung zum Mordversuch am Leiter der Polizeidirektion Passau zu geben. Ich erteile nunmehr Herrn Staatsminister Herrmann außerhalb der Tagesordnung das Wort. Wir haben uns auf 15 Minuten Redezeit geeinigt. So viel Zeit muss heute sein.

**Erklärung  
des Herrn Staatsministers Herrmann zum Thema:  
"Mordversuch am Leiter der Polizeidirektion  
Passau"**

-hierzu:-

**Dringlichkeitsantrag der Abg.  
Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller u. a. u.  
Frakt. (CSU),  
Franz Maget, Franz Schindler, Florian Ritter u. a. u.  
Frakt. (SPD),  
Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Frakt. (FW),  
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.  
a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas  
Fischer u. Frakt. (FDP)  
Entschließung Gemeinsam gegen  
Rechtsextremismus (Drs. 16/158)**

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Samstag, dem 13. Dezember, gegen 17.30 Uhr läutete ein bislang unbekannter Mann an der Haustür des Privatanwesens des Leiters der Polizeidirektion Passau, Herrn Polizeidirektor Alois Mannichl, in Fürstenzell im Landkreis Passau. Herr Mannichl selbst öffnete die Haustür und wurde von dem Unbekannten zunächst verbal bedroht und dann mit einem Messer

niedergestochen. Herr Mannichl wurde beim Überfall schwer verletzt und anschließend in einem Passauer Krankenhaus notoperiert.

Ich habe Alois Mannichl, den ich schon von mehreren früheren Begegnungen persönlich kenne, am Sonntagvormittag im Krankenhaus besucht. Unser Ministerpräsident hat ihn gestern im Krankenhaus besucht. Alois Mannichl befindet sich auf dem Weg der Besserung, und wenn alles gut geht, wird er Weihnachten daheim mit seiner Familie feiern können.

(Allgemeiner Beifall)

Die Bayerische Staatsregierung und - ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche da in Ihrer aller Namen - wir alle verurteilen diesen heimtückischen, brutalen Angriff auf Leib und Leben eines tüchtigen und engagierten bayerischen Polizeibeamten auf das Schärfste.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wünschen natürlich Alois Mannichl auch von hier aus eine rasche, vollständige Genesung und weiterhin - denn das ist seine Triebfeder - viel Erfolg in seinem Beruf, den er liebt.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, die Aussagen von Alois Mannichl, wie der Täter aussah, was er bei der Tat sagte, deuten sehr stark darauf hin, dass der Täter aus dem rechtsextremen Bereich stammt. Wenn sich dies im weiteren Verlauf der Ermittlungen bestätigen sollte, dann stehen wir ganz klar vor einer neuen Dimension rechtsextremistischer Gewalt in unserem Land, einer Eskalation von Gewalt, wie wir und die meisten Fachleute sie bei uns bislang in diesem Metier nicht für möglich gehalten, jedenfalls nicht erwartet haben. Ein solcher Angriff aus dem rechtsextremistischen Bereich auf einen führenden Polizeibeamten ist zugleich ein Angriff auf unseren Rechtsstaat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Polizeibeamter wird deswegen angegriffen, weil er sich mit Nachdruck für unseren Rechtsstaat eingesetzt hat, weil er mit großem Engagement seine Pflicht getan hat und weil er sich insbesondere den Neonazis mit innerer und demokratischer Überzeugung sowie beruflicher Leidenschaft entgegengestellt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bundesweit berichten Sicherheitsbehörden seit einiger Zeit, dass Neonazis immer dreister und frecher werden. Wir haben auch im Bereich der Polizeidirektion Passau eine deutliche Mehrung der Straftaten aus dem rechtsextremistischen Bereich feststellen müssen. Gegenwärtig sind es schon über 80. Im vergangenen Jahr waren es im Bereich der Polizeidirektion Passau nur halb so viele.

Ein besonders bemerkenswertes Ereignis im Verlauf dieses Jahres war die Beerdigung des Friedhelm Busse im Juli 2008, bei der es zu gewalttätigen Übergriffen durch Mitglieder der rechten Szene noch auf dem Friedhof gekommen ist. So griffen im Anschluss an die Trauerfeier mehrere Personen aus dem rechten Spektrum einen 35-jährigen Mann und eine 18-jährige Frau aus dem linken Spektrum an. Der 35-Jährige befand sich als Pressevertreter vor Ort und wurde von den rechten Personen bei dem Versuch, ihm die Kamera zu entreißen, niedergeschlagen und getreten. Von den Polizeikräften konnten die drei Täter vorläufig festgenommen werden.

Weitere Rechtsextremisten versuchten, den Abtransport der Festgenommenen durch eine organisierte Sitzblockade zu verhindern und die Gefangenen zu befreien. Bei den Anschlussmaßnahmen kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den eingesetzten Polizeikräften und den Rechtsextremen.

Am gleichen Tag wurde auch eine schwangere mongolische Staatsangehörige von zwei Tätern der rechten Szene zunächst durch ausländerfeindliche Parolen beleidigt und geohrfeigt. Auch in diesem Fall konnten die Täter unmittelbar nach der Tat vorläufig festgenommen werden.

Ich habe dieses Beispiel nur deshalb erwähnt, weil es deutlich macht, dass die Polizei gerade im Bereich der Direktion Passau unter Leitung von Alois Mannichl in den letzten Monaten und Jahren eine ganz engagierte Arbeit geleistet hat. Die Polizei hat sich dort unter seiner Leitung bei jeder Gelegenheit, wie das natürlich selbstverständlich sein muss, den Rechtsextremen entgegengestellt.

Mit Alois Mannichl wurde also ein erfahrener Einsatzleiter überfallen, der stets ausgesprochen engagiert und mutig gegen solche rechtsextremen Aktivitäten vorgegangen ist. Sein Vorgehen gegen den Rechtsextremismus würdigen auch die Passauer Bürgerinnen und Bürger in einem selten gekannten Maß. Das zeigt uns die Vielzahl schriftlicher und mündlicher Genseungswünsche.

Gestern fand in Passau eine Solidaritätskundgebung für den schwerverletzten Herrn Mannichl statt. Daran hat unser früherer Landtagskollege, Oberbürgermeister Dupper, teilgenommen. An dieser ganz kurzfristig einberufenen Demonstration nahmen über 300 Bürgerinnen und Bürger teil.

Meine Damen und Herren, wir stehen hier vor einem auch in der politischen Einordnung natürlich nicht einfachen Phänomen. Auf der einen Seite haben die bayerischen Wählerinnen und Wähler der NPD bei der letzten Landtagswahl, am 28. September, wieder eine

vernichtende Abfuhr erteilt. Die NPD hat in Bayern landesweit ganze 1,2 Prozent erhalten. Es ist also ganz klar: Für diese Partei und für solches Gedankengut gibt es in der breiten Bevölkerung keinen Rückhalt.

Andererseits habe ich schon bei der Vorlage des letzten Verfassungsschutzberichts darauf hingewiesen, dass wir in Bayern immerhin rund 1100 Personen als gewaltbereite Rechtsextremisten einschätzen. Diese Gefahr müssen wir ernst nehmen. Es ist ganz wichtig, dass wir darüber eine gemeinsame Auseinandersetzung aller demokratischen Kräfte führen. Wir dürfen dabei nicht in kleinkariertes parteipolitisches Hickhack verfallen.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass der Bundesvorsitzende der GRÜNEN heute morgen wieder versucht hat, den Eindruck zu erwecken, als ob es in Bayern einen besonderen Nährboden für rechtsextremistisches Gedankengut gäbe. Ich bin dankbar, dass heute mehrere Tageszeitungen die bundesweite Statistik veröffentlicht haben, wonach Bayern in den letzten Jahren nach Hessen die zweitniedrigste Zahl aller rechtsextremen Gewalttaten hatte. Das heißt - das sage ich präventiv in manche andere politische Richtung -: Alle anders regierten Länder in Deutschland haben mehr rechtsextreme Gewalttaten als wir zu verzeichnen. Ich konstruiere daraus keinen Vorwurf. Aber es sollte auch kein anderer hier auf dem braunen Herd sein parteipolitisches Süppchen kochen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich betone: Es gibt einen kleinen harten Kern von Neonazis, dem fast alles zuzutrauen ist. Dem ist allerdings nicht mit Sozialpädagogik, sondern wahrscheinlich nur mit harten Strafen für jeden Rechtsbruch beizukommen.

Als Konsequenz dessen, was sich am Samstagabend ereignet hat, skizziere ich hier in der zur Verfügung stehenden Zeit kurz einige Bereiche.

Wir haben eine große Verantwortung für den Schutz unserer Polizeibeamten. Sie halten Tag für Tag für unsere Sicherheit, für die Sicherheit der Menschen in unserem Land ihren Kopf hin. Da ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dass wir umgekehrt vonseiten des Parlaments, der Staatsregierung und der Politik insgesamt alles nur Mögliche tun, um die Polizeibeamten in der Ausübung ihres Dienstes bestmöglich zu unterstützen und zu schützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne dazu drei Punkte. Erstens. Wir haben es bislang in der Tat für kaum vorstellbar gehalten, dass ein Polizeibeamter in seinem privaten Bereich von einem solchen Attentäter verfolgt und an Leib und Leben be-

droht wird. Wir müssen aus diesem Ereignis die Konsequenz ziehen, die Bedrohung einzelner Beamter ernster zu nehmen. Solche Drohungen stehen zum Beispiel im Internet; man findet sie auch woanders. Wir dürfen das nicht nur für eine Schmähung halten, sondern müssen jeweils analysieren, ob sich daraus ganz konkrete Lebensgefahr für Beamte ergibt. Gegebenenfalls müssen wir die Maßnahmen zum Schutz dieser Kolleginnen und Kollegen verstärken.

Zweitens müssen wir unseren Polizeibeamten auch eine stärkere rechtliche Unterstützung geben. Wir beobachten seit einiger Zeit, dass gerade auch Rechtsextremisten aus taktischen Gründen verstärkt Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Polizeibeamte erheben und auf diese Weise versuchen, die Beamten einzuschüchtern. Das ist auch im Fall von Alois Mannichl wiederholt geschehen. In den letzten drei Jahren gab es zwei Strafanzeigen und zwei Dienstaufsichtsbeschwerden. Sie sind von dem Dienstvorgesetzten bzw. der Justiz sehr schnell abgeschmettert worden. Trotzdem ist es etwas, was dem einen oder anderen Beamten zu schaffen macht, wenn er mit solchen Vorwürfen konfrontiert wird.

Ich habe in dem Gespräch mit Alois Mannichl am Sonntag früh erfahren, dass zum Beispiel Schmähungen über ihn auf Homepages Rechtsextremer zu lesen waren. Das geht also in das Zivilrechtliche. Er hat dagegen Zivilklage geführt. Er musste alles selber betreiben.

Bayernweit gibt es einheitliche Richtlinien für alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Diese können in solchen Situationen einen Vorschuss erhalten. Aber das erscheint, wenn man sich gerade diese Situation bewusst macht, nicht angemessen. Es ist nicht das, was aus meiner Sicht der Fürsorgepflicht eines Dienstherrn gegenüber seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich entspricht.

(Beifall bei der CSU, der FDP und der SPD)

Der Ministerpräsident hat mich hierauf angesprochen. Wir haben uns mit dem Finanzminister, der für das Dienstrecht federführend ist, darauf verständigt, dass die Richtlinien geändert werden und in solchen Fallkonstellationen in Zukunft der Dienstherr von sich aus, also die jeweilige Behörde, Hilfe anbietet, dem Fall nachgeht, und ihn aufgreift, damit beispielsweise Beleidigungen gegen Polizeibeamte auf den Homepages extremistischer Organisationen unterbleiben. Der Dienstherr soll also von sich aus ein entsprechendes Rechtsverfahren unterstützen, damit der jeweilige Beamte die volle Rückendeckung seines Dienstherrn hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens. Die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten ist natürlich nicht nur bei Rechtsextremisten zu beobachten. Mein sozialdemokratischer Kollege Hövelmann aus Sachsen-Anhalt hat gestern zu Recht darauf hingewiesen, dass beispielsweise auch Fußballhooligans immer eher brutale Gewalt auf Polizisten ausüben. Selbst wenn Polizeibeamte nur zu einer Wirtshausschlägerei gerufen werden und diese beenden wollen, wird schnell ein Messer gezückt und gegen Polizeibeamte gerichtet. Deshalb müssen wir vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Gewalttaten, aber auch, ich sage das ganz deutlich, weit darüber hinaus überlegen, dass wir auch den Strafrechtsschutz für Polizeibeamte, für Vollstreckungsbeamte insgesamt im Dienst verstärken, indem generell der Angriff auf einen Polizeibeamten mit einem höheren Strafmaß im Strafgesetzbuch bewehrt wird. Wir werden in den nächsten Wochen zusammen mit der Justizministerin sorgfältig prüfen, wie Änderungen beispielsweise des § 113 des Strafgesetzbuches aussehen könnten, und zu Beginn des neuen Jahres diesem Parlament entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Der stärkere Schutz für unsere Polizeibeamten ist der eine Bereich. Der andere Bereich ist natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir den Kampf gegen den Rechtsextremismus mit aller Konsequenz fortsetzen müssen. Ich will dazu fünf kurze Stichpunkte nennen.

Das ist erstens der breite Bereich der präventiven Arbeit, beispielsweise die engagierte Arbeit des Bayerischen Jugendrings gegen Rechtsextremismus oder die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes. Wir haben erst vor ein paar Tagen eine Sitzung des "Bayerischen Bündnisses für Toleranz" im Innenministerium gehabt, an der auch Landesbischof Johannes Friedrich sowie die Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, und viele andere wichtige Persönlichkeiten aus der bayerischen Gesellschaft teilgenommen haben. Es ist ein ganz wichtiger Ansatz der Prävention, ein breites Bündnis der Gesellschaft zu schmieden, das sich für Offenheit, Toleranz und für Mitmenschlichkeit einsetzt, weil man dem rechtsextremen Gedankengut von vornherein entgegenwirken muss und weil wir für die richtige innere Einstellung in unserer Bevölkerung werben wollen.

Es geht zum Zweiten um die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Ich nenne als Stichwort das Versammlungsrecht. Wir haben ein neues Versammlungsgesetz in Bayern geschaffen, das sich insgesamt seit dem Inkrafttreten am 1. Oktober dieses Jahres bewährt hat. Wir haben erfreulicherweise mit diesem neuen Versammlungsgesetz eine Reihe von rechtsextremen Demonstrationen bereits verhindern können. Ich denke beispielsweise an das Ansinnen, ausgerechnet am 9.

November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, eine Demonstration von Neonazis zu veranstalten. Das konnte mit dem neuen Gesetz in der Tat unterbunden werden.

Ich will nur am Rande daran erinnern, dass der 9. November auch ein Jahrestag ist, der, wenn man es richtig bedenkt, an das Engagement bayerischer Polizisten gegen Rechtsradikalismus erinnert. Denn am 9. November 1923, als Hitler hier in München den Putsch versucht hat, haben sich bayerische Polizisten an der Feldherrnhalle diesen Rechtsextremisten entgegengestellt. Damals sind vier bayerische Polizisten ums Leben gekommen. Sie sind von den Nationalsozialisten erschossen worden. Hitler hat später an diesem Tag immer nur der bei diesem Gefecht erschossenen Nationalsozialisten gedacht und das sozusagen umgekehrt. Wir sollten ab und zu schon daran erinnern: Damals hat die Demokratie noch funktioniert. Damals haben sich wackere bayerische Polizisten den Rechts-extremisten entgegengestellt. Auch daran darf man im Hinblick auf den 9. November 1923 durchaus erinnern.

(Beifall bei der CSU)

Wichtig ist, dass wir die Möglichkeiten des Versammlungsgesetzes nutzen, dass wir immer dort, wo Rechts-extremisten unterwegs sind, die Möglichkeiten, die unser Rechtsstaat gibt, ausschöpfen, um solchen Versammlungen entgegenzutreten. Wir werden es nie restlos durch Verbote erreichen, dass keinerlei Demos der Rechtsextremisten mehr stattfinden, aber wir müssen sie soweit wie möglich eindämmen und dem entgegenwirken, dass sie auch noch mit militantem Gepräge auftreten, mit Springerstiefeln, mit Trommeln, mit Fackelzügen und dergleichen mehr. Dem müssen wir entgegenzutreten.

Drittes Stichwort. Wir sind in Bayern wie im Bund erfolgreich mit Vereinsverboten. Es hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Vereinsverboten im rechtsextremistischen Bereich gegeben. Die Verfahren werden konsequent fortgesetzt. Ich rechne auch in den nächsten Monaten mit weiteren Verboten, auch auf Bundesebene in enger Zusammenarbeit mit unseren bayerischen Behörden. Es ist wichtig, dass wir an der Schwelle unterhalb des Parteiengesetzes die Möglichkeiten, Vereine zu verbieten, tatsächlich nutzen und jeder rechtsextremen Bestrebung mit Nachdruck entgegenzutreten.

Viertes Stichwort. Wir müssen natürlich die Beobachtung und die Überwachung der Neonazis, sowohl derer in den Parteien wie auch in anderen heterogenen Strukturen, mit Nachdruck weiterführen. Wir brauchen gute Erkenntnisse über ihr Verhalten, damit die Gegenmaßnahmen entsprechend gut ansetzen können.

Wir müssen fünftens überlegen, inwieweit sich aus diesem Ereignis in Passau neue Erkenntnisse im Hinblick auf das schändliche Wirken der NPD in unserem Land ergeben. Bayern hat seinerzeit ganz wesentlich, auch auf Betreiben meines Amtsvorgängers Günther Beckstein als damaligem Innenminister, das NPD-Verfahren betrieben. Leider war es vor dem Bundesverfassungsgericht letztlich nicht erfolgreich. Ich habe auch vor diesem Hohen Haus in der Vergangenheit kein Hehl daraus gemacht, dass ich dieses Urteil des Bundesverfassungsgericht als Innenminister natürlich zu respektieren habe, dass es mich persönlich aber in seiner Diktion nicht überzeugen kann. Wir müssen schon überlegen, ob wir irgendwann zu einem anderen Urteil kommen können.

Die ganze Beurteilung der NPD nur an der formalen Frage der V-Leute festzumachen, ist aus meiner Sicht ein Irrweg. Ich sage auch ganz klar, ich könnte es nicht verantworten, alle V-Leute aus dem Bereich der NPD abzuziehen. Wir brauchen die Informationen darüber, was in einer so gefährlichen Organisation vor sich geht. Deshalb nützt es nichts, in Karlsruhe mit dem Kopf gegen die Wand zu laufen. Aber wir können Argumente sammeln für ein neues Verfahren. Und dann, wenn sich eine neue Chance auftut, mit vielleicht veränderter Rechtsprechung, mit anderen Grundpositionen und vielleicht mit anderen Argumenten, lohnt es sich meines Erachtens, darüber nachzudenken.

Ich sage auch, dass wir auf dem Weg dorthin auch über die Parteienfinanzierung nachdenken müssen. Es ist doch für den Normalbürger überhaupt nicht nachvollziehbar, warum einerseits eine von allen demokratischen Kräften als extremistisch, als verfassungsfeindlich angesehene Partei Steuergelder aus der Parteienfinanzierung bekommt, während wir gleichzeitig Steuergelder aufwenden für den Bayerischen Jugendring, für den Verfassungsschutz usw., um das Gedankengut dieser Partei zu bekämpfen.

(Alexander König (CSU): Schizophren!)

Das ist doch eigentlich schizophren und paradox. Deshalb müssen wir auch in dieser Hinsicht noch einmal alle Möglichkeiten ausloten, ob man nicht auch in diesem Punkt zu einer anderen Betrachtung kommen kann.

(Beifall bei der CSU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die bayerischen Sicherheitsbehörden werden auch weiterhin konsequent gegen die rechtsextremistische Szene vorgehen. Sie können sicher sein, dass wir diesen feigen Angriff auf einen bayerischen Polizeibeamten umfassend analysieren und bewerten werden. Die Polizei- und Justizbehörden werden alles in ihrer Macht Ste-

hende tun, um die Täter schnellstmöglich dingfest zu machen.

Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei, die im täglichen Dienst für die Sicherheit unserer Bevölkerung eintreten. Mein Dank gilt in gleichem Maße allen Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Justiz. Denn nur in einer engen Zusammenarbeit von Polizei und Justiz können wir den Rechtsstaat im Interesse des Friedens und der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger weiter gewährleisten. Herzlichen Dank allen für die engagierte Arbeit rund um die Uhr. Bayern bleibt weiß-blau, meine Damen und Herren. Wir werden uns gegen jede braune Beschmutzung gemeinsam zur Wehr setzen.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich eröffne die allgemeine Aussprache und darf für die SPD-Fraktion dem Kollegen Schindler das Wort erteilen. Die verlängerten Redezeiten werden eingegeben. Bitte schön, Herr Kollege.

**Franz Schindler (SPD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der SPD-Landtagsfraktion möchte ich unseren großen Respekt und unsere Anerkennung für die von Polizeidirektor Mannichl in den letzten Jahren in Passau geleistete Arbeit zum Ausdruck bringen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir hoffen, dass er bald vollständig genesen wird und die Weihnachtsfeiertage bei seiner Familie verbringen kann. Wir danken aber auch den Passauer Bürgerinnen und Bürgern, an der Spitze Herrn Oberbürgermeister Jürgen Dupper, der nach einem feigen Anschlag nicht lange überlegt hat, was zu tun ist, sondern bereits gestern zu einer Demonstration aufgerufen und dort gesagt hat, was erforderlich war.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie immer, wenn irgendetwas passiert ist, versuchen wir, uns wechselseitig in der Rigorosität unserer Forderungen und in der Schnelligkeit unserer Vorschläge zu überbieten, machen aber genau das nicht, was eigentlich angemessen wäre, nämlich zunächst einmal sorgfältig zu analysieren - Worum geht es denn eigentlich? Was ist passiert? -, um dann die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten.

Ich will deshalb Folgendes sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Draußen am Eingang zum Plenarsaal findet man eine Gedenktafel. Dort wird der Männer

und Frauen gedacht, die 1933 als Parlamentarier gegen eine Form des Rechtsextremismus Widerstand geleistet haben, die unser Land in das Verderben geführt hat. Das ist jetzt 75 Jahre her. Leider hat man in den Jahren nach dem Krieg sehr schnell vergessen, dass Rechtsextremismus nicht im April 1945 geendet hat, sondern weiterhin in den Köpfen vieler vorhanden war und bis heute leider vorhanden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch Folgendes sagen: Rechtsextremismus ist kein ausschließlich deutsches und schon gar kein ausschließlich ostdeutsches Problem, so wie es jahrelang dargestellt worden ist. Rechtsextremistische Grundeinstellungen können auch nicht einfach als Reaktion auf soziale Problemlagen und Lebenssituationen bewertet werden. Es trifft auch nicht zu, dass nur junge männliche Ausgegrenzte zu Rechtsextremismus neigen - ganz im Gegenteil: Rechtsextremismus findet seit Jahrzehnten, ja viel zu lange, bis heute in der Mitte unserer Gesellschaft statt. Schon ganze Bibliotheken sind darüber geschrieben worden, was eigentlich die Ursachen des Rechtsextremismus sind, ohne dass bislang eine überzeugende Erklärung gefunden worden ist. Was wir sicher wissen oder zumindest vermuten, ist, dass rechtsextremistisches Denken und Handeln auch, nicht ausschließlich, aber auch eine Folge des Versagens der Erziehung junger Menschen sind. Erziehung findet nicht nur in Familien und in Schulen statt, sondern auch im Freundeskreis, in Vereinen und heutzutage auch im Internet.

Meine Damen und Herren, möglicherweise hat Rechtsextremismus auch damit zu tun, dass die Strahlkraft unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung etwas nachgelassen hat - auch deshalb, weil wir sie selbst nicht so hoch achten, wie es aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen, die leider gemacht werden mussten, eigentlich angemessen wäre. Wie oft auch machen wir selbst die Demokratie und den parlamentarischen Betrieb durch unsere eigenen Verhaltensweisen madig und schaden ihnen in der Öffentlichkeit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat sicherlich auch etwas damit zu tun, dass die parlamentarische Demokratie nicht nur von Rechtsextremisten, sondern auch in vielen Intellektuellenkreisen in Deutschland, gelegentlich auch in Talkshows, verächtlich gemacht worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gefahr des Rechtsextremismus ist lange Zeit unterschätzt worden. Herr Staatsminister Herrmann, heute ist nicht die Zeit, in ein kleinkariertes parteipolitisches Gezänk zu verfallen.

(Beifall bei der SPD)



Es ist aber schon richtig, dass man auch in Bayern über Jahrzehnte hinweg den Eindruck hatte: Da sind manche auf dem rechten Auge blind.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Ich will nur daran erinnern, wie schwer es war, in den Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutz die richtige Gewichtung herzustellen und die Bedeutung des Rechtsextremismus richtig einzuordnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nur am Rande - ich sage ausdrücklich: am Rande und in Klammern - daran erinnern, wie schwer es war, manche im Parteienspektrum dazu zu bewegen, gegen rechtsextremistische Umtriebe in unseren Städten und Dörfern auf die Straße zu gehen, weil immer das Argument gekommen ist - zuletzt in Regensburg vom dortigen Oberbürgermeister -, man würde die Verrückten auf der rechten Seite nur aufwerten, wenn man sich ihnen entgegenstemmen würde. Auch das ist ein Teil der Realität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe hier den Bericht des Staatsministers des Innern vom 8. Oktober diesen Jahres zu einem Antrag der SPD-Fraktion, wie es mit einem erneuten NPD-Verbotsverfahren aussieht. Dort heißt es wörtlich, ein massives Erstarken rechtsextremistischer Parteien in Bayern sei nicht erkennbar. Das ist erst am 8. Oktober dieses Jahres geschrieben worden. Ich sage das, meine sehr verehrten Damen und Herren, um zu untermauern, dass wir lange, viel zu lange rechtsextremistische Gefahren sträflich unterschätzt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Natürlich muss man nach einem Anschlag wie dem von Passau auch wieder die Frage stellen, ob ein neuerliches Verbotsverfahren gegen die NPD aussichtsreich erscheint oder nicht. Ich will deshalb für die SPD-Fraktion Folgendes klarstellen:

Erstens. Mit einem Verbotsverfahren gegen die NPD trifft man, wenn überhaupt, dann nur diese Partei. Es ist aber nicht die einzige, die uns Sorgen macht. Daneben gibt es auch noch andere. Mit einem Verbotsverfahren trifft man auch nicht Vereinigungen, die keinen Partei-status haben.

Zweitens. Das Bundesverfassungsgericht hat in dem ersten Verbotsverfahren nicht entschieden, dass die NPD nicht verfassungswidrig ist, sondern hat sich zu der materiellen Frage überhaupt nicht geäußert und das Verfahren aus verfahrensrechtlichen Gründen eingestellt, weil es keine Zweidrittelmehrheit gegen den

Antrag der NPD auf Einstellung gegeben hat. Die Begründung dafür ist allerdings letztlich doch eine Blamage für all diejenigen gewesen, die das Verfahren betrieben haben. Die Begründung lautete nämlich: Solange sich V-Leute in den Führungsebenen dieser Partei aufhalten, kann nicht gleichzeitig ein Verbotsverfahren betrieben werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man daraus eine Konsequenz ziehen will und man es für erforderlich hält, ein erneutes Verbotsverfahren zu beginnen, dann muss man es schon geschickter als damals anstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man kann nicht erneut mit derselben verfahrensmäßigen Situation wie damals in ein Verfahren gehen. Das heißt: Solange V-Leute in Führungsebenen dieser Partei vorhanden sind, wird es nicht gehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dann stellt sich die praktische Frage: Ist es wichtiger, auf den Erkenntnisgewinn durch V-Leute zu verzichten, oder ist es wichtiger, das Verbotsverfahren zu betreiben, nachdem man V-Leute abgezogen oder stillgelegt hat? Diese Frage ist politisch zu entscheiden. Ich bin der Meinung: Ein neues Verbotsverfahren muss sorgfältig geprüft werden. Man darf um Gottes Willen nicht erneut Gefahr laufen, hierbei zu scheitern, zumal es so ist, dass man damit ja auch nur eine Partei treffen würde.

Eine weitere Bemerkung in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren. Ein Verbotsverfahren darf nie und nimmer ein Alibi, eine Rechtfertigung dafür sein, andere Maßnahmen zu unterlassen - ganz im Gegenteil kann es nur am Schluss von viel wichtigeren Maßnahmen stehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in dieser Gesellschaft gibt es auch Personen, die in einem falsch verstandenen Liberalismus sagen, in einer offenen Gesellschaft könne man doch eine Partei nicht verbieten; es müsse alles ausdiskutiert werden, und die besseren Ideen würden sich schon durchsetzen. Ich sage aber auch, dass es Gott sei Dank so ist, dass die Wählerinnen und Wähler in Bayern vor der zurückliegenden Landtagswahl die Auseinandersetzung geführt und sich letztlich gegen die NPD entschieden haben. Weil es aber diesen falsch verstandenen Liberalismus in Deutschland gibt, möchte ich auch klarstellen, dass sich die zweite deutsche Demokratie keineswegs wehrlos gegenüber dem Rechtsextremismus gemacht hat. Die Grundsatzfrage, ob der Staat des Grundgesetzes den erklärten Feinden der Demokratie tolerant und blind gegenüber treten muss, ist meines Erachtens bereits im Jahre 1949 ge-



klärt worden. Prof. Carlo Schmid, einer der Großen der SPD, hat damals die Frage gestellt, ob die Gleichheit und Freiheit der Ideen, auch der Organisationen und der Parteien, uneingeschränkt und absolut sein sollte. Er hat gefragt, ob diese Freiheit auch denen eingeräumt werden sollte, deren Streben ausschließlich darauf gerichtet sei, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten.

Er sagte: Ich, Carlo Schmid, bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selbst die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darum geht es.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine weitere Bemerkung: Natürlich ist der Anschlag von Passau etwas Einmaliges. Gott sei Dank haben wir es noch nie erlebt, dass ein Polizeibeamter im privatesten Bereich, zu Hause, aufgesucht wird und es dort zu einem Anschlag kommt. Herr Staatsminister, Sie haben auch ausgeführt, dass es leider immer häufiger vorkommt, dass Polizeibeamte im Dienst gewalttätig angegangen werden. Dieser Fall ist jedoch etwas Einmaliges. Aber diejenigen, die so tun, als wäre damit etwas völlig Neues passiert, verkennen, dass es sich hierbei nur um den vorläufig letzten Akt einer ganzen Serie von Anschlägen mit rechtsextremistischem Hintergrund handelt.

Begonnen hat diese Serie vor genau 20 Jahren, nämlich am 17. Dezember 1988. Damals hat ein bekennender Neonazi in Schwandorf ein Haus angezündet, in dem türkische Familien gewohnt haben. Dabei sind vier Menschen - drei Türken, darunter ein zehnjähriges Kind, und ein Deutscher - verbrannt. Der Täter hat die Tat nie bereut und wurde zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Hintermänner sind nie aufgedeckt worden. Auf Dauer hat sich im Gedächtnis eingepreßt, dass es ein Einzeltäter sein soll.

Nach seiner Entlassung ist der Täter in der rechtsextremistischen Szene - angeblich in Sachsen oder Thüringen - untergetaucht. Das war im Jahre 1988. Morgen werden es genau 20 Jahre sein. Meine Damen und Herren, seit der Wiedervereinigung sind insgesamt 139 Menschen in Deutschland bei Mordanschlägen von Rechtsextremisten ums Leben gekommen. Deshalb ist

es falsch, wenn einige so tun, als hätten wir es mit einem gänzlich neuen Phänomen zu tun.

Umso größer ist die Aufgabe aller Demokraten, egal auf welcher Seite dieses Hauses sie sich befinden, diesen Vorkommnissen entgegenzutreten. Jetzt stellt sich die Frage, was zu tun ist. Herr Staatsminister, ich bin dankbar, dass Sie heute ausgeführt haben, dass wir in der Mitte der Gesellschaft beginnen müssen. Wir dürfen nicht am Schluss anfangen, wenn es um die Strafverfolgung geht. Wir sind uns einig, dass es keine Rechtfertigung oder Entschuldigung geben darf und dass gewalttätige Straftaten, ob sie von Rechtsextremisten, Linksextremisten oder wem auch immer begangen wurden, mit den Mitteln, die unserem Rechtsstaat zu Gebote stehen, verfolgt werden müssen. Das gilt auch für vermeintlich politische Straftaten. Hier sind wir uns einig.

Aus unserer Sicht ist es richtig, dort zu beginnen, wo alles seinen Anfang nimmt, nämlich in der Mitte der Gesellschaft. Wir müssen deshalb Präventionsprogramme unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, ich freue mich, dass Sie ebenfalls dieser Auffassung sind. Ich möchte deshalb in Klammern und am Rande sagen, dass es klüger gewesen wäre, auf die Streichung der Mittel für den Bayerischen Jugendring, mit denen solche Präventionsprogramme finanziert werden, zu verzichten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es wäre klüger gewesen, dies zu unterlassen. Ich kann mich noch daran erinnern, als der Bericht der Jugend-Enquetekommission vorgestellt wurde. Damals wurde geklagt, wie wenig Beachtung diesem Thema geschenkt wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Aussteigerprogrammen: Der Bund hat hierzu ein kluges Programm vorgelegt, das aber noch nicht die erhofften Wirkungen gezeigt hat. Hier gilt es, weiterzumachen. Wir müssen den Rechtsextremismus mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Wir dürfen aber nicht die Personen, um die es sich handelt, auf Dauer und für ein ganzes Leben stigmatisieren. Wir müssen denen, die Abstand nehmen wollen, hierzu die Möglichkeit geben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, Sie haben erklärt, Bayern hätte durch die Schaffung eines neuen Versammlungsgesetzes bessere Voraussetzungen dafür geschaffen, gegen rechtsextremistische Umtriebe vorzugehen. Hier bleibe

ich bei meiner Grundeinstellung, dass es dafür dieses neue Versammlungsgesetz nicht gebraucht hätte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Durch die Änderung des § 130 des Strafgesetzbuches sind die Voraussetzungen geschaffen worden, rechts-extremistische Umtriebe und Aufzüge zu verbieten, ohne dass es dafür ein neues Bayerisches Versammlungsgesetz braucht. Im Gegenteil: Von dem neuen Bayerischen Versammlungsgesetz werden auch diejenigen betroffen, die gegen Rechtsextremisten auf die Straße gehen, zum Beispiel in Gräfenberg, Passau oder wo auch immer.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Demonstranten werden behindert, wenn sie sich den Rechtsextremisten in den Weg stellen wollen. Dafür haben wir das neue Versammlungsgesetz sicherlich nicht gebraucht.

Sie haben außerdem Vereinsverbote angesprochen. Wir sind selbstverständlich dafür, die Überwachung der Neonazis weiterzuführen. Auch dagegen hat sich niemand von uns gewandt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht zu pathetisch werden, aber dennoch sagen, dass dieser feige Anschlag auf Herrn Polizeidirektor Mannichl auch einen positiven Aspekt hat, wenn er dazu führt, dass sich dieses Haus gemeinsam der Verantwortung für diese Demokratie mit ihrem freiheitlichen Kern bewusst wird. Dies scheint so zu sein, weil wir eine gemeinsame EntschlieÙung vorbereitet haben, die von allen Fraktionen mitgetragen wird. Schade ist nur, dass es einen solchen Vorfall gebraucht hat, um zu dieser Einigkeit zu kommen.

Meine Damen und Herren, eine allerletzte Bemerkung: Ich nehme für meine Fraktion in Anspruch, dass wir in dieser Frage aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung etwas sensibler sind als andere, die diese Erfahrung nicht gemacht haben. Dennoch wollen wir heute nicht die naheliegende Gelegenheit nutzen, aufzurechnen, wer wann wo nicht mitgemacht hat und aus welchen Motiven. Geschenkt. Darum geht es heute nicht. Vielmehr geht es darum, in einer Zeit, die in vielfacher Hinsicht im Umbruch ist, deutlich zu machen, dass der freiheitliche Rechtsstaat, der uns geschenkt und zum Teil aufgedrängt worden ist, mehr als nur irgendeine Form der Organisation für die Herbeiführung von Mehrheitsentscheidungen ist. Er repräsentiert auch bestimmte Werte, die aus einer leidvollen geschichtlichen Erfahrung entstanden sind. Da kann man links, rechts oder grün sein, was auch immer: Den Kernbestand, der diesen freiheitlichen Rechtsstaat ausmacht, sollten wir gemeinsam so hoch halten, wie er im Jahre 1946 bei

der Schaffung der Bayerischen Verfassung und 1949 bei der Schaffung des Grundgesetzes gehalten worden ist. Für uns ist das eine Verpflichtung, wie wir miteinander umgehen, wie ernst wir die Argumente des politischen Gegners nehmen und wie sorgfältig und ernsthaft wir uns mit diesem schwierigen Thema auseinandersetzen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu der gemeinsam vorgelegten EntschlieÙung.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege Schindler. Sie haben in Ihrem Beitrag schon auf die gemeinsame EntschlieÙung hingewiesen - verehrte Kolleginnen und Kollegen, sie liegt Ihnen auf Drucksache 16/158 vor - "Gemeinsam gegen Rechtsextremismus". Ich bedanke mich bei allen Fraktionen dafür, dass man sich inhaltlich geeinigt hat. Diese EntschlieÙung beziehen wir natürlich jetzt schon in Übereinstimmung mit den Fraktionen in unsere Aussprache ein. - Nächste Wortmeldung: Kollege Meißner, bitte.

**Christian Meißner (CSU):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen es als Fraktion, dass es diese gemeinsame EntschlieÙung gibt, in deren Geist wir verfahren sollten. So ganz entbindet uns das als Parlamentarier aber nicht vom Ringen um die richtige Lösung.

Herr Kollege Schindler, Sie haben süffisant und nicht ganz aus einer Verlautbarung unseres Innenministers aus diesem Jahr zitiert, wonach kein Erstarken von rechtsradikalen Parteien feststellbar sei. Messlatte des Erstarkens kann zunächst - so verstehe ich diese Äußerung - nur das Wahlergebnis sein, das in einer Demokratie Zeichen setzt. In unser aller Interesse ist es erfreulich - der Herr Minister hat auf diese Tatsache hingewiesen -, dass bei der jüngsten Landtagswahl keine größeren Bewegungen in diese Richtung festzustellen waren.

Worüber wir uns unterhalten müssen und was uns bewegt, ist die neue Dimension der Gewalt, ist der Hass dieser Tat von Passau, den es zu verurteilen gilt. Darüber muss man reden, und das ist der Geist dieser EntschlieÙung. In diesem Sinne kann ich mich auch im Namen meiner Fraktion nur den Genesungswünschen für Herr Mannichl anschließen. Es kann wohl niemanden hier im Saal und niemanden draußen unberührt lassen, was da geschehen ist. Ich kann mich hier nur bedanken bei Herrn Mannichl, der so unerschrocken und kompromisslos gegen Rechtsradikale vorgeht. Er ist damit ein Vorbild für uns alle und steht stellvertretend für viele, die für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Sie gerade erwähnt haben, buchstäblich

den Kopf hinhalten. Dafür gebührt ihm unser aller Dank, und wir alle richten unsere Genesungswünsche an ihn.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, wir sollten gerade wegen des Beispiels eines Herrn Mannichl Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden haben; denn ich bin der festen Überzeugung, dass in manchmal sehr verzwickten und ernstesten Situationen kompromisslos vorgegangen wird. Wir sollen ihnen aber dann den Rücken stärken - für seinen Vorschlag bin ich unserem Innenminister sehr dankbar -, wenn sie sich gegen Verunglimpfungen und Hasstiraden wehren müssen. Dann sollten sie die Anwaltskosten und die anderen einschlägigen Kosten nicht selbst tragen müssen. Daher danke ich unserem Innenminister und auch dem Ministerpräsidenten für die klare Ankündigung, dass in dieser Hinsicht etwas getan wird. Vielen Dank, und ich bitte um eine schnelle Umsetzung!

(Beifall bei der CSU)

Vieles deutet bei der Tat von Passau auf einen rechtsradikalen Hintergrund hin. Unsere Sicherheitsbehörden sind in vieler Hinsicht tätig. Ich muss noch auf meinen Vorredner und auch auf Herrn Maget eingehen, der sonst immer so gut gelaunt durch die politische Landschaft wandelt, was uns ja alle freut. Kollege Schindler hat gesagt, wir sollten das Große und Ganze sehen und auf parteipolitisches Gezänk verzichten. Dann habe ich aber die Bitte, dass Sie auf Äußerungen - selbst wenn Sie das gewissermaßen in Klammern setzen und einschränken - verzichten, wonach irgendjemand auf dem rechten Auge blind sei, verzichten Sie auf die Feststellung, wie sie Kollege Maget getroffen hat, das Innenministerium und unsere Behörden seien untätig.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen, so glaube ich, doch selbst, dass hier Damen und Herren am Werk sind, wie Herr Mannichl, die ihr Bestes tun, um unseren Rechtsstaat als wehrhafte Demokratie zu verteidigen, und alles bekämpfen, was links- und rechtsradikal ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es tut uns also in diesem Sinne gut, wenn wir mit Blick auf die gemeinsame Entschließung auch verbal abrücken und das Ganze nüchtern betrachten.

Die Eskalation, die wir in Passau erlebt haben, kann aus meiner persönlichen Sicht nicht durch Untätigkeit der Behörden entstehen, sondern wir erleben da eine Radikalisierung, insbesondere in der rechtsextremen Szene. Ich komme aus Oberfranken, wo wir in Wunsiedel, Gräfenberg und Warmensteinach vor Augen

haben, was sich da alles tut. Manchmal steht man sprachlos davor. Es ist fair und wichtig zu erwähnen, dass vielfältige Aktivitäten unternommen werden. Rufen Sie doch einmal die einschlägige Seite des Innenministeriums im Internet auf - es dauert gar nicht lange, bis man da hinfindet -, die einen Überblick über bayerische Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, auch in der Prävention, gibt. Selbstverständlich kann man immer noch mehr fordern. Wir sollten auch ganz nüchtern und sachlich darüber nachdenken, was alles getan werden kann. Die Vielfalt der Maßnahmen aber, die jetzt schon erfolgen, kann sich wirklich sehen lassen. Wir können dankbar dafür sein, dass hier nicht gezögert wird.

Das Problem ist die neue Dimension und die neue Qualität. Wir können doch nicht wegdiskutieren, dass uns ritualisierte Debatten hier nicht weiterhelfen. Ich möchte mich da auch an den Vorsitzenden der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden. Da frage ich mich - heute kann der Bayerische Landtag mit seiner Entschließung ein anderes Zeichen setzen -, wem Schlagworte und ritualisierte Debatten weiterhelfen. Uns hilft nur weiter, dass wir uns austauschen und gemeinsam den besten Weg finden. Das sollte nicht im Parteienstreit geschehen.

Auch über das Thema eines NPD-Verbots sollten wir gemeinsam debattieren und prüfen, ob es dafür eine Möglichkeit gibt. Dabei möchte ich unmittelbar auf Kollegen Schindler zurückkommen. Es ist richtig, dass Bayern die treibende Kraft bei diesem Verbotsverfahren war. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Karlsruhe entschieden hat. Gerade als Demokraten haben wir das selbstverständlich zu akzeptieren. Für mich ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in puncto NPD-Verbot und auch in anderen Rechtsgebieten - denken Sie an das Versammlungsgesetz - grob ausgedrückt folgendermaßen zu verstehen: Karlsruhe sagt, unser Land ist eine wehrhafte und gewachsene Demokratie, und eine solche Demokratie muss Erscheinungen wie Aufmärsche in Oberfranken aushalten, sie muss im Zweifel auch radikale Parteien aushalten. Man muss akzeptieren, dass die Richter das bisher so gesehen haben. Damit haben sie auch in unsere Debatte einige Korsettstangen eingezogen, die wir zu beachten haben. Nach den Geschehnissen in Passau fordere ich eine Diskussion ohne Denkverbote und bitte Sie alle, dass wir uns gemeinsam der Mühe unterziehen zu prüfen, ob ein erneutes Verfahren, gewiss unter geänderten Voraussetzungen, unter Beachtung der bisherigen Rechtsprechung sinnvoll wäre. Ein Richterspruch entbindet uns Politiker niemals davon, weiterhin zu fragen, ob dieses Urteil in unserem Sinne richtig war und ob es neue Erkenntnisse gibt, nachdem viel Zeit vergangen ist. Es wäre der falsche Weg, wenn wir uns als Politiker nach einem einmaligen Richter-

spruch aus Karlsruhe zurückziehen und sagen würden: Karlsruhe hat gesprochen, und das gilt für uns auf immer und ewig. Ich bitte, in Ruhe zu prüfen, ob es vielleicht einen anderen Weg gibt.

(Beifall bei der CSU)

Ich mache aus meiner persönlichen Sicht keinen Hehl, dass ein NPD-Verbotsverfahren nur ein Aspekt des Ganzen sein kann. Man muss sich weiterhin, und sei es auch streitig, über unser Versammlungsrecht unterhalten. Bei der Kommunalwahl haben wir das Phänomen beobachtet, das wir intern und mit Ihnen diskutieren wollen, dass es landauf, landab zahlreiche Tarnlisten der NPD gab. Da ist die Frage: Wie können wir darauf deutlich hinweisen? Welche rechtlichen Mittel gibt es, um gegen Tarnlisten vorzugehen? Ich wünsche mir, dass wir darüber in sehr breiter Weise diskutieren. Mir ist in der Debatte jeder Vorschlag willkommen. Wir müssen insbesondere auch prüfen - so schwierig das auch ist -, wie wir den rechtsradikalen Kräften im Internet auf die Finger schauen können. Das ist mir sehr wichtig. Nicht unbedingt ein Erstarken als Partei, sondern eine Radikalisierung im Denken und in den Methoden kann eintreten, wenn sich die betreffenden Personen über das Internet schneller finden und zusammentun. Per Internet können Gedanken, welcher radikalen Qualität auch immer, ausgetauscht werden.

Deswegen dürfen wir weder das Internet noch - da bin ich dem Innenminister dankbar - die Parteienfinanzierung aus der Diskussion ausklammern. Gegen radikale Kräfte muss diesem Land und der Staatsregierung jedes Mittel recht sein. Unsere Fraktion steht hier als Gesprächspartner stets zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Ich persönlich denke, dass die Botschaft nicht nur des Entschließungsantrags, sondern auch der heutigen Regierungserklärung das Signal nach außen sein muss, dass in Bayern Folgendes gilt: Wer nicht mit beiden Füßen auf dem Boden des Grundgesetzes steht, wer nicht die Bayerische Verfassung als unseren Maßstab anerkennt, wer die Grenze überschreitet - ob nach links oder nach rechts -, wer sich dem Extremismus hingibt, der muss wissen, der Rechtsstaat wird in Bayern keines seiner Mittel auslassen, um diejenigen zu bekämpfen, die Feinde der Demokratie sind. Der Vorgang in Passau ist nur ein neuer Anlass dafür, sich darüber klar zu werden: Für Radikale, welcher Couleur auch immer, darf kein Platz in unserer bayerischen Demokratie sein.

(Beifall bei der CSU)

Mich hat nach den Nachrichten vom Samstag und vom Sonntag eines nachdenklich gemacht, was ich als Bemerkung an den Schluss stellen möchte. Nach meiner

Beobachtung fischen - wenn Sie so wollen - radikale Kräfte jeder Art aus einem bestimmten Reservoir in unserer Bevölkerung. Hier geht es um Menschen, die vielleicht von manchem, was ihnen geboten wird, von ihrer Lebensrealität, von den Rahmenbedingungen, in denen sie leben, enttäuscht sind und die sich schnelle und einfache Lösungen wünschen. Ich glaube, im Rahmen gemeinsamer Arbeit erwächst uns allen als gewählten Politikern und als Repräsentanten der Demokratie eine riesengroße Aufgabe, die darin besteht, dass wir nicht müde werden, miteinander zu debattieren, aber vor allem auch der Bevölkerung draußen klarzumachen: Es gibt keine Patentrezepte; es gibt keine schnellen Lösungen. Jeder, der - ob von links oder rechts - das Blaue vom Himmel verspricht, ist jemand, der es nicht gut mit denen meint, die sich bemühen, ein besseres Leben zu erreichen. Wir sollten uns dessen bewusst sein, dass wir es am Ende nur gemeinsam schaffen, den Leuten draußen, die geneigt sind, denjenigen ihr Ohr zu leihen, die sie mit falschen Versprechungen quasi anfüttern wollen, zu sagen: Gebt solchen Sirenengesängen nicht nach. Einfache Lösungen gibt es nicht, aber es gibt in Bayern eine Demokratie, auf die wir stolz sind und in der wir gemeinsam um gute Lösungen ringen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich Herrn Kollegen Aiwanger das Wort.

**Hubert Aiwanger (FW):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie sehr unsere Gesellschaft durch den Vorfall in Passau ins Herz getroffen wird, zeigt die Tatsache, dass wir vor dem Hintergrund, dass es heute eigentlich um einen 10-Milliarden-Euro-Haushalt geht, über den Vorgang sprechen müssen. Das ist gut so, und es ist auch gut, dass wir hier parteiübergreifend sehr schnell zu einer gemeinsamen Sprachregelung gekommen sind und dass wir in kurzer Zeit über die Parteigrenzen hinweg einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt haben. Dass ein kleines parteipolitisches Gefecht bisher weitgehend ausgeblieben ist, begrüße ich ebenso.

Meine Damen und Herren, worum geht es im Konkreten? - Man stelle sich die Situation vor; man stelle sich diese Brutalität vor: Ein Mensch wird mit einem Messer niedergestochen und ringt um sein Leben. Diese Situation wird bewusst herbeigeführt von einem Menschen, der von seiner Tat überzeugt ist. Das heißt, hier geht jemand bewusst mit Tötungsabsicht auf einen Mitmenschen zu, weil er diesen aus dem Weg schaffen will. Extremismus ist also bei näherer Analyse im Kern eine menschenverachtende Gesinnung, die über Leichen geht, um Menschen, egal, aus welchen Gründen,

aus dem Wege zu schaffen. Ich plädiere dafür, dieses grundlegend zu analysieren und darauf hinzuwirken, dass sich die Erkenntnis durchsetzt: Menschenverachtende Gesinnungen kann man nur durch eine humane, eine menschliche Gesellschaft ausschließen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Um Menschenverachtung zu verhindern, haben wir zunächst einmal die Instrumente des Rechtsstaats. Wir diskutieren von hinten her das NPD-Verbot, das in sich sinnvoll sein kann, wenn man damit dieser Partei Gelder entzieht und wenn man damit ein Aufwachsen von radikalen Strukturen verhindern kann. Wenn es erst so weit ist, dass wir zweistellige Prozentsätze von radikalen Parteien in den Parlamenten haben, die sich hier refinanzieren und die Möglichkeit haben, ihr Gedankengut breit zu streuen und die vorher angesprochenen Leute anzufüttern, die mit ihrem Leben nicht zufrieden sind, sich in benachteiligten Milieus befinden oder einer Ideologie aufsitzen, dann stehen wir vor großen Problemen. Wenn diese Leute gezielt mit vorhandenen Mitteln angefütert werden, dann ist zu fragen, ob man nicht daran denken sollte, die Mittel zu streichen. Das NPD-Verbot kann nämlich auch dazu dienen, den Geldhahn zuzudrehen.

Zweiter Ansatz ist für mich der Gedanke, eine humane Gesellschaft zu etablieren, in der sich menschenverachtende Gesinnungen im nennenswerten Umfang nicht mehr halten können. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, dass eine extreme Leistungsgesellschaft, die immer mehr darauf setzt, sich per Ellenbogen durchzusetzen und mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, radikale Gesinnungen begünstigt. Selbst ein Denken in Kategorien, die da lauten, wer ist mehr wert, wer ist weniger wert, wer kann viel Leistung bringen, wer kann keine Leistung bringen, wer rentiert sich und wer kostet die Gesellschaft nur Geld, kann ein Wegbereiter sein für eine extremistische Gesinnung, die den traurigen Schlusspunkt setzt, indem sie sagt: Wenn einer schon sein Geld nicht wert ist, dann ... Wenn einer schon nicht mitkommt und uns im Wege steht, dann ...

Das heißt, wir müssen von Grund auf eine Gesellschaft heranziehen, in der jeder jeden Mitbürger als seinesgleichen betrachtet, in der keine Wertung stattfindet nach gut und weniger gut, nach lebenswert und nicht so lebenswert, nach rentierlich und nicht so rentierlich. Das geht bis in den Bereich der Abtreibungen und der Sterbehilfe hinein, wo man ebenfalls anders diskutieren muss, weil hier in gewissem Umfang Ansätze liegen für ein Denken, das gewissen Menschen ein Lebensrecht nicht in dem Maße einräumt wie den sogenannten Normalen, wie der großen Mehrheit. So etwas kann Wegbereiter sein für ein Denken, das am Ende zu einer extremistischen Gesinnung führt.

Was will ich damit sagen? - Langfristig kann der Lösungsansatz nur ein Erziehungsgedanke sein, der den Menschen zu einem Denken in der Weise bringt, dass wir alle zusammengehören, dass man jeden akzeptiert, egal, wie jemand gestrickt ist, und dass man seinen Mitmenschen nicht - in welcher Form auch immer - aus dem Wege räumen darf. Nur so kann man extremistischen Neigungen von vornherein die Grundlage entziehen.

Wenn man die Geschichte betrachtet, stellt man fest, dass die Gewaltbereitschaft immer in Zeiten von Not und Elend steigt. Wenn der Einzelne immer stärker um sein persönliches Überleben kämpfen muss, dann ist er eher bereit, auf andere mit Gewalt zuzugehen. Auch wenn ein Mensch einer Ideologie anhängt, die ihm sagt, wir sind besser als die anderen und müssen als Gruppe gegen andere vorgehen, bringt das Probleme mit sich. Das sind Entwicklungen, die wir erkennen und analysieren müssen, um daraus unsere Schlüsse zu ziehen.

Ein Ansatzpunkt, der mir wichtig ist, ist die zunehmende Militarisierung der Jugend, vielleicht auch über Gewaltspiele am Computer. Dort wird offen kommuniziert, wie man in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Menschen per Computersimulation abknallen kann. Solche Computersimulationen sind in Pausen unterhaltend und gang und gäbe. Aber sie senken die Hemmschwellen. Das entsprechende Äußere kommt schnell hinzu, und sehr schnell finden sich Zirkel, in denen die Ideologie geträumt werden kann mit der Maßgabe, am Ende ernst zu machen und innerhalb der Gruppe auf sich aufmerksam zu machen. Um dies zu verhindern, ist der Staat gefordert, ein Verbot zu erlassen. Ich behaupte nicht, dass Verbote Probleme lösen könnten. An dieser Stelle, bei gewaltverherrlichenden Spielen und dergleichen mehr, muss aber der Verbotsstaat tätig sein und mehr noch darauf schauen, noch strenger vorgehen und noch früher die Grundlagen entziehen.

Mir reicht es mittlerweile, dass sich die gesamte Computerwelt anscheinend einen rechtsreinen Raum schaffen kann und sich darauf hinaus redet, wenn es in Deutschland verboten werde, machten dies andere; denn das sei weltweit nicht zu kontrollieren. Hier gibt es noch mehr Handlungsmöglichkeiten. Der Rechtsstaat kann höhere Hürden festlegen. Bei gewaltverherrlichenden Dingen kann er die Schraube noch mehr anziehen, um den jungen Leuten nicht von klein auf zu suggerieren, dass das ein Spiel sei, das sogar auf Leistung getrimmt werden könne, wie man Leute aus dem Weg räumt. Unser Ansatzpunkt ist: Gewaltverherrlichende Computerspiele sollten mit strengeren Verboten zurückgedrängt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)



Meine Damen und Herren, wir müssen darauf achten, dass sich keine Rituale herausbilden, bei denen Betroffene zunächst die Verbote fordern, die aber morgen oder übermorgen vergessen sind, und zur Tagesordnung übergegangen wird, um beim nächsten Vorfall wieder aufzuschreiben.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass viele derjenigen, die sich in diesem Milieu bewegen, mit ihren Aktionen ganz gezielt einen öffentlichen Eklat verursachen wollen. Es gibt Untersuchungen und Analysen dergestalt, dass von Leuten mit rechtsextremistischem Hintergrund der Ankauf von Gebäuden häufig nur deswegen angedeutet wird, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Das heißt, sie tun in vielen Fällen nur so, als wollten sie ein Objekt kaufen, um einen öffentlichen Eklat zu verursachen und Wasser auf ihre Mühlen zu leiten, also auf sich aufmerksam zu machen. Es ist eine schwierige Aufgabe, damit umzugehen. Ihnen die Aufmerksamkeit zu entziehen, so dass sie hinter den Kulissen etwas entwickeln können, wäre der falsche Weg. Der Rechtsstaat muß solche Aktionen rechtzeitig verhindern können. Er muss solche Kaufabsichten und Aktionen frühzeitig abfangen, noch ehe sie öffentlichkeitswirksam werden und bevor Extremisten auf sich aufmerksam machen und zeigen können, wie potent sie sind. Dieses Thema muss gezielt bearbeitet werden, weil auch die Kommunalpolitiker häufig vor solchen Problemen stehen. Sie müssen wissen, wie man damit umgeht, wenn ein Strohmann auftaucht und man gehört hat oder auch weiß, dass es Hintermänner gibt, die Objekte kaufen wollen, um diese zu Parteizentralen, braunen Häusern auszubauen.

Meine Damen und Herren, die Kommunalpolitiker müssen vom Staat noch mehr Begleitung erfahren, um im Falle des Falles nicht auf sich alleine gestellt zu sein und eventuell ein Objekt zu überbezahlten Bedingungen vorweg kaufen zu müssen, damit andere nicht zugreifen können. Ein Lösungsansatz muss gesucht werden, damit mit solchen Finten die Kaufpreise nicht hochgetrieben werden können. Wie das Problem zu lösen ist, darüber müssen sich einige Juristen die Köpfe zerbrechen. Das Problem muss angegangen werden, um draußen für Rechtsfrieden zu sorgen.

Ein weiteres Stichwort wurde vorhin genannt: Gräfenberg. Ich habe einmal einen solchen monatlichen Aufmarsch in Gräfenberg besucht und festgestellt, dass die Stadt dem Treiben wehrlos und ohnmächtig zusehen muss. Auch hier stellt sich die Frage, ob man solches auf Dauer dulden soll, dulden kann und dulden muss und welche Möglichkeiten es gibt, den ewigen Belagerungszustand aufzulösen, um den Leuten wieder ihre Ruhe zu bringen, indem die Störenfriede verschwinden. Deren Einschüchterungspolitik ist mehr als nervenaufreibend. In der Gesamtschau müssen wir auch darauf

hinwirken, dass kein Klima der Einschüchterung, der Angst und des Unterdrückens aufkommt, nach dem Motto: Wer den Mund aufmacht, kann eine auf den Mund bekommen. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen. Deshalb muß der Staat mit allen einem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln an das Thema herangehen. Er muss parallel dazu die gesamte Gesellschaft über Bildung und Vereine formen und mit den Mitgliedern dieser Gesellschaft eine Form des Zusammenlebens definieren, die jeden Menschen in die Gesellschaft integriert, Ausgrenzungstendenzen verhindert und die Leute von klein auf so weit bringt, dass sie niemals in ihrem Leben bereit sind, ein Messer in die Hand zu nehmen, um es jemandem in das Herz rammen zu wollen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Stahl das Wort. Bitte schön, Frau Stahl.

**Christine Stahl (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Herren und Damen! Die Ächtung von Gewalt ist eine Selbstverständlichkeit, an die wir hier von niemandem erinnert werden müssen. Ich denke, das gilt für alle im Plenarsaal. Deshalb gehört unser ganzes Mitgefühl dem Opfer - das ist ebenfalls selbstverständlich - und der Familie, die mit leidet. Wir sind sehr froh, von Ihnen, Herr Herrmann, heute gehört zu haben, dass Herr Mannichl voraussichtlich zu den Feiertagen wieder wird zu Hause sein können.

(Beifall bei den Grünen und der FDP)

Das entbindet uns nicht davon, uns nochmal intensiv mit den Vorgängen auseinander zu setzen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Herr Mannichl ist ein couragiertes Vorbild für die Polizei, für andere Beamtinnen und Beamte. Er ist aber auch ein Vorbild für alle anderen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach dieser brutalen und dreisten Tat muss es unser aller Bemühen sein, diejenigen zu stärken, die vor Ort ihren Kopf hinhalten müssen, egal ob es sich um engagierte Menschen handelt, die sich in ihrer Kommune gegen rechtsextremistische Tendenzen wehren, oder um Menschen, die Zivilcourage zeigen und die zum Beispiel dagegen demonstrieren, dass bei ihnen vor Ort ein Grundstück angekauft wird; die Zivilcourage zeigen, wenn es darum geht, Schwächere zu schützen, was unter Umständen mögliche böse Folgen für die eigene Gesundheit haben kann. Es muss auch unser Bemühen sein, diejenigen vor Ort zu schützen, die beispielsweise im Schichtdienst die Versammlungen und Demonstrationen begleiten müssen, egal ob anlässlich

einer 1. Mai-Demonstration oder bei der leider immer noch monatlich stattfindenden Demonstration in Gräfenberg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier ist Solidarität gefragt und zwar nicht erst dann, wenn es zum Schlimmsten gekommen ist, wie hier zu einem Mordversuch.

Uns sind die sehr kurzfristigen Reaktionen auf solche Ereignisse und das schnelle Herumdoktern an den Symptomen leider aus der Vergangenheit in Bayern bekannt. Das Beispiel der brennenden Asylbewerberheime wurde genannt. Damals wurde sehr kurzfristig - das haben wir begrüßt - 500 000 DM eingesetzt. Als aber das Geld aufgebraucht war, war leider von der Auseinandersetzung mit dem Thema nicht mehr viel zu spüren.

Deshalb ist es richtig und gut, dass im Dringlichkeitsantrag, der heute hoffentlich beschlossen werden wird, vorgesehen ist, dass es bis zum 01. Februar 2009 eine Konzeption geben soll, was zusätzlich getan werden kann. Es geht nicht darum, wie Herr Meißner gesagt hat, noch mehr zu fordern, sondern es geht darum, Sinnvolles auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben heute Ihre Regierungserklärung, Herr Innenminister, zur Kenntnis genommen. Gleichwohl kann es mit dieser Regierungserklärung nicht sein Bewenden haben. Wir müssen bei allem Konsens, den es heute hier in diesem Haus gibt, sagen, dass wir eine ehrliche Analyse der Situation im rechtsextremistischen Bereich vermissen und dass sich die Staatsregierung dieser Aufgabe endlich stellen und auch die entsprechenden konkreten Maßnahmen auf den Weg bringen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu lange wurde das Problem in Bayern kleingeredet. Zu lange hat man die Menschen vor Ort alleine gelassen, und zu lange hat man gedacht, mit Symbolpolitik auszukommen, zum Beispiel mit der Forderung nach einem NPD-Verbot, die zwar verkündet wurde, aber die, wie wir im Ausschuss dann erfahren konnten, nicht sonderlich ernst gemeint war. Wir haben auch sehen müssen, dass das aus unserer Sicht unwirksame Versammlungsgesetz letztendlich nur Symbolpolitik gewesen ist. Im Gegenteil: Mit diesem Gesetz hat die CSU es geschafft, die Zivilgesellschaft, diejenigen, die unsere Demokratie und den demokratischen Staatsaufbau schützen wollen, zu beschädigen. Denn dieses Gesetz schränkt eindeutig die Akteure ein, diejenigen,

die gegen die Nazis demonstrieren, und nicht umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Aufmarsch am 9. November hätte auch bereits mit dem alten Versammlungsrecht verhindert werden können. Die NPD hat in Bayern 123.000 Wählerinnen und Wähler zu verzeichnen. Das sind 1,2 % - das klingt nicht sehr viel. Alles atmet auf: Gott sei Dank! Sie sitzen in ein paar Stadtparlamenten, aber nicht mehr. Aber 123.000 Menschen sind an die Urne gegangen und haben ihre Stimme für rechtsextremistisches Gedankengut abgegeben. Das muss man sich noch einmal deutlich machen. Ich frage mich auch, wie viele Unterstützerinnen und Unterstützer zu Hause geblieben sind. Denn ich möchte wetten, dass ihre Zahl mindestens noch einmal so hoch ist. Diese Unterstützerinnen und Unterstützer könnten sich denken: Na ja, die NPD bewirkt ja nichts. Ich teile zwar deren Auffassung, aber es macht jetzt keinen Sinn, wenn ich zur Wahl gehe. - Ich frage mich auch, wie viele es gibt, die die NPD zu lasch finden, die wirklich Feinde unseres Systems sind und die mit Kameradschaften und anderen Organisationen sympathisieren.

Diesen Zahlen muss man sich einmal widmen und sich ihnen stellen. Da hilft es nichts, wenn man die Studie der Universität Leipzig infrage stellt, die ganz eindeutig in Deutschland und insbesondere auch in Bayern ein rassistisches, chauvinistisches und antisemitisches Gedankengut in nicht unerklecklichen Prozentzahlen feststellt. Wir finden hier bei ungefähr 9% ein festes, rechtsextremes, geschlossenes Weltbild. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedes Jahr werden in Deutschland Tausende rechtsextremistisch motivierter Straftaten begangen. Die Zahl wurde schon genannt: Seit der Wiedervereinigung starben circa 136 Menschen an den Folgen neonazistischer Gewalttaten. Die Zahlen, die das Justizministerium gestern dankenswerterweise zeitnah vorstellte, zeigen, dass Bayern von schweren rechtsextremen Übergriffen nicht verschont bleibt und es schon lange nicht mehr nur um Propagandastraftaten geht; vor den Wahlen wurde das etwas relativierend-verharmlosend dargestellt. Vielmehr ist tatsächlich eine überproportional hohe Zunahme an Gewalttaten zu verzeichnen, zum Beispiel gibt es vier Verfahren wegen Tötungsdelikten.

Der Angriff auf Herrn Mannichl ist also nicht der erste.

Wir haben uns zufällig letzte Woche im Kreis unserer Fraktion zusammengesetzt, um die Situation der Rechtsextremisten in den Regionen zu analysieren. Wir



sehen sehr wohl aktuell immer noch den Handlungsbedarf, auch in der neuen Legislaturperiode. Wir fragen uns nur, wieso erst immer wieder so schreckliche Taten geschehen müssen, damit dann endlich hier im Landtag darüber diskutiert werden kann.

Da geht es uns ein bisschen anders als Ihnen, Herr Herrmann: Gewalttaten sind tatsächlich die Spitze des Eisbergs. Aber wir sehen bereits eine Bedrohung durch Straftaten. Es können auch Propagandataten sein. Wir sehen eine ernsthafte Bedrohung unserer Demokratie nicht erst bei Gewalttaten, sondern Straftaten insgesamt als etwas, was man hier dringend bearbeiten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Radikalisierung und zunehmende Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene ist uns, die wir uns wirklich schon lange mit dem Problem befassen, seit Längerem bekannt. Es wurde ja die Hoffnung geäußert, auch in den Medien, dass die Spaltung der NPD durch die Austritte einzelner führender Köpfe zu einer Schwächung der Szene führen würde. Wir waren anderer Meinung. Wir waren immer anderer Meinung, weil wir in den Regionen nachvollziehen konnten, dass diese Schwächung der NPD letztendlich zu einer Radikalisierung auf der anderen Seite und zu größerer Gewaltbereitschaft geführt hat. Diese Brutalisierung der Szene konnten wir auch an verschiedenen Beispielen erkennen.

So wurden im Jahr 2007 bei einer Demonstration anlässlich des 1. Mai zwei Polizisten von randalierenden Neonazis bedrängt und in die Enge getrieben. Sie standen mit dem Rücken zur Wand. Erst als weitere Beamte kamen, hat man diese Polizisten freigegeben.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft zeichnet sich auch durch konkrete Aktionen aus wie das Verbrennen von Transparenten. Das klingt jetzt noch nicht so schlimm, aber wenn man dann die martialisch aufgemachten, mit Musik untermalten Filme im Internet dazu ansieht, weiß man, dass vom Verbrennen der Transparente eigentlich nur noch ein kleiner Schritt zur Verletzung von Menschen ist.

Wir finden auch eine Personalisierung der Bedrohungssituation, wenn Nazis dorthin, wo jemand wohnt, der als Gegner erkennbar und bekannt ist, gehen, die Haustüre beschmieren, die Hauswand beschmieren, die Autoreifen zerstechen. Auch hier wird eine Grenze überschritten, die vormals marginal, aber doch in Bayern eingehalten worden ist. Hier haben wir diese Grenze nicht mehr, sondern die Leute werden direkt als Feinde personifiziert und angegangen.

Einzelne Gegnerinnen und Gegner werden nachts zu Hause aufgesucht, Sachbeschädigungen werden vorgenommen oder Demonstrantinnen und Demonstranten werden am Rande von Kundgebungen verfolgt, gestellt und eingeschüchtert.

Brutal ist auch die Sprache der Nazis. So musste ich im Internet ein Transparent ansehen, das an einem Gewerkschaftshaus hing und das überlebende KZ-Opfer in einem sehr erbarmungswürdigen Zustand zeigte. Wir kennen diese Fotos von Menschen, die knapp dem Hungertod entkommen sind. Welchen Kommentar gab es hierzu im Internet, zu diesen armen Menschen? Für die KZ-Gedenkstätten haben wir hier im Übrigen auch Verantwortung zu tragen. Da wurde kommentiert, das seien erfolgreiche Fälle der Weight Watchers. Diese Sprache zeigt, wie diese Szene gepolt ist und dass man tatsächlich kein Verständnis dafür haben darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie treffen sich mittlerweile auch ungeniert in Thor-Steiner-Läden. In Nürnberg hat "Thonsberg" aufgemacht. Ich hoffe natürlich, dass der Vermieter diesen ungebetenen Mieter wieder hinaus bekommt. Aber Sie können sich ungeniert Kleidung mit "Wüstenfuchs"- und Runenaufschrift kaufen. Sie finden dort alles, was zur Identifikation mit der rechtsextremistischen Szene notwendig ist.

Aus unserer Sicht ist deshalb die Durchführung eines Attentats - wir wissen ja noch nicht so viel über die Umstände, ob es jetzt geplant war oder spontan - eigentlich eine zwangsläufige Folge. Ob es jetzt - das ist natürlich eine graduelle Steigerung; das will ich nicht bestreiten - ein Polizeichef ist, oder ob es jemand Namenlosen trifft, verurteilen müssen wir beides in gleicher Weise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir teilen den Ruf nach einer harten Bestrafung des Täters im Rahmen der bestehenden Gesetze; der ist richtig, greift aber letztendlich zu kurz, um den braunen Sumpf auszutrocknen oder um ihm wenigstens partiell den Nährstoff zu entziehen. Denn wir machen uns natürlich auch keine Illusionen: Sie werden immer einen harten Kern von Personen haben, denen tatsächlich mit Sozialarbeit nicht mehr beizukommen ist. Aber nicht alle sind verloren. Wir appellieren daher an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Mehrheitsseite, noch weitere Anstrengungen zu unternehmen. Das heißt, in Bayern müssen Maßnahmen und Einrichtungen gezielt und eigenständig gefördert werden. Dafür sind auch bayerische Haushaltsmittel aufzubringen. Der Bund wird und kann es für uns nicht richten. Zudem kennen wir uns bei den Initiativen, bei den Vereinen und Verbänden sowie bei den Projekten und Maßnahmen vor Ort sehr viel besser aus. Die Änderung der Förder-

bedingungen für Projekte und Initiativen auf Bundesebene, die leider auch mit Ihrer Zustimmung erfolgt ist, war aus unserer Sicht ein großer Fehler und ist daher zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Akteure beim Bayerischen Jugendring oder bei der Landeszentrale für politische Bildung müssen sich auf eine kontinuierliche finanzielle und personelle Ausstattung verlassen können. Nur so kann man den Rechtsextremismus kontinuierlich bekämpfen. Auch wenn in Bayern schon etwas getan wird - das will ich gar nicht bestreiten -, muss die politische Bildung mehr sein als nur eine kurze Lehrerfortbildung, ein paar Flyer und Gedenkstättenarbeit. Sie darf sich darauf nicht beschränken. Leider sind aber in der Vergangenheit viele Kampagnen und Projekte, die von der Bundesebene kamen, nicht wahrgenommen worden. Das ist eine vertane Chance. Diese Projekte sind wohl auch deshalb nicht wahrgenommen worden, weil sie noch unter Rot-Grün initiiert wurden.

Die politische Bildung - darüber sind wir auch einer Meinung - muss im Elternhaus und in der Kinder- und Jugendarbeit einen hohen Stellenwert haben. Die Demokratie muss in der Praxis, in der Schule, in den Verbänden und auch zu Hause erlebt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Gedenkstättenarbeit, die ich zuvor angesprochen habe, will ich überhaupt nicht vernachlässigen. Daneben bedarf es aber auch einer intensiven Erinnerungskultur, und dazu gehört selbstverständlich auch die Erinnerung an Widerstandskämpfer oder an diese vier mutigen Polizeibeamten. Diese Erinnerungskultur muss aber auch mit einer Kultur der Aufarbeitung verbunden sein. Zu dieser Aufarbeitung gehört auch, dass die Polizei und die Justiz in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus eine andere Rolle hatten als die, die sie nach unseren Wünschen hätte einnehmen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich hilft dabei manchmal auch der Blick auf die Zeit nach dem Nationalsozialismus und darauf, was damals geändert und aufgearbeitet wurde.

Nicht zuletzt - das ist der letzte Punkt unserer Vorschläge - müssen wir Politiker Demokratie vorleben. Dies wurde heute schon gesagt, und insofern ist es schön, wenn wir uns dabei treffen. Allerdings fürchte ich, dass es beim zweiten Satz wieder auseinandergeht. Demokratie vorleben bedeutet, dass alle Maßnahmen, die die bürgerrechtlichen Freiheiten einschränken wie zum Beispiel das neue Versammlungsrecht, die Online-

Durchsuchung oder die Vorratsdatenspeicherung, auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wollen wir eine gestärkte Zivilgesellschaft? Wollen wir, dass die Zivilgesellschaft aktiv bleibt? Wir 187 Abgeordnete können die Probleme vor Ort gar nicht alleine bewältigen. Wollen wir, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sich eigenverantwortlich wehren oder wollen wir einen autoritären Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern alles aus der Hand nimmt, was letztendlich aber nicht funktionieren kann? Der Kampf gegen die Bedrohung unserer Demokratie ist eine ständige Herausforderung, die sich nicht an tagesaktuellen Debatten ausrichten darf. Wir hoffen sehr, dass das Thema nach der heutigen Aussprache nicht wieder von der Tagesordnung verschwindet, sondern dass wir im nächsten Jahr nicht nur über eine Konzeption, sondern auch über weitere Projekte und weitere Maßnahmen diskutieren werden, denn wir haben mit der Abwendung der Demokratiegefährdung durch den Rechtsextremismus eine große Aufgabe vor uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächster hat Herr Kollege Dr. Fischer das Wort.

**Dr. Andreas Fischer (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich von dem Anschlag in Passau gehört habe, war ich tief betroffen. Ich war entsetzt und schockiert. Dieser Anschlag ist brutal und menschenverachtend, er ist feige und hinterhältig. Deswegen galt auch mein erster Gedanke dem Opfer dieses Anschlags, dem Polizeibeamten Alois Mannichl, der nichts anderes getan hat, als vorbildlich seine Pflicht zu tun und sich für die Demokratie und für unsere Freiheit einzusetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Ich möchte mich deswegen ausdrücklich bei unserem Ministerpräsidenten und bei unserem Innenminister bedanken, deren erste Handlung es war, sofort ans Krankenbett des verletzten Polizisten zu eilen. Das war ein wichtiges Symbol für unsere Demokratie.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CSU)

Auch wir, die FDP-Fraktion, wünschen Alois Mannichl von Herzen rasche Genesung, damit er bald wieder im Kreise seiner Familie sein kann.

(Beifall bei der FDP)

Mein zweiter Gedanke betraf und betrifft alle die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die im täglichen Einsatz unsere Freiheit gegen Extremisten jeglicher Art verteidigen und dabei oft in schwierige Situationen kommen. Sie verdienen nicht nur unseren Dank in einer Rede hier im Landtag. Sie verdienen darüber hinaus auch im Alltag unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

(Beifall bei der FDP)

Gestatten Sie mir ein persönliches Wort. Als Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit und Ordnung bin ich selbst Seite an Seite mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor einer rechtsradikalen Demonstration gestanden und musste mich genauso wie sie als Lakai des Systems beschimpfen lassen. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass alle die, die ihre Pflicht tun und erfüllen, jede Hilfe bekommen, die sie brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen möchte ich ein weiteres Mal der Staatsregierung dafür danken, dass sie so klar erklärt hat, dass die Fürsorgepflicht des Dienstherrn erweitert werden muss. Es kann nicht sein, dass ein Polizeibeamter wie Alois Mannichl, der seine Pflicht tut, danach in einem Rechtsstreit vielleicht noch selbst seinen Anwalt bezahlen muss. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich können wir bei alledem nicht stehenbleiben, sondern wir müssen aus dem aktuellen Anlass dieser rechtsextremistischen oder mutmaßlich rechtsextremistischen Straftat heraus Strategien überlegen, wie wir mit dieser Erscheinung umgehen wollen. Ich verhehle dabei nicht, dass ich bezweifle, dass schärfere und neue Gesetze ein Allheilmittel sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind mit dem Ruf nach schärferen Gesetzen, nach härteren Strafen, nach neuen Straftatbeständen und nach Verbotsverfahren konfrontiert. Zur Forderung nach neuen Straftatbeständen ist, bezogen auf den konkreten Fall, zu sagen, dass wir es hier mit der schwersten Straftat zu tun haben, die unser Strafgesetz kennt. Mord ist mit lebenslanger Freiheitsstrafe und damit mit der härtesten Strafe, die das Strafgesetzbuch kennt, bewehrt. Offensichtlich ist also die Forderung nach neuen Straftatbeständen in der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus nicht wirksam. Auch was Verbotsverfahren betrifft, verhehle ich eine gewisse Skepsis nicht. Wir verschließen uns als FDP-Fraktion nicht, wenn es um die Prüfung geht, ob ein neues Verbotsverfahren in die Wege geleitet werden kann. Ich warne aber vor einem übertriebenen

Aktionismus und vor übertriebenen Erwartungen. Mit Verboten bekämpft man nämlich nicht Gesinnungen oder Strukturen. Strukturen werden durch Verbote nicht auf Dauer zerschlagen, das haben die bisherigen Parteiverbote in der Vergangenheit gezeigt, denn es sind in Kürze Parteineugründungen erfolgt, so dass wir die alte Problematik wieder hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der wehrhafte Rechtsstaat darf sich die Blamage eines gescheiterten Verbotsverfahrens nicht noch einmal leisten. Man kann die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gut finden oder nicht, aber wir haben sie zu akzeptieren. Wir als Liberale akzeptieren sie auch. Wir möchten aber in jedem Fall vermeiden, dass eine neue, gescheiterte Verbotspolitik erfolgt. Vor allem warne ich davor, die V-Leute aus der NPD zurückzuziehen, denn damit würden Beobachtungsmöglichkeiten massiv erschwert. Diese Beobachtungsmöglichkeiten brauchen wir aber zu unserer Sicherheit, vor allem zu unserer Sicherheit vor rechtsradikalen Bestrebungen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Ich sage deshalb ganz deutlich: Die Strategien gegen Rechtsextremismus müssen breiter angelegt sein.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Kränzle (CSU))

Der "Münchner Merkur" hat in einem sehr treffenden Satz geschrieben: "Rechtsextremes Gedankengut lässt sich nicht per Gesetz eliminieren."

(Beifall bei der FDP)

Ich sage: Mit Gesetzen allein bringen wir den Rechtsextremismus nicht aus den Köpfen. Wir müssen ihn aber aus den Köpfen herausbringen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es ist in hohem Maß beunruhigend, wenn nach Untersuchungen - ich habe hier Zahlen, die noch alarmierender sind als die der GRÜNEN - 16 % der Deutschen anfällig für rechtsextremistische Einstellungen sind. Es ist in hohem Maß beunruhigend, wenn insbesondere Jugendliche immer häufiger in den Dunstkreis rechtsradikaler Ideologien geraten und die Täter von rechtsextremistischen Gewalttaten immer jünger werden. Wir brauchen deshalb breite gesellschaftliche Bündnisse, wir brauchen die breite politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb fordern wir seit Langem, dass Programme zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, vor allem bei Jugendlichen, verstärkt werden. Wir brauchen eine Intensivierung der Programme für gewaltbereite und gefährdete Jugendliche. Wir brauchen Angebote für Aussteiger aus der rechtsradikalen Szene.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es gibt durchaus Programme, die das erfolgreich praktiziert haben, wie beispielsweise die Initiative "EXIT-Deutschland", die mehr als 300 Frauen und Männern beim Ausstieg aus der Szene geholfen hat. Nur ein ganz geringer Teil von ihnen ist in die Szene zurückgekehrt. Mit solchen Projekten kann man mehr erreichen als mit Gesetzen .

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen deshalb drei Säulen: Wir wollen zum Ersten eine Intensivierung der Programme zur Hilfe für gewaltbereite und gefährdete Jugendliche.

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Wir wollen zum Zweiten Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene. Wir wollen ihnen beispielsweise die Möglichkeit geben, Schulabschlüsse nachzuholen und sich beruflich zu qualifizieren.

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Selbstverständlich wollen wir zum Dritten auch an den Schulen Programme zur Gewaltprävention und Jugendarbeit.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, das wichtigste Signal ist allerdings ein politisches: Wir als Demokraten müssen gemeinsam eine starke Front bilden. Es ist wichtig, dass wir keine Parteipolitik betreiben, sondern dass wir dem Gespenst des Rechtsextremismus geschlossen unsere Stärke entgegensetzen. Ich freue mich, dass der parteiübergreifende Antrag heute von allen Fraktionen gemeinsam getragen wird. Ich glaube, dass ist ein gutes Zeichen im Kampf gegen den Extremismus.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Nun hat Herr Kollege Freller das Wort.

**Karl Freller (CSU):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen meiner Aufgaben als Direktor der "Stiftung Bayerische Gedenkstätten" begleite ich immer wieder Besuchergruppen durch die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg.

So oft ich auch dort bin, drängt sich mir immer wieder die Frage auf: Wie konnte es so weit kommen? Was stand am Anfang, so dass am Ende dieses Leid, dieses Elend entstanden sind? - Meine Damen und Herren, am Anfang stand das kriminelle, das rassistische Denken der Nazis. Dann wurde gegen Andersdenkende gehetzt, dann schwieg die Menge, und am Ende wurden sechs Millionen Menschen in den Konzentrationslagern ermordet.

Meine Damen und Herren, ich glaube, uns alle in diesem Saale eint der in Dachau in Stein gemeißelte Ausruf, die Aufforderung: "Nie wieder!".

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Nie wieder, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf jemals solches Gedankengut groß werden. Die Weimarer Republik ist allerdings nicht nur an den Nazis zugrunde gegangen, sondern vor allem auch daran, dass es zu wenig überzeugte Demokraten gab. Umso wichtiger ist der Auftrag an uns, unsere Demokratie zu sichern. Seit über 60 Jahren haben wir eine stabile Demokratie. Das ist aber keine Selbstverständlichkeit. Wir, auch wir Parlamentarier in diesem Raum, wir sind es, die die Demokratie stabil halten müssen. Wir sind es, die mit Klarheit und Konsequenz gegen alle Feinde der Demokratie vorgehen müssen. Wir sind es, die die politische Bildung sichern, den Geschichtsunterricht hochhalten und die Jugendarbeit stärken müssen. Wir sind es auch, die das verpflichtende "Nie wieder!" in die Alltagsarbeit hineinbringen müssen.

Alois Mannichl lebt dieses "Nie wieder!" in seiner Alltagsarbeit und er hätte dafür beinahe mit seinem Leben bezahlt. Diesem Mann gebührt höchste Anerkennung. Wenn im nächsten Jahr jemand den Bayerischen Verdienstorden verdient, dann ist das mit Sicherheit er.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass es in Bayern Hunderttausende mit der Geisteshaltung von Alois Mannichl gibt. Ich sage aber auch, wir müssen all jene, die diese Geisteshaltung haben und sie in ihre Arbeit einbringen, stärken. Das gilt auch für die Behörden.

Ich habe noch sehr gut folgendes Beispiel in Erinnerung: Vor neun Jahren hat der damalige Rektor der Realschule Schwabach, Hermann Stamm, das Tragen von Springerstiefeln seinen Schülern verboten. Dafür musste er über Jahre hinweg schlimmste Drohungen im Internet lesen. Dort stand unter anderem: "Die deutsche Eiche steht bereits, an der du aufgehängt wirst". Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine meiner ersten Auseinandersetzungen als Staatssekretär im Kultusministerium mit eigenen Beamten war, dass

ich massiv kritisierte, dass man diesem couragierten Mann in der Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Szene den Rücken nicht ausreichend gestärkt hatte. Deshalb ist es ganz wichtig, was auch von meinen Vorrednern vorhin bereits gesagt wurde, dass wir all denjenigen in den Behörden den Rücken stärken, dass wir hinter denen stehen, die die Demokratie verteidigen. Das gilt für viele, viele Beamte in diesem Land. Sie tun dies, und sie tun dies überzeugt.

(Beifall bei der CSU, der FDP und den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, die Drohungen, die Sprache der Rechtsextremisten sind beängstigend. Wer im Internet nachliest, wer die Texte der Lieder, die teilweise in CD-Form vor den Schulen verteilt wurden, genau liest, der erschrickt. Und erschrecken muss man auch über das, was gestern der Bundesvorsitzende der NPD über den Fall in Passau im Internet veröffentlicht hat. Im Prinzip zitiere ich den Bundesvorsitzenden der NDP ungern im Wortlaut. Aber ich bin der Auffassung, die Bevölkerung soll wissen, was er zu diesem Fall in Passau schreibt:

Der Passauer Polizeichef hat sein Amt wiederholt missbraucht und mithilfe seines Polizeiapparates die nationale Opposition verfolgt. Mit seinen Mitteln war er nie zimperlich, und die Grenzen des rechtlich Zulässigen und die für Polizeibeamte gebotene Neutralitätspflicht wurden in bedenklicher Weise missachtet. Unverhältnismäßige Polizeimaßnahmen waren in Passau an der Tagesordnung. Herr Mannichl hat ständig das politische Klima in seinem Einzugsbereich verschärft und die Eskalation angeheizt.

Meine Damen und Herren, hier lassen "Stürmer" und "Völkischer Beobachter" grüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Eine solche Sprache wollen wir nicht in Bayern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Pfui!)

Es ist eine Sprache, die menschenverachtend gegen die spricht, die unsere Demokratie schützen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte noch einen Satz zu dem Stichwort Verbot der NPD sagen. Hierzu stand heute ein bemerkenswerter Kommentar in der "Süddeutschen Zeitung". Mit dem Kommentator war ich bei anderen Themen in der Vergangenheit nicht immer einer Meinung, aber beim Thema NPD-Verbot bin ich es. Ich zitiere Heribert Prantl aus der heutigen "Süddeutschen Zeitung":

Wann also ist eine Partei vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig zu verbieten? Sicherlich dann, wenn sie sich unter dem Schutz des Parteienprivilegs gewalttätig versammelt, wenn eine Partei nicht nur braunen Gedanken, sondern auch braunen Verbrechen Heimstatt bietet. Wenn es so wäre, dass eine Partei Animations- und Reaktionsraum ist für kriminelle Rassisten, wenn sie Gewalttätigkeiten fördert, dann wäre sie eine kriminelle Vereinigung, also selbstredend zu verbieten. Ihr Verbot wäre dann kein Konstrukt eines antiliberalen und antidemokratischen Denkens, sondern aktiver Schutz der Menschenwürde, aber dann hoffentlich nicht der einzige.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass von Bayern die Durchsetzungskraft ausgeht, die NPD und andere rechtsextremistische Gruppen zu verbieten. Ich finde es richtungsweisend, dass die fünf Parteien dieses Parlaments eine gemeinsame Entschließung verabschieden. Nur wenn die Demokraten zusammenhalten, werden die Extremisten in Deutschland und in Bayern nie mehr eine Chance haben.

(Allgemeiner Beifall)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Kollege Freller.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich lasse nunmehr über den mitberatenden interfraktionellen Antrag "Gemeinsam gegen Rechtsextremismus" auf der Drucksache 16/158 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für dieses einstimmige Votum gegen Rechtsextremismus. Ich glaube, das ist ein deutliches Zeichen aller Demokraten in diesem Land.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
Zweites Gesetz zur Änderung des  
Haushaltsgesetzes 2007/2008 (2.  
Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drs.  
16/95)  
- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion vereinbart.



Als ersten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Georg Winter, den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, auf.

**Georg Winter (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Die Finanzmarktkrise und die immer häufiger werdenden Einschläge erinnern mich an einen Buchtitel, der lautet: "Es geschah vor unseren Augen". Dieses Buch hat sich damals mit den Ereignissen der Sechziger- und Siebzigerjahre befasst. Berliner Mauerbau, 1968 Prag, die Ermordung der Kennedy-Brüder, Martin Luther King, RAF, all diese Dinge: Es geschah vor unseren Augen. Aber auch die Finanzmarktkrise hat sich vor unseren Augen entwickelt, das müssen wir immer mehr zur Kenntnis nehmen, und niemand aus der Branche hat eingegriffen und so gemahnt, dass sie uns erspart geblieben wäre.

Nun soll man einem Sprichwort zufolge bekanntlich nicht alles über einen Leisten schlagen oder wegen eines schwarzen Schafes gleich alle zur Anzeige bringen. Trotzdem meine ich, dass es in der Branche immer mehr Einzelfälle mit großen Auffälligkeiten gibt. Sie kennen sie alle: die Festnahme eines Londoner Bankers in Singapur, wo es um große Summen ging, der Banker in Paris letztes Jahr, der allein vier bis fünf Milliarden Euro verschieben konnte, damals ein Rekord. Aber siehe da, Rekorde kann man brechen. Dann gibt es Bernard Madoff, den früheren Chef der Nasdaq, der, so die Nachrichten in diesen Tagen, Mitbürger um 50 Milliarden US-Dollar an Vermögen gebracht haben soll. Wie gesagt, man soll nicht alle über einen Leisten schlagen, aber es ist schon interessant, welche Einzelfälle diese Branche produziert hat und produziert.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Anlass des zweiten Nachtragsetats 2008 ist die aktuelle Entwicklung bei der Bayerischen Landesbank. Ursache dieser Entwicklung ist die weltweite Finanzkrise. Das größte Handicap ist das verloren gegangene Vertrauen. Spätestens seit der Pleite von Lehman Brothers ist der Vertrauensverlust so groß, dass Geldgeschäfte und der Handel der Banken untereinander erheblich eingeschränkt sind.

Die Antwort auf die Frage, wie geht es weitergeht, wird ganz entscheidend von der aktuellen konjunkturellen Entwicklung abhängen. Bevor ich auf die Ursachen, die Verursacher und die Konsequenzen aus dieser Situation eingehe, komme ich zunächst zum Ziel und Inhalt des zweiten Nachtragsetats. Mit dem zweiten Nachtragsetat 2008 sollen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Stabilisierungsmaßnahmen bei der BayernLB, sprich die Kapitalzuführung über insgesamt 10 Milliarden Euro und die Abschirmung des ABS-Portfolios von maximal 4,8 Milliarden Euro, geschaffen werden. Für die Kapitalzuführung in Höhe von 3 Milliarden

Euro in 2008 und in Höhe von 7 Milliarden in 2009 ist eine Kreditermächtigung über 10 Milliarden Euro erforderlich.

Hinsichtlich der Abschirmung wird die im Rahmen des ersten Nachtragsetat ausgebrachte Garantiermächtigung gegenüber der Bayerischen Landesbank geändert. Es wird in der Höhe der wahrscheinlichen Ausfallquote von 1,65 Milliarden Euro eine Verpflichtungsermächtigung und in Höhe des Restbetrages, nämlich von 3,175 Milliarden Euro, eine Garantiermächtigung ausgebracht.

Herr Staatsminister Georg Fahrenschon hat in den letzten Wochen sowohl die Fraktionen als auch das parlamentarische Gremium zur Begleitung der Landesbank, diese neue Einrichtung, also alle im Land vertretenen politischen Gruppierungen umfassend informiert und intensiv nach Lösungen gesucht: in Berlin, mit Brüssel, mit der Bankenaufsicht. An dieser Stelle möchte ich ihm namens der Fraktion herzlich Danke sagen für seinen enormen Einsatz in den zurückliegenden Wochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung am 3. Dezember klare Linien zum Thema Landesbank für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gezogen.

(Franz Maget (SPD): Sehr richtig!)

- Danke, Herr Kollege Maget, dass Sie dies an der richtigen Stelle unterstreichen. - Dafür sind wir ihm dankbar. Jetzt geht es darum, die von ihm geforderte absolute Transparenz umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

Angesichts der neuen Horrorbotschaften - eingangs wurde Madoff erwähnt - ist ein Mehr an Offenheit für die gesamte Bankenbranche dringend angesagt.

Die Debatte zum Thema Landesbank hat unabhängig von der Ursachen- und Fehlerforschung und den noch offenen Zukunftsfragen eines ganz deutlich gezeigt: Zu dem vorliegenden zweiten Nachtragsetat gibt es keine schlüssige Alternative. Es ist auch keine bessere Alternative beantragt worden, als Sie Ihnen heute im Entwurf zur Abstimmung vorliegt. Der Freistaat Bayern und wir Parlamentarier als Vertreter des bayerischen Volkes müssen vor allem daran interessiert sein, dass die Gewährträgerhaftung nicht in Anspruch genommen werden muss. Dazu soll dieser Nachtragsetat einen entscheidenden Beitrag leisten.

Die aufgezeigte Kapitalzuführung liegt darüber hinaus auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen und unserer Kommunen,

die ihrerseits die Gewährträger der lokalen Kreditinstitute sind. Die vorgeschlagene Maßnahme liegt auch im Interesse der mittelständischen Wirtschaft, gerade in den jetzt konjunkturell schwierig werdenden Zeiten. Eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen ist zwingend notwendig.

Die Vertreter der Regierungskoalition im Haushaltsausschuss, also von FDP und CSU, haben dem Entwurf zugestimmt und ihn zur Annahme empfohlen. Ich denke, SPD und GRÜNE werden ihre Positionen darstellen und sagen, warum sie gegebenenfalls nicht zustimmen können.

Vonseiten der Freien Wähler gab es in der Debatte Fragen. Der Herr Staatsminister hat versucht, darauf einzugehen. Ich bin überzeugt, er wird auch heute versuchen, die Dinge verständlich darzulegen und auf eventuelle offene Fragen zu reagieren. Wir hoffen, dann besteht die Chance, dass auch die Freien Wähler dem Nachtragsetat zustimmen. Gerade sie bezeichnen sich ja als Anwalt der Kommunen im ländlichen Raum. Wie wir alle wissen, ist dieser Etat ein ganz enormer Beitrag zur Entlastung der Sparkassen und ihrer lokalen Gewährträger.

Dazu möchte ich zwei Zahlen einander gegenüberstellen. Eine Zahl für sich allein sagt bekanntlich wenig aus, während ein Vergleich aussagekräftiger ist. Der kommunale Finanzausgleich des Jahres 2009 beträgt 6,3 Milliarden Euro, eine Rekordsumme. Das ist das Volumen für unsere mehr als 2000 bayerischen Kommunen, Landkreise und Bezirke. Der Freistaat Bayern ist bereit, 50 Prozent der Eigenkapitalaufstockung zu übernehmen. Das sind die fünf Milliarden Euro plus den Anteil am bayerischen Schirm, nämlich 2,4 Milliarden Euro; das ist die Hälfte von den 4,8 Milliarden Euro. Der Freistaat Bayern ist also bereit, die kommunale Seite in einer Größenordnung von zusammen 7,4 Milliarden Euro zu entlasten. Das ist mehr als der bayerische Finanzausgleich mit seiner Rekordhöhe und damit genug Grund, zu sagen: Jawohl, wir sind für unsere Kommunen da; da stimmen wir zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Anlässlich der Ersten Lesung zur heutigen Haushaltsberatung hat mein Kollege Weidenbusch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des neuen Bankgremiums das Thema in aller Offenheit und Klarheit angesprochen. Ich kann mich seinen Worten und der kritischen Sichtweise nur anschließen und möchte ihm für seinen Beitrag danken.

Er hat gefordert, die Zukunftsfragen anzugehen. Dazu gehören das neue Geschäftsmodell, die Weiterentwicklung des Landesbankgesetzes und natürlich auch das, was Sie, Frau Kollegin Rupp, angesprochen haben:

Wie kann in Zukunft die Aufgabenstellung einer Landesbank am besten organisiert werden, und wie soll die künftige Zusammensetzung des Verwaltungsrats aussehen?

Unabhängig davon bitte ich - ich glaube, darüber sind wir uns im Hause einig -, dass wir die Ursachenforschung nicht außer Acht lassen. Der Schaden, den die Finanzmarktkrise weltweit, auch bei uns in Deutschland und Bayern, auslöst, ist so enorm, dass eine Verengung auf die Bayerische Landesbank und deren Verantwortung viel zu kurz gesprungen wäre.

Die Ursachen sind öfter zitiert worden. Darauf möchte ich kurz eingehen. Zum einen erwähne ich den Boom an privaten Hausverkäufen in den USA, die laxe Kreditvergabe, die Niedrigzinspolitik der US-Notenbank, die Zersplitterung der Verantwortlichkeiten bei diesen Papieren, sodass man am Ende nicht mehr weiß, wer wirklich zu greifen ist. Weiter nenne ich unzureichende und ineffiziente Aufsichtsstrukturen, fehlerhafte Anreizsysteme für die Manager, überzogene Krediterwartungen, Auftürmen von Risiken, die in dieser Größenordnung natürlich zur Destabilisierung beigetragen haben, und die mangelhaften Kontrollen.

Bei der Rating-Gläubigkeit kann man nur staunen, was hier an Blindheit vorlag. Damit wurden auch die Risiken unterschätzt. Aus meiner Sicht ist da viel zu viel Hand in Hand gearbeitet worden. Man muss sich die privaten Agenturen in Amerika ansehen, die wiederum im Investmentbereich engagiert waren. Das war ein schöner Kreislauf. Der gesunde Menschenverstand ist dabei nach meiner Ansicht völlig auf der Strecke geblieben.

Ich zitiere die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Im aktuellen Internetauftritt ist interessanterweise ein Presseartikel aus dem Jahr 2003 veröffentlicht. Er kann aktuell nachgelesen werden. Er betrifft das Thema: ABS-Anleihen könnten für Anleger interessant werden. In dem Bericht von Dyrk Scherff steht zu lesen:

Seit den frühen 90er-Jahren gibt es in Deutschland ABS-Papiere. Verbriefte Immobilienkredite machen dabei mittlerweile den größten Anteil aus. Das gehandelte Volumen wächst stetig und bekommt jetzt einen neuen Schub. Denn die großen deutschen Banken haben gerade beschlossen, bei der Ausgabe von ABS-Anleihen künftig zusammenzuarbeiten.

Die nachfolgenden Überschriften seines Beitrags lauten:

Bessere Verzinsung bei höherem Risiko - Einstieg für Privatanleger über Fonds möglich



Der Beitrag zeigt insgesamt in einer Offenheit und Nachhaltigkeit das Thema ABS auf, ebenfalls den stärkeren Einstieg und die Möglichkeit, ihn zu nutzen.

Wenn es Fehlentwicklungen gibt, stellt sich immer die Frage: Ist der Fehler neu? Ist er erstmals vorgekommen, gilt das Motto: Wer arbeitet, macht Fehler. Wichtig ist aber, dass man sie nicht wiederholt.

Hier kommt es eigentlich schlimmer. Die Fehler sind nicht so ganz neu. Es gab schon in der Vergangenheit Anzeichen für Fehlentwicklungen. Nach meinem Eindruck sind die Fehler eher perfektioniert und gesteigert worden. Sonst hätte man das, was jetzt geschieht, nicht erreichen können.

Ich nenne ein paar Beispiele aus der Vergangenheit. Der eine oder andere von Ihnen kann sich an IOS und Bernie Cornfeld erinnern, der mit ein paar hundert Dollar nach Paris gegangen ist und festgestellt hat: Statt solche Anteile an dem Fonds zu verkaufen, ist es besser, eine Fondsgesellschaft selber zu betreiben und damit das Volumen usw. zu steuern. Er hat, wie wir wissen, viele gute deutsche Sparer um ihr redlich erworbenes Geld gebracht.

Es gab aber auch schon in den 80er-Jahren einen Mahner. Das war Altkanzler Helmut Schmidt. Er hat immer wieder auf die amerikanische Gelddruckmaschine hingewiesen. Ab und zu hatte man das Gefühl: Na ja, das sagt er immer wieder. Daher hat keiner so recht auf ihn gehört. Man dachte: Da rennt ein alter Mann durch die Gegend; ganz so schlimm kann das doch gar nicht sein. Aber es war tatsächlich schlimm, wie wir heute wissen.

Mitte der Neunzigerjahre hatten wir die Südostasienblase und -pleite. Man sagte: Da engagieren wir uns nicht mehr. Man hat nicht ganz konsequent reagiert.

Horst Köhler gehört zu den aktuellen und jüngeren Mahnern dieser Entwicklung. Er ist mit vom Fach. Ich darf hier auf seine Rede vom 6. November 2007 verweisen, in der er sagt:

Die internationalen Finanzmärkte haben sich in einem Maße verselbständigt, das Sorge bereiten muss. Inzwischen ist es sogar so weit gekommen, dass die Banken, wie erklärt, sich gegenseitig nicht mehr Geld leihen wollten. Auch die Notenbanker und Finanzminister sind hoffentlich nicht nur vorübergehend nachdenklich geworden. Niemand kann mehr ausschließen, dass die nächste Finanzkrise so wie im November 2007 auf die gesamte Weltwirtschaft durchschlägt und damit rund um den Globus Arbeit und Einkommen der Menschen massiv in Mitleidenschaft zieht.

Und er sagt am 5. Mai 2008 - da gab es damals den ironischen Kommentar "Köhler befindet sich im Wahlkampf", trotzdem ist es richtig, was er sagt -:

Das einzige Gute an der Krise ist, jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken verwiesen werden muss.

Werte Kolleginnen, werte Kollegen, die drastischen Maßnahmen, die von Notenbanken und Regierungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen wurden, lassen das wahre Ausmaß der Krise erkennen. Ein ausführlicher Artikel im "Handelsblatt" fragt in seiner Schlagzeile: "Was kostet die Rettung der Welt?"

In den USA haben Regierung und Notenbank inzwischen Hilfsprogramme in der Größenordnung von 8 Billionen Dollar, also 8000 Milliarden US-Dollar, zur Stützung der Finanzbranche und Konjunktur aufgelegt. Ob sie ausreichen oder überhaupt Wirkung erzielen, ist alles andere als sicher. Die für die USA in Rede stehenden Summen übersteigen unsere Vorstellungskraft: Risikoschirm 3100 Milliarden US-Dollar, Eigenkapitalverstärkung 3000 Milliarden US-Dollar, Liquiditätshilfen 1700 Milliarden US-Dollar, nicht eingerechnet das, was für die Autobranche noch geschehen soll.

Die Warnungen, Kollege Wörner - auch das möchte ich deutlich machen -, wurden in den Wind geschlagen. Das zeigt uns eines auf, nämlich, dass wir eine gründliche Fehleranalyse benötigen. Nur so können wir Wiederholungen ausschließen. Die größte Gefahr wäre, wenn wir uns vorschnell mit Antworten begnügen würden, mit denen man die eine oder andere Woge glätten kann - so einfache Antworten könnte ich mir vorstellen -, aber das löst das Problem nicht, sondern nur dann, wenn des Pudels Kern wirklich erkannt wird. Es ist wichtig, dass uns Analyse und Ursachenforschung gelingen, um Schaden von den Mitbürgern abzuwenden.

Weil auch immer die Gefahr ist, dass wir, wenn etwas schief läuft, nach neuen Gesetzen rufen und sie verabschieden und damit alle einheitlich mit einer riesigen Bürokratie überziehen, mahne an dieser Stelle an, dass wir dies für unseren inländischen Markt gerade eben nicht tun, sondern sehr wohl differenzieren zwischen dem, was national läuft und dem, was international notwendig ist. Das Beispiel Island, ein Land mit 330.000 Einwohnern mit einer Verpflichtung von 25 Milliarden, zeigt aber auch, dass Rating keine gute Lösung ist, sondern dass es genügt hätte, genauer hinzuschauen. Wir brauchen ein Frühwarnsystem, das uns sagt, wenn die Proportionen nicht mehr stimmen, denn somit nützt

auch das Rating nichts. Die Konsequenzen, die wir ziehen müssen, sind uns allen klar.

Was ich noch ansprechen möchte: Es ist meine persönliche Überzeugung, dass gerade für die Eurozone in dieser Krise auch eine Chance steckt. Wir haben sehr früh begonnen unter Helmut Kohl mit der Währungsschlange und später mit der Vereinheitlichung, den Euro zu entwickeln. Er hat sich Gott sei Dank sehr schnell und gut entwickelt. Wichtig ist aber, dass wir die europäische Währung, die Eurozone, als Chance begreifen und ein Frühwarnsystem einbauen, eine europäische Rating-Agentur, losgelöst von der amerikanischen Abhängigkeit, die wir immer beklagen, und losgelöst auch von der angelsächsischen Denkweise. Wir wissen alle, gerade England hat seine Volkswirtschaft ganz stark auf Finanzdienstleistungen abgestellt. Deswegen, meine ich, wäre es gut, wenn wir in unserer Eurozone diese Aufgabe als Erstes anpacken und uns dabei bemühen würden, unsere Europäische Zentralbank in Frankfurt mit mehr Rechten, mit mehr Möglichkeiten auszustatten, um die Dinge in den Griff zu bekommen.

Eines muss klar sein: Die Verursacher müssen zur Verantwortung gezogen werden. Statt Abfindungen und Bonizahlungen muss es künftig eine Haftung für den Schaden geben. Diejenigen, die den Schaden verursachen, müssen dafür auch aufkommen, weil unserer Mitbürger für alles andere kein Verständnis hätten und nicht verstehen würden, wenn diese Straftäter im Wirtschaftsbereich ohne jegliche Sanktionen davonkämen.

Wir müssen auch darauf achten dass wir unserer Landesbank keinen Schaden zufügen - bei all den Schlagzeilen, die sie produziert, weil sie eben öffentlich getragen wird. Sie kennen alle das Beispiel aus der Kommunalpolitik, um einen anderen Bereich zu erwähnen. Das Krankenhaus kommt ins Gespräch durch den Einzelfall. Es besteht die Gefahr, dass das Unternehmen durch die Politik so sehr ins Gerede kommt, dass ihm am Ende mehr geschadet als genützt wird.

Eine Frage möchte ich für die Zukunft noch aufwerfen. Können die Verwaltungsräte und Aufsichtsräte in der jetzigen Form mit ihren geringen Möglichkeiten die Unternehmen tatsächlich beeinflussen? Der eine oder andere von uns hat schon so einem Gremium angehört und kennt die bescheidenen Möglichkeiten und die Schwierigkeiten, dort als Einzelkämpfer aufzutreten und dem Vorstand zu sagen, dass er völlig falsch liegt und es anders gemacht werden muss. Insbesondere wenn Gewinne und Dividenden überwiesen werden, dann wird es noch schwieriger. Das war bei uns der Fall. Dann ist das schon sehr schwer. Wir müssen also darüber nachdenken, ob das System als solches mit

diesen Aufsichtsgremien überhaupt eine Chance hat, Fehlentwicklungen zu verhindern.

Lassen Sie mich nur ein paar Stichworte dafür nennen, was in unserer Wirtschaft ohne staatliche Beteiligung alles so stattgefunden hat: Die Fusion von BMW und Rover hat ein stark familiär geprägtes Firmenimperium entschieden. Sie wissen, das musste beendet werden. Es war ein Riesenfiasko. Das Gleiche gilt für den großen Konzern Daimler-Chrysler. Gott sei Dank kam Daimler da noch raus. Niemand konnte Herrn Schrempp dort stoppen. Das gilt auch für VW und den Aufsichtsrat und für Peter Hartz und seine Kollegen. Wie hier gearbeitet wurde, das muss nachdenklich machen. Das gilt auch für die Allianz, die vor sieben Jahren die Dresdner Bank für 24,8 Milliarden Euro erwarb und sie jetzt für 6 Milliarden Euro veräußert hat. Daran wird deutlich, das sind unternehmerische Entscheidungen, die alles andere als überzeugend sind und die uns nachdenken lassen sollen, welche Strukturen dazu geführt haben. Sie sind nicht tauglich für die Zukunft.

Schließen möchte ich mit einem Beitrag der großen Tageszeitung "Augsburger Allgemeine", die sich vor zwei Wochen in ihrem Journal mit uns Menschen unter dem Titel beschäftigt hat:

Geld, Gier und Angst

Der Mensch ist als homo oeconomicus vor allem eines: Überfordert. Gier und Angst sind die beiden Schattenmänner aus unserer evolutionären Vorgeschichte, die auch heute noch unseren ökonomischen Sachverstand trüben. Auf der Jagd nach Reichtum sammeln wir doch nur Schulden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Das Wort hat nun Frau Kollegin Adelheid Rupp für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Adelheid Rupp (SPD):** Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Präsident! Ich möchte zunächst meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, und zwar wegen der Anwesenheit, wie sie sich jetzt darstellt. Wir beschließen heute über 10 Milliarden Euro. Das ist ein Viertel unseres Gesamthaushalts. Ich bin im höchsten Maße erstaunt darüber, wie wenig das bei manchen Fraktionen die einzelnen Parlamentarier interessiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube nicht, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt verantwortungsvoll umgehen, wenn nur ein Teil

hier debattiert und der Debatte folgt, während andere anderen Tätigkeiten nachgehen. Denn wir werden zu dem Nachtragshaushalt in den künftigen Wochen viel gefragt werden. Dieser Nachtragshaushalt wird nicht nur auf den folgenden Doppelhaushalt, sondern auch auf die nachfolgenden Doppelhaushalte deutliche Auswirkungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Nachtragshaushaltsgesetz, wie Sie es vorgelegt haben, wird nicht unsere Zustimmung finden. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Und der verehrte Herr Kollege Winter hat heute noch einen dafür geliefert oder nochmals einen bekräftigt. Er hat formuliert: Die Finanzmarktkrise hat sich vor unseren Augen entwickelt; niemand hat uns gewarnt. Diese Debatte hatten wir in den letzten Monaten vielfach. Wir haben immer wieder auf die Äußerungen der BaFin und auf die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank und der EZB hingewiesen, in denen das Thema Immobilienmarkt USA immer wieder angesprochen wurde, in denen immer wieder Warnhinweise gegeben wurden, die aber offensichtlich kein Mensch ernst genommen hat. Warnungen gab es also durchaus, jedoch gab es keine Bereitschaft, diese wahrzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir stellen bis heute fest, dass sich die Staatsregierung, der Sparkassenverband und der Landesbankvorstand immer mehr als Opfer denn als Täter darstellen. Kolleginnen und Kollegen, meiner Ansicht nach ist das eine falsche Darstellung.

(Beifall bei der SPD)

Allein mit Unwissenheit zu argumentieren, ist in diesem Bereich nicht zulässig; denn ohne die Gier und die Zockerei vieler in der Finanzwelt, vorneweg in dieser Republik der Landesbanken und an deren Spitze die Landesbank Bayern, hätte die Finanzmarktkrise gar nicht stattfinden können. Insofern sind die Landesbank und der Freistaat mit seinen Vertretern sowie der Sparkassenverband eben nicht nur Opfer, sondern ganz klar auch Täter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man Täter ist, geht eines nicht: sich auf Unwissenheit zu berufen und die Tat auch noch zu leugnen. Wir haben eine laue Entschuldigung des ehemaligen Finanzministers Falthäuser gehört. Er hat sich aber in derselben Woche in einem Interview dazu geäußert, über was er informiert war, und behauptet, über diese ganzen Bereiche sei nie beschlossen worden. Im März 2007 wurde das ABS-Portfolio im Verwaltungsrat auf über 50 Milliarden Euro erweitert; dort wurde zuge-

stimmt. Die Staatsregierung war beteiligt; die Sparkassen waren beteiligt. Heute zu sagen: Wir haben das nicht getan - er hat gesagt: Wir waren nicht beteiligt; wir haben das nicht beschlossen -, halte ich für eine Dreistigkeit. So kann man damit nicht umgehen, und so kann man insbesondere nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns umgehen, die schlussendlich die Last zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir haben es in der Vergangenheit getan, wir werden es heute tun, und wir werden es auch in der Zukunft tun: Sie werden sich immer wieder vorhalten lassen müssen, was zur Landesbank noch vor Kurzem, vor wenigen Monaten gesagt wurde. Im Untersuchungsausschuss hat der damalige Finanzminister Huber gesagt, von einer Krise der Landesbank in Bayern könne keine Rede sein. Ich zitiere: Anders als zahlreiche andere Banken schreibt die BayernLB weiterhin schwarze Zahlen und erzielt einen ordentlichen Gewinn. Es ist daher völlig unsinnig zu behaupten, die Steuerzahler in Bayern würden belastet oder die Menschen müssten aufgrund der Situation der Bank leiden, weil zum Beispiel einige Kindergärten weniger gebaut werden konnten. Derartige Behauptungen sind absolut unsinnig, meine Damen und Herren. - So Finanzminister Huber damals im Untersuchungsausschuss, wissend, dass wir vor einer hochkomplizierten Situation in der Landesbank stehen, wissend, dass Belastungen auf den Freistaat in nie gekanntem Ausmaß zukommen, wissend, dass diese Krise größer ist als jede andere nach 1945.

Kolleginnen und Kollegen, auch das ist mit ein Grund, warum wir heute unsere Zustimmung verweigern. Ich erwarte von allen, die beteiligt waren, dass sie ihre Irrfahrt beenden und dass sie ganz klar eingestehen, dass sie die jetzige Lage mitzuverantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Der frühere Finanzminister hat sich bis heute nicht wirklich entschuldigt, weder bei den Bürgerinnen und Bürgern noch bei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses. Dort ist er mit einer unbeschreiblichen Arroganz aufgetreten. Ich meine, dass das der Sache absolut unangemessen war. So kann mit den Finanzen des Freistaates nicht umgegangen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Grund, der uns bewegt, nicht zuzustimmen, ist, dass unserer Ansicht nach kein schlüssiges Konzept vorliegt. Es gibt Bestandteile, zu denen wir sagen, dass wir diesen Weg mitgehen, zum Beispiel was die Brandmauer für die Sparkassen anbelangt - da sind wir uns völlig einig -; es gibt einzelne Maßnahmen,

zu denen wir sagen, dass sie den richtigen Weg beschreiben; aber diese 10 Milliarden Euro sind uns zu undifferenziert, teilweise zu nebulös und nicht konkret genug. Ich beziehe mich teilweise auch auf das, was in der Kommission gesagt wurde. Ich muss sagen, dass dort ein sehr offenes und gutes Verfahren praktiziert wird, das wir auch fortsetzen wollen.

Herr Winter, Sie sagen heute: Wir wollen mehr Rechte für die EZB. Wir könnten mit Ihnen gehen, wenn Sie diese präzise benennen. Aber auch das tun Sie nicht. Mehr Rechte kann alles sein. Deswegen sage ich an diesem Punkt wiederum: Wir müssen sehen, was das für Rechte sein sollen; alles andere ist mit uns nicht zu beschließen.

Wir sind der Ansicht: Wer verantwortungsbewusst handelt, wer heute tatsächlich 10 Milliarden Euro Schulden aufnehmen will, kann nicht weiter über Steuersenkungen sprechen. Das ist verantwortungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir können die Einnahmen des Staates nicht dazu verwenden, um Steuern pauschal zu senken. Es ging ja immer um mehr Netto vom Brutto; es ging nicht um die gezielte Unterstützung der Einkommensgruppen im Bereich zwischen 15.000 und 25.000 Euro, für die sicher richtig ist, dass etwas unternommen werden muss, da im Steuertarif ein sozialer Knick vorhanden ist. Das ist sicherlich verhandelbar. Es ging aber immer um eine pauschale Senkung der Steuern. Eine pauschale Senkung der Steuern heißt aber, dass bei einer durchschnittlichen Sparquote von 10 % diejenigen, die durchaus ein erkleckliches Einkommen erzielen, ihre Sparquote erhöhen werden, während diejenigen, die tatsächlich ein niedriges Einkommen haben, nicht so am privaten Konsum teilnehmen können, wie wir uns das vorstellen. Steuersenkungen zu einem Zeitpunkt, in dem der Haushalt und der Freistaat extrem belastet werden, sind also die absolut falsche Maßnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind der Meinung: Dort, wo die Sparquote negativ ist, muss etwas getan werden. Unserer Ansicht nach ist das tatsächlich der richtige Angriffspunkt. Geld, das wir ausgeben, darf nicht auf den Sparbüchern landen. Ich greife auf etwas zurück, was ich hier immer wieder gesagt habe: Maßnahmen, um niedrige Einkommensgruppen zu entlasten, sind die Erhöhung des Hartz-IV-Satzes, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, die Abschaffung von Studiengebühren und die kostenfreie Kinderbetreuung. Das sind unmittelbar wirkende Maßnahmen

(Beifall bei der SPD)

und vor allem Maßnahmen, die Sie sofort auf den Weg bringen können. Wir müssen da nicht lange auf den Bund warten.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem ganz schwierigen Problem der 10 Milliarden Euro. Diese 10 Milliarden Euro sind zur Erhöhung der Eigenkapitalquote nötig. Im Kern geht es darum, Risikoaktiva mit Kernkapital zu unterlegen. Dies wird von Ihnen, Herr Finanzminister, mit Basel II und internationalen Standards begründet. Die Eigenkapitalquote beträgt 8 %. Tatsächlich stellt sich dieses aber deutlich komplizierter dar. Das ist sozusagen eine verkürzte Darstellung der Situation. Die Kommission ist sicher der richtige Ort, um darüber zu sprechen, worum es im Einzelnen geht.

Wie verhält es sich denn aber mit der Entnahme von 700 Millionen für die Hypo Group Alpe Adria? Ist das durch die Aussage gedeckt, das diene der Erhöhung der Kernkapitalquote? - Meiner Ansicht nach nicht. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sollen diese 700 Millionen Euro unmittelbar aus diesen 10 Milliarden Euro geleistet werden und nach Aufnahme unverzüglich nach Klagenfurt gehen. Wenn das nicht so ist, bitte ich Sie um Richtigstellung. Ich halte das Verfahren für äußerst problematisch, zunächst die Begründung zu geben, dass diese 10 Milliarden Euro zur Erhöhung der Eigenkapitalquote benötigt werden, dann aber 700 Millionen Euro sofort weiter zu geben.

Ein weiterer Grund für unserer Ablehnung ist Ihr Blendwerk Schwarze Null. Der Nachtragshaushalt - das Nachtragshaushaltsgesetz liegt heute vor - ist ein völlig normaler Haushalt. Dabei handelt es sich weder um einen Sonderhaushalt noch um einen Nebenhaushalt oder um einen Schattenhaushalt. Was wird gemacht? - Der verhandelte Haushalt wird mit weiteren 10 Milliarden Euro belastet. Um nicht anderes handelt es sich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie betreiben Augenwischerei, wenn Sie das immer wieder so darstellen, als ob es den Haushalt nicht belasten würde. Sie hätten eine ganz klare Maßnahme ergreifen und die Haushaltsordnung ändern müssen. In einem Nebensatz machen Sie für diese Verschuldung in Höhe von zehn Milliarden Euro eine Ausnahme; im Kern geht es aber darum, dass Sie die Haushaltsordnung ändern und klar sagen: Der Schuldenberg des Freistaates Bayern steigt von 22,6 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro. Das ist Fakt. Das gehört zum Haushalt. Bitte reden Sie in Zukunft nicht mehr von der Schwarzen Null. Das wäre der Versuch, den Wählerinnen und Wählern Sand in die Augen zu streuen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die CSU und die Staatsregierung sind in ganz Deutschland mit ihrer Schwarzen Null hausieren gegangen. Überall wurde gesagt, Bayern sei der große Vorreiter und wir stünden glänzend da. Das haben Sie mit viel Überheblichkeit - wenn man es negativ formulieren will - getan. Sie haben schon mehrfach reklamiert, dass es in diesem Hause einen neuen Stil geben sollte. Ich bitte Sie dringend, wenn dieser neue Stil hier einkehren soll, ehrlich zu den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern und zu den Steuerzahlern zu sein. Erklären Sie ihnen, was es konkret bedeutet, wenn sich der Freistaat um weitere zehn Milliarden Euro verschuldet.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Erledigen Sie dieses Thema Schwarze Null.

Nun zu den Auswirkungen auf den Haushalt: Der nächste Doppelhaushalt - so wurde es heute in einer Pressemitteilung angekündigt - ist relativ im Rahmen des Üblichen geblieben. Die Zeiten sind aber nicht so, dass dieser Rahmen ausreichen würde. Sie verweigern sich all dem, was Sie wiederum von Berlin einfordern. Wir wollen ein Konjunkturprogramm. Wir wissen auch, dass ein Konjunkturprogramm mit Investitionen über das übliche Maß hinaus dringend notwendig ist, wenn wir Impulse für die Wirtschaft in Bayern setzen wollen. Hier können Sie nicht darauf verweisen, dass Sie fünf Milliarden Euro investierten. Das hätten Sie so oder so - unabhängig von der konjunkturellen Situation - getan. Das reicht nirgends hin. Wir müssen dafür sorgen, dass es keine Kreditausfälle gibt, weil das schlussendlich wieder Rückwirkungen auf die Banken hätte.

Zur Haushaltssituation muss ich sagen: Sie verschweigen, was in den folgenden Haushalten passieren wird. Sie sprechen mit uns nicht über die Höhe der Zinsbelastungen. Sie sprechen mit uns auch nicht darüber, wie die Tilgungen aussehen sollen. Im Moment haben wir noch 2,3 Milliarden Euro auf der hohen Kante und könnten davon manches finanzieren. Wir müssen überlegen, ob es die richtige Maßnahme ist, das Geld zu verwenden, das wir auf die hohe Kante gelegt haben, um andere Maßnahmen zu finanzieren, statt dieses Geld für die Bezahlung von Zinsbelastungen oder für die Tilgung zu verwenden. Hier ist die Frage zu beantworten, welche Auswirkungen dies in den nächsten Doppelhaushalten haben wird. Ich sage Ihnen erneut: Legen Sie das Thema Schwarze Null zu den Akten und tun Sie für die Menschen in Bayern das, was notwendig ist. Wenn Sie Schulden für die Landesbank aufnehmen können, müssen Sie diesen bitteren Weg auch für wichtige Felder wie zum Beispiel die Bildung beschreiten, die in Bayern dringend erforderlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir bitten Sie außerdem, alle Abenteuer der Landesbank offenzulegen. Das sollten Sie in der Kommission schnell tun. Mit dem Begriff Abenteuer meine ich die ungeklärte Situation hinsichtlich des Hotels Obersalzberg. Diese Maßnahme mag sinnvoll erscheinen, aber in der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als ob hier nicht alles mit rechten Dingen zugegangen wäre. Ich nenne außerdem das Konto der CSU München, wo unklar ist, was im Einzelnen stattgefunden hat. Welche Belastungen sind durch die Preissteigerung der Elb-Philharmonie entstanden, bei der die Landesbank engagiert ist? Es gibt noch viele weitere Projekte. Hier muss ein Katalog vorgelegt werden, in dem im Einzelnen dargelegt wird, welche Projekte vorhanden sind und welche Probleme sich daraus ergeben. Wir müssen klären, wie das Ganze weitergeht.

Für uns steht weiter gegen eine Zustimmung Ihr immer noch fehlendes klares Nein zur Privatisierung der Landesbank. Dieses Nein verweigern Sie bis heute. Ich möchte hier Herrn Thomas Hacker von der FDP zitieren: "Der Staat ist für schwierige Situationen da; Gewinne macht dann wieder das private Unternehmen." Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen heute zehn Milliarden Euro auf, um die Landesbank zu retten und sie auf einen Weg zu führen, mit dem sie Gewinne erzielen kann. Dann soll diese Bank privatisiert werden und der Gewinn Privaten zugutekommen. Dieser Weg kann nicht funktionieren und wird deshalb nie unsere Zustimmung finden. Der Weg, Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, wird nie die Zustimmung der SPD finden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte von den Kolleginnen und Kollegen der CSU, zu einem solchen Weg klar Nein zu sagen. Bei den Kolleginnen und Kollegen der FDP würde mich das überraschen. Zu Ihrer Politik gehört eine solche Haltung. Wenn Sie diese Haltung ändern würden, fände ich das schön. Ich weiß nicht, wie künftige Einsparungen gegenüber den Menschen in Bayern vertretbar sein sollen, wenn die Schulden vom Freistaat aufgenommen werden und am Ende die Gewinne Privaten zufließen sollen. Das müssen Sie den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen noch einmal gründlich erklären.

Ich fand die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Bayerischen Landtag spannend. Ich hätte nicht gedacht, dass ich es im Bayerischen Landtag einmal erleben darf, dass die CSU Kapitalismuskritik übt. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich hätte nicht gedacht, dass das möglich ist. Offensichtlich gehört es derzeit zum guten Ton, sich kapitalismuskritisch zu äußern. Wenn Sie diese Kritik ernst meinen, können Sie sich der Schaffung bestimmter Regeln und einem Eingreifen nicht verweigern. Sie könnten sich dann der

Erkenntnis nicht verweigern, dass eine Privatisierung der Landesbank der falsche Weg ist. Wer sich kapitalismuskritisch äußert und möchte, dass diese Kritik ernst genommen wird, darf nicht den Weg der Privatisierung gehen.

Wenn Sie kapitalismuskritisch sein wollen, dann bitte mit aller Konsequenz. Oder Sie stehen weiterhin zu der Linie, die Sie früher vertreten haben, als Sie den freien Markt und die freien Kräfte des Marktes angebetet haben. Die Fortsetzung dieser Linie wäre auch konsequent. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie können jedoch nur das eine oder das andere tun. Ich verstehe, dass Sie mit Kapitalismuskritik noch nicht viel Erfahrung haben, aber beides auf einmal geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Winter hat erwähnt, dass natürlich auch über die Frage der Besetzung des Verwaltungsrats gesprochen wird. Ich stelle immer wieder fest, dass es bei diesem Punkt keine Bereitschaft gibt, mit uns zu reden. Es gibt zwar die Bereitschaft, den Verwaltungsrat zu verändern, was ich begrüße, weil es ein richtiger Schritt ist. Aber die Opposition soll dabei wieder außen vor gehalten werden. Wenn Sie die Kontrolle ernst nehmen und wollen, dass eine Kontrolle stattfindet, müssen Sie die Opposition einbeziehen. Ich kann Ihnen versprechen, dass die Opposition mehr als jeder Sachverständige kontrollieren wird. Wir würden den Leuten auf die Finger schauen. Geben Sie sich endlich einen Ruck und stimmen Sie zu, dass die Opposition im Verwaltungsrat mehrere Sitze erhält.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Weiter vermissen wir, dass entsprechend dem Rettungsschirm des Bundes eine grundsätzliche Anpassung an das Vergütungssystem erfolgt. Über die Gehaltsobergrenzen und über die Streichung von Bonuszahlungen wurde bereits gesprochen. Aber diese Frage muss noch einmal auf die Tagesordnung. Wir müssen grundsätzlich darüber reden, wie künftig Auflagen für die Bank und die Manager aussehen sollen. Wir wollen, dass die Ziele der Landesbank Schritt für Schritt formuliert werden. Das neue Geschäftsmodell enthält Elemente, die wir immer gefordert haben. Wir sind uns einig, dass die Darlegung eines Geschäftsmodells nur in der Kommission in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen kann. Allerdings muss dann dargelegt werden, in welcher Abfolge dieses Modell eingeführt wird und welche Schritte eingeleitet werden.

Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern zahlt einen extrem hohen Preis für das Versagen der Verantwortlichen. Diese sind bis heute ihrer Verantwortung nicht nachgekommen. Ich finde es schön, dass Herr Kollege Huber jetzt gekommen ist. Er hat bisher an der

Debatte nicht teilgenommen. Herr Huber, ich habe vorhin gefordert, dass Sie sich endlich umfassend bei den Bürgerinnen und Bürgern und auch beim Untersuchungsausschuss entschuldigen. Das würde Ihnen und Ihrer Fraktion gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, dass es durchaus Ansätze für Konzepte und Rahmenbedingungen gibt. Diese Ansätze sind aber nicht ausgereift und noch nicht wirklich tragfähig. Ich möchte nicht sagen, dass das kein Weg ist, der irgendwann zu einem positiven Ergebnis führen kann. Für eine Zustimmung zu zehn Milliarden reicht das aber längst nicht aus.

Die SPD-Fraktion hat bereits vor einem Jahr wiederholt versucht, die Staatsregierung von ihrem Irrweg abzubringen; seit einem Jahr hat sie immer wieder ein neues Geschäftsmodell gefordert. Die CSU ist uns mit Hochmut und Arroganz begegnet. Kernforderungen unseres Geschäftsmodells sind jetzt übernommen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, endlich einzusehen - der Ministerpräsident scheint es schon eingesehen zu haben -, dass die Sozialdemokraten Recht haben, und das nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Überlegen Sie doch nur einmal, welcher Schaden hätte abgewendet werden können und wie viel Geld hätte gespart werden können, wenn man bereits vor einem Jahr ein neues Geschäftsmodell auf den Weg gebracht hätte. Sie haben das nicht getan, sondern haben sich solchen Vorschlägen verweigert.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Zur BayernLB müssen wir sagen - deswegen stimmen wir heute auch nicht zu -: Sie haben die Irrfahrt begonnen, Sie müssen diese Irrfahrt auch selbst beenden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pointner.

**Mannfred Pointner (FW):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zu dem heute hier eingebrachten Nachtragshaushalt ist zunächst einmal festzustellen, dass es um eine Dimension geht, die für viele Menschen bei uns gar nicht fassbar ist. Mit zehn Milliarden kann keiner so recht etwas anfangen, und deswegen ist es erlaubt, ei-

nige Vergleiche zu ziehen. Die neuen Kredite mit zehn Milliarden sind die höchste Neuverschuldung seit Bestehen des Freistaates Bayern. Sie erhöhen den derzeitigen Schuldenstand schlagartig um rund 40 %. Die 500 Millionen Euro - mehr oder weniger -, die dafür jährlich an Zinsen zu zahlen sind, entsprechen den Jahresgehältern von 10.000 Beamten oder Angestellten, seien das Lehrer, Polizisten oder sonstige Beschäftigte. Mit den zehn Milliarden könnten zwei Millionen Kindergartenplätze im Jahr bezahlt werden, wie die "Süddeutsche Zeitung" zutreffend festgestellt hat. Zehn Milliarden sind das Zehnfache dessen, was pro Jahr in den staatlichen Hoch- oder Tiefbau investiert wird, also in Schulen, Hochschulen, Verwaltungsgebäuden, Museen oder in Straßen und Brücken.

Das sind die Fakten, und sie zeigen, wie absurd so manche Aussagen sind, die wir in letzter Zeit immer wieder gehört haben, dass die Kreditaufnahme in Höhe von zehn Milliarden keine Auswirkungen auf die Finanzierung künftiger Maßnahmen hätte. Auch wenn ein Teil der Zinsen zunächst aus den Rücklagen finanziert werden kann, so sind doch auch diese Rücklagen Geld der Steuerzahler. Das Geld fehlt sicher für sinnvolle andere Dinge, wofür es hätte verwendet werden können. Dass das alles in einem Sonderkapitel des Haushalts abgewickelt wird, ändert nichts an diesen Tatsachen. Herr Staatsminister, Sie reden immer noch von einem ausgeglichenen Haushalt, wie heute in der Zeitung zu lesen ist. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die Zinsen, die laufend bezahlt werden müssen, werden, wenn weiteres Kapital in die Landesbank gesteckt werden muss, noch höher. Daneben ist völlig ungeklärt, wie die Tilgung dieses Kredits erfolgen soll. Wenn sich die Hoffnung auf eine lukrative Verwertung der Landesbank nicht erfüllen wird, was heute niemand sagen kann, werden uns die Zinsen und Tilgungen für diesen Kredit noch Jahrzehnte beschäftigen, und es wird das eintreten, was Sie in den vergangenen Jahren mit dem ausgeglichenen Haushalt und dem Abbau von Schulden verhindern wollten, dass nämlich die künftigen Generationen für die Fehler der Vergangenheit bezahlen müssen.

Die Fraktion der Freien Wähler sieht nach dem uns heute vermittelten Kenntnisstand - leider, so muss ich sagen - derzeit auch keine schlüssige Alternative zur Rettung der Landesbank. Die Kreditaufnahme von zehn Milliarden Euro zur Stärkung des Eigenkapitals der Landesbank, die Verpflichtungsermächtigung über 1,625 Milliarden Euro und die Garantieermächtigung über 3,175 Milliarden Euro sind wohl unumgänglich. Trotzdem können wir heute bei dem aktuellen Sachstand nicht zustimmen. Das liegt nicht daran, dass uns

noch kein klares Konzept und kein schlüssiges Betriebsmodell für die Zukunft der Bank vorliegt. Wenn zutrifft, was Sie uns berichtet haben, Herr Finanzminister, dann haben wir keinen Zweifel daran, dass wir keine Zeit mehr zum Verhandeln und zum Diskutieren haben, sondern dass schnelles Handeln dringend notwendig ist. Wenn die Eigenkapitalstärkung mit zehn Milliarden Euro nicht innerhalb kürzester Zeit durchgeführt werden kann, dann brauchen wir uns nicht mehr über Konzepte oder Betriebsmodelle zu unterhalten; dann reden wir nicht mehr über 5600 Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern über 20.000 oder mehr.

Deshalb sind wohl die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig. Sie sind auch deshalb notwendig, weil der Schaden dann, wenn nichts geschieht, für unser Land, für die Sparkassen, die Kommunen und nicht zuletzt für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern noch dramatischer wäre, als er jetzt eigentlich schon ist. Was uns heute vorgelegt wird, ist der Versuch einer Schadensbegrenzung im letzten Moment. Wenn man die Landesbank gänzlich an die Wand fahren lassen würde, würde das bedeuten, dass der Freistaat und die Sparkassen bzw. die Kommunen über die Gewährträgerhaftung für Milliarden von Euro haften würden, nicht nur für diese 58 Milliarden, die kurz vor Wegfall der Gewährträgerhaftung aufgenommen wurden, um damit zu spekulieren, sondern auch für andere Altkredite, die zum Teil schon vor 2001 aufgenommen wurden. Keiner kann heute sagen, wie viel von dieser Haftungssumme beim Land oder bei den Sparkassen und damit letztlich bei den Kommunen hängen bleiben würde.

An dieser Stelle muss ich ausdrücklich anerkennen, dass die Sparkassen durch die jetzt vorgenommenen Maßnahmen weitgehend verschont werden. Die Sparkassen könnten weitere Belastungen durch die Landesbank nicht mehr verkraften. Zahlreiche Sparkassen würden ins Minus rutschen. Allein der Verlust des Sparkassenanteils an der Landesbank von 1,4 Milliarden, der hoffentlich nicht oder nicht in Gänze eintreten wird, würde viele Sparkassen über Jahre hinaus erheblich belasten. Ich darf das Beispiel einer kleinen oder mittleren Sparkasse mit einer Milliarde Bilanzsumme nennen. Diese hat einen Anteil am Sparkassenverband von 0,61 %. Bei einem Totalverlust wären das 8,4 Millionen nach Steuern, der die Sparkassen belasten würde. Wenn nur 2,5 Millionen Gewinn übrig bleiben, wäre der Gewinn von vier Jahren weg. Dann könnten auch keine Ausschüttungen mehr an die Gewährträger, an die Kommunen erfolgen mit weiteren Auswirkungen, zum Beispiel bei der Unterstützung von sozialen Zwecken.

Ohne funktionierende Sparkassen aber, die sich im Wettbewerb mit anderen Banken behaupten müssen, wäre eine solide Finanzierung von mittelständischen



Unternehmen und Gewerbebetrieben, aber auch von Häuslebauern nicht mehr gewährleistet. Im Gegenzug erwarte ich aber, dass die Sparkassen die Landesbank auch weiterhin als wichtigsten Partner bei Mit- oder Refinanzierungen von Krediten betrachten.

Ich möchte nochmals deutlich machen, dass der unverantwortliche Umgang mit der Gewährträgerhaftung und die Aufnahme von 58 Milliarden Krediten unter dem Schirm der Gewährträgerhaftung ohne konkreten Finanzbedarf maßgebliche Ursache für das jetzige Desaster ist. Weil momentan keine Alternative erkennbar ist und weil keiner die künftige Entwicklung absehen kann, ist es müßig, darüber zu diskutieren, ob denn 2015, wenn die Gewährträgerhaftung wegfällt, das jetzt eingesetzte Kapital zurückfließen wird, weg ist oder sich - was wir uns alle wünschen würden - sogar vermehrt hat. Das wird ganz entscheidend davon abhängen, wie viele von den riskanten Papieren bei Fälligkeit eingelöst werden und wie sich die von allen Wirtschaftsinstituten prognostizierten Konjunkturkrisen auf einzelne Engagements der Landesbank auswirken.

Jetzt gilt es, die Landesbank zu retten. Wir wären auch bereit, dem ausgeworfenen Rettungsanker unsere Zustimmung zu geben, wenn denn unsere Bedingungen, die wir am 3. Dezember im Landtag genannt haben, erfüllt werden.

Die erste Bedingung ist die lückenlose Aufklärung und die Abarbeitung unseres Fragenkatalogs, den wir bereits am 23. Oktober im Landtag eingebracht haben. Er hat seinerzeit keine Mehrheit gefunden. Trotzdem wollen Sie, Herr Staatsminister Fahrenschon, diese Bedingung erfüllen, wie Sie uns in einer der letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses versichert haben. Sie wollen unsere Fragen zwar nicht sofort beantworten, weil die Zeit dafür nicht reicht, aber Sie wollen nach und nach auf unsere Fragen eingehen. Doch leider - das muss ich jetzt feststellen - sind schon einige Wochen vergangen, und wir haben bis heute noch keine Einzelheiten erfahren. Wir vertrauen aber darauf, dass Sie Ihre Zusage einhalten werden, Herr Staatsminister.

Die lückenlose Aufklärung verlangen wir nicht unserer wegen, sondern vor allem wegen der berechtigten Ansprüche unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es kann nicht sein, dass einerseits ein Bürgermeister - ich betone ausdrücklich: mit Recht - bestraft wird, weil er Kassenkredite für Investitionen verwendet hat und seiner Gemeinde dadurch einen Schaden von ein paar Tausend Euro zugefügt hat, oder dass - ich schaue in die Geschichte zurück - ein Landrat auf Betreiben der damaligen Staatsregierung seines Amtes enthoben wird, weil er Krankenhauszuschüsse von einem Haus zum anderen umverteilt hat, und dass andererseits Milliarden in

hoch riskante Geschäfte gesteckt werden und damit unüberschaubare Schäden verursacht werden, für die niemand zur Verantwortung gezogen werden kann.

Mit einer Entschuldigung ist es nicht getan. Der Herr Ministerpräsident ist leider nicht mehr da. Er hat gestern Abend in einem Interview im österreichischen Fernsehen gesagt, dass auch Fehler in Bayern gemacht wurden. - Da hat er vollkommen Recht. Nur wollen wir wissen, wer hat Fehler gemacht und welche Konsequenzen werden daraus gezogen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir erwarten, dass hier schnellstens Aufklärung geleistet wird, dass Verantwortliche genannt werden, dass mögliche Ersatzansprüche geltend gemacht werden und dass sich auch der Staatsanwalt um die Angelegenheit kümmert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Unsere zweite Bedingung, nämlich die Beteiligung der Opposition im Aufsichtsgremium Verwaltungsrat, wollen Sie, Herr Staatsminister, nicht akzeptieren. Ihre Begründung kann ich nicht nachvollziehen. Sie sagen, der Verwaltungsrat der Landesbank sei nicht vergleichbar mit den Verwaltungsräten bei den Sparkassen - dort sitzen Vertreter der Kreistage und der Stadträte, und dort gilt durchaus der Proporz der Gruppen, zumindest in den Zweckverbänden -, weil die Stadträte und Kreisräte Exekutivorgane seien, was der Landtag im Verhältnis zur Staatsregierung nicht sei. Ich kann das nicht nachvollziehen; denn nirgends steht, dass nur Vertreter von Exekutivorganen im Verwaltungsrat der Landesbank sitzen dürfen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Gerade die besondere, in ihrer Dimension einmalige Situation, dass mehr als ein Viertel des jetzigen Staatshaushalts in die Landesbank investiert werden soll, wobei das Ende nicht absehbar ist, sollte Anlass genug für eine Beteiligung der Opposition sein. Da die Verwendung von Haushaltsmitteln eines der grundlegenden Rechte des Landtags ist, verlangt die jetzige Situation sogar danach, alle Fraktionen an der Entscheidung zu beteiligen, was mit diesen Mitteln weiter geschieht.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Eike Hallitzky (GRÜNE))

Es geht um das Geld aller Steuerzahler in Bayern, und die Oppositionsfraktionen vertreten fast die Hälfte dieser Steuerzahler. Die besondere Kommission kann die Beteiligung nicht ersetzen, weil sie zwar informiert wird, aber nicht unmittelbar an Entscheidungen beteiligt ist.

Bei der Tragweite der heutigen Entscheidung mit ihren Auswirkungen auf die Haushalte der kommenden Jahre wäre es im Sinne einer gelebten Demokratie, auch die anderen Fraktionen, die ebenso Verantwortung für unser Land tragen wollen, zu beteiligen.

Oder wollen Sie eine Beteiligung der Opposition deshalb nicht, weil Sie der Opposition keinen Einblick in bestimmte Geschäfte der Bank geben wollen? Dabei müssten Sie eigentlich ein besonderes Interesse an der Beteiligung haben, weil Sie dann Vorwürfen, die in der letzten Zeit in der Presse zu lesen waren und die die Einflussnahme bei Kreditvergaben - ich nenne nur, es ist bereits gesagt worden, den Obersalzberg und die Kirch-Kredite - betreffen, leichter entgegentreten können.

Eine Beteiligung der Opposition im Verwaltungsrat würde auch nicht zu einer weiteren Aufblähung des Verwaltungsrats der Landesbank führen, weil die Vertreter der Opposition die Plätze der Sparkassenvertreter, die wegen der Reduzierung ihrer Beteiligung ausscheiden werden, einnehmen könnten.

Zusammenfassend stelle ich fest: Meines Erachtens gibt es keinen vernünftigen Grund, die Opposition am Verwaltungsrat nicht zu beteiligen. Wenn wir Verantwortung für den Nachtragshaushalt übernehmen sollen, dann wollen wir auch Verantwortung dafür übernehmen, was mit diesem Geld geschieht. Ich bitte Sie daher, Herr Finanzminister - der Ministerpräsident ist nicht mehr da -, Ihre jetzige Haltung noch einmal zu überdenken. Ansonsten können wir dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir die Entwicklung der Landesbank weiterhin konstruktiv, aber auch kritisch begleiten werden.

(Anhaltender Beifall bei den Freien Wählern)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst - Herr Kollege Winter ist da oder nicht da? - daran erinnern, warum wir heute die Debatte um den Nachtragshaushalt führen müssen. Wir müssen diese Debatte zu einem kleinen Teil deshalb führen, weil es eine Finanzmarktkrise gibt, die beispielsweise die höheren Eigenkapitalanforderungen wegen der prozyklischen, also krisenverschärfenden Wirkung von Basel II zur Konsequenz hatte. Das ist aber der kleinere Teil.

Bei der Landesbank geht es darüber hinaus um gravierende hausgemachte Probleme. Der geschätzte Kollege Winter, der hier eben für die CSU-Fraktion gespro-

chen hat, betreibt Legendenbildung, wenn er behauptet, man habe die Ursachen für die Krise bei der Landesbank nicht selbst geliefert, sondern die Finanzmarktkrise sei die alleinige Ursache für die Krise bei der Landesbank. Ich sehe Herrn Winter immer noch nicht, aber vielleicht geben Sie ihm das weiter, Herr Fahrnschon, damit er mitbekommt, was er hier verzapft hat. Warum glaubt denn der Kollege Winter, dass wir uns über alle Fraktionen hinweg über die Umstrukturierung der Landesbank unterhalten, wenn wir nicht wüsten, dass die bisherige Struktur massive Fehler produziert hat? Allein das müsste ihm zu erkennen geben, dass es eben nicht allein die Finanzmarktkrise war, sondern dass es ganz massiv die Strukturen und die Politik der Landesbank waren, die schuld daran sind, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats - Sie wissen, das waren alles Leute aus der CSU-Fraktion - gemeinsam mit dem Vorstand wirtschaftliche und politische Schuld auf sich geladen haben - möglicherweise auch persönliche Schuld, das werden wir zu klären haben.

Ob Asienkrise oder Kirch-Pleite, ob Erwerb der Hypo Group Alpe Adria oder Einstieg in den US-amerikanischen Hypothekenmarkt, ob Kreditvergaben ins herbstliche Island - es war nicht die Finanzmarktkrise, die zentral ursächlich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war die Politik der Staatsregierung im Verwaltungsrat und des Bankvorstands. Es war Bayerns Größenwahn. Es war der Größenwahn der CSU-Staatsregierung, der die Bayerische Landesbank auf so ziemlich alle, alle Spielfelder der globalen Finanzmärkte trieb. Für sie fand "Der Spiegel" schon 1999 die wenig charmante Gleichung "die Landesbank ist eine Zockerbude".

- Ich begrüße den Kollegen Winter. Ich bitte Sie, das nachzulesen, was ich bisher gesagt habe.

Es war, wie gesagt, nicht die Finanzmarktkrise. Es war die Hybris dieser Staatsregierung. Um darzustellen, was da passierte, werde ich aus dem reichen Fundus der Skandale den Erwerb der Hypo Group Alpe Adria herausgreifen. Die BayernLB - das kann jeder auf der Homepage der BayernLB nachlesen - hat kein Retail-Geschäft in Bayern, weil sie damit den Sparkassen in die Quere kommen könnte. Also hat sie - auch das steht auf der Homepage der BayernLB und ist für jeden nachlesbar - die Hypo Group Alpe Adria auch deshalb gekauft, weil sie damit doch in das Retail-Geschäft, also in das Endkundengeschäft einsteigen konnte. Das liegt allerdings nicht in Bayern, sondern in Bosnien-Herzegowina und den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, wo wir jetzt eine große Filialbank haben. Die

BayernLB ist sozusagen die "Mutter der Sparkassen" im ehemaligen Jugoslawien. Wenn wir Glück haben, geht so etwas gut. Aber so unmittelbar einsichtig war und ist das bis heute nicht, warum es im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Bayerns sein soll, ein sparkassenartiges Filialnetz in Südosteuropa zu besitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So ganz Glück hatten wir dann auch gar nicht, weil die Hypo Group Alpe Adria 700 Millionen Euro frisches Eigenkapital braucht. Davon müsste Bayern als Mehrheitseigner mit knapp 60 % - rund 400 Millionen Euro - zahlen. Den Rest müssten die Minderheitsaktionäre, also die Grazer Wechelseitige und das Land Kärnten, beitragen. Müssten! Das tun sie aber nicht. Sie zahlen nicht. Warum zahlen sie nicht? - Die Antwort ist klar. Sie zahlen nicht, weil sie nicht zahlen müssen. Dafür gibt es nur eine Erklärung. Der damalige Finanzminister Faltlhauser hat in seinen Verhandlungen die Miteigentümer von jeder Nachschusspflicht befreit. Deshalb muss Bayern 300 Millionen Euro mehr für eine Bank zahlen, die in Kärnten eine wunderbare Zentrale hat und die in Südosteuropa tätig ist. Herr Faltlhauser saß seither bis vor Kurzem im Aufsichtsrat der Hypo Group Alpe Adria. Das war vielleicht die Belohnung.

Warum erwähne ich das Beispiel der Hypo Group Alpe Adria, für die es wegen anderer Gesetzesverstöße, auf die die Österreichische Nationalbank als dortige Bankenaufsicht hinwies, Untersuchungsausschüsse im Kärntner Landesparlament und im Österreichischen Nationalrat in Wien gab und die auch in Liechtenstein, in Kanada und vielerorts wenig Rühmliches unternahm? Warum erwähne ich das Beispiel? - Es zeigt als ein Beispiel unter vielen - ich hätte die ABS-Papiere, die Kirch-Pleite und vieles andere nennen können -, wie die Staatsregierung gemeinsam mit dem Bankenvorstand die Bank immer wieder scharf am Rande des nach dem Landesbankgesetz überhaupt Zulässigen manövriert hat. Ich denke, wir werden einiges in der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB und vor Gerichten aufzuarbeiten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den Reihen der Opposition gab es immer wieder Versuche, die Landesbank in ruhigeres, in bescheideneres Fahrwasser zu leiten. Ich erinnere an die Rolle meiner Vorgängerin Emma Kellner unter anderem bei der Aufarbeitung der Kirch-Pleite. Ich erinnere auch daran, dass die SPD im Jahre 2003 beantragte, dass die Landesbank künftig keine unkalkulierbaren finanziellen Wagnisse mehr eingehen dürfe. Ich erinnere auch daran, dass wir der Übertragung der Fonds zur Finanzierung des Erwerbs der Hypo Group Alpe Adria nicht zugestimmt und heftig

vor den Risiken, die jetzt eingetreten sind, gewarnt haben.

Dennoch, der Einfluss der Opposition war begrenzt. Wir wurden als Cassandras belächelt und ansonsten systematisch von Informationen abgeschnitten. Noch in diesem Jahr verweigerte die Staatsregierung Antworten auf eine Schriftliche Anfrage über die Umstände beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria mit dem Hinweis, das gehe uns nichts an.

Nur einen Monat später beschloss der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags gegen unsere Stimmen die Kapitalerhöhung der BayernLB, um den Kauf der Hypo Group Alpe Adria zu stemmen. Von der politischen Willensbildung und Entscheidung waren wir weitgehend ausgeschlossen. Wie heute die Kolleginnen und Kollegen der CSU wissen, war die Ausgrenzung der Opposition zum großen Schaden der Landesbank und zum großen Schaden Bayerns.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt wollen Sie, dass diejenigen, die Sie als Staatsregierung systematisch ausgegrenzt haben, bei der Bewältigung der Folgen Ihrer Politik zustimmen. Das können wir nicht tun. Wer nicht informiert, wer sich nicht helfen lässt, der muss die Verantwortung alleine übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, die politische Mitentscheidung ist die Voraussetzung, dass wir den Nachtragshaushalt mittragen könnten. Deshalb, sehr geehrter Herr Fahrenschon, weil wir Verantwortung tragen können und wollen, fordern wir diese Sitze im Verwaltungsrat für die Oppositionsparteien. Ich denke, schon aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus wären Sie gut beraten, uns darin zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht eine schnelle Absicherung der Bayerischen Landesbank als eine der großen deutschen Banken aus den schon genannten Gründen wie Gewährträgerhaftung und Folgen für die Realwirtschaft als alternativlos. Das Rettungspaket muss geschnürt werden, auch wenn die Ursachen für den heutigen Zeitdruck sehr stark damit zu tun haben, dass wir in diesem Jahr mehrere Wahlen hatten.

Inhaltlich begrüßen wir in der Vorlage der Staatsregierung den Aspekt der Schonung der Sparkassen, die für die Mittelstandsfinanzierung in den Regionen Bayerns eine herausragende Bedeutung haben. Wir halten es aber für grundfalsch, dass den Sparkassen im Nach-

tragshaushalt der vollständige Ausstieg aus ihrer Eigentümerrolle eröffnet wird. Warum? - Trotz verschiedener vertraglicher Bindungen zwischen der Landesbank und den Sparkassen ist die Miteigentümerschaft der Sparkassen an der Landesbank für die Absicherung der künftigen Kooperation nötig. Konstitutiv können wir darauf nicht verzichten, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Sparkassen die Landesbank beiseite lassen und die Bayerische Landesbank umgekehrt nicht mehr mit den Sparkassen kooperiert, sondern die Konkurrenz zu ihnen in Bayern sucht. Deshalb ist für uns von zentraler Bedeutung, dass die Sparkassen, wenn auch mit einem geringen Anteil, nach wie vor Eigentümer der Landesbank bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für falsch halten wir auch, dass die Staatsregierung auf Risikokapital des Bundes verzichtet. Drei Milliarden Euro Risikokapital vom Bund ist kein Pappenstiel. Es sind knapp zehn Prozent des Staatshaushaltes, auf die der Freistaat unserer Auffassung nach nicht verzichten kann. Wir wissen, und auf der Pressekonferenz der BayernLB Anfang Dezember 2008 hieß es auch, dass die Umsetzung der SoFFin-Forderung sehr komplex ist. Konkret geht es um die Forderung nach einer Auslagerung aller strategisch nicht notwendigen Geschäftsbereiche und der Risikopapiere in eine sogenannte badbank. Aber inhaltlich steht dahinter, dass die Staatsregierung und die BayernLB diese Auslagerung aus der BayernLB gar nicht wollen. Sie wollen das gesamte Geschäftsmodell in der Bank behalten. Hierbei geht es letztendlich um eine Willensentscheidung, die wir nicht mittragen, die für uns nicht zustimmungsfähig ist, weil damit die Übernahme von drei Milliarden Euro Risikokapital vom Bund verhindert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es sind aber nicht nur die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit, die die Landesbank in die heutige prekäre Lage geführt haben, und es ist nicht alleine unsere Kritik an einigen Details, die ich skizziert habe, sondern es ist auch Ihre unverantwortliche Finanzpolitik, die Sie mit dem Nachtragshaushalt im Kontext Ihrer gesamten steuerpolitischen Vorstellungen wieder eindrucksvoll unter Beweis stellen.

Bayern muss sich für diesen Nachtragshaushalt mit zehn Milliarden Euro verschulden. Zehn Milliarden Euro kosten auf dem Kapitalmarkt für Bayern rund 500 Millionen Euro Zinsen jährlich. Dass davon ein Teil von der BayernLB, nämlich der Bereich der stillen Einlage übernommen werden soll, ist, nachdem die Bank nun weitgehend im Staatseigentum ist, ein Linke-Tascherechte-Tasche-Spiel. Darauf können wir verzichten. Es sind also 500 Millionen Euro, die jährlich an Kosten anfallen.

Darüber hinaus müssen wir in den nächsten Jahren die Totalausfälle der Dividenden für den Kulturfonds, den Naturfonds, den Umweltfonds und andere Fonds aus dem ordentlichen Haushalt finanzieren. Bisher betrug die Dividende rund 65 Millionen Euro pro Jahr. Davon gingen rund 35 Millionen Euro an die Fonds. Diese Mittel muss der Steuerzahler jährlich zusätzlich berappen.

Darüber hinaus muss die Landesbank für 15 Milliarden Euro Liquiditätsgarantien des Bundes wie auch andere Banken in einer Größenordnung von circa einem Prozent, das sind jährlich 150 Millionen Euro, Gebühren zahlen. Schließlich ist da noch die Bürgschaft für das 21-Milliarden-ABS-Portfolio in Höhe von 6 Milliarden, von denen die Bank 1,2 Milliarden und der Freistaat 4,8 Milliarden Euro verbürgen. Nach dem mittleren Ausfallszenario, das wir im Nachtragshaushalt vorgelegt bekommen, wird heute mit Ausfällen in Höhe von rund 2,825 Milliarden gerechnet. Allein für den Landesanteil von 1,625 Milliarden Euro wären, wenn man vorsorgen würde, an Zinsen 100 Millionen Euro jährlich zu erbringen. Dass diese Gelder erst später, nämlich 2011 - vielleicht etwas mehr, vielleicht auch etwas weniger - fällig werden, kann doch nicht dazu führen, dass wir im Haushalt so tun, als gäbe es diese Erwartung, diese 1,625 Milliarden Euro in der Zukunft zahlen zu müssen, nicht.

Wir halten es deshalb für völlig unverantwortlich, wenn sowohl im Nachtragshaushalt als auch im kommenden Doppelhaushalt hiergegen keinerlei Vorkehrungen getroffen werden, denn dann wird es den nachfolgenden Doppelhaushalt völlig unvorbereitet und mit doppelter Wucht treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Summe sind heute, wenn man es bei Licht betrachtet, alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns um knapp 1.000 Euro ärmer - 10 Milliarden plus 1,625 Milliarden erwarteter Ausfall aus der Bürgschaft.

Was aber kostet uns das jährlich? - Wenn wir die Kosten für die Eigenkapitalerhöhung, für die Liquiditätsgarantie, für die Fondsübernahme im Haushalt und die Bürgschaft jährlich bedienen müssen - wir müssten sie auch jährlich bedienen, aber Sie sind ja Haushaltstechniker - und alles zusammenzählen, kommen wir auf eine Größenordnung von jährlich rund einer Milliarde Euro, die uns im Haushalt fehlt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diese Kosten in diesem Nachtragshaushalt und wenn ich Ihre haushaltsakrobatische Vorstellung des Doppelhaushaltes richtig interpretiere, auch im kommenden Doppelhaushalt völlig ignorieren will, wer in diesem Zusammenhang noch davon spricht, dass die heutige Veranstaltung den Staatshaushalt nicht belaste, sondern

Ausdruck - das haben Sie heute in Ihrer Kabinettspressmitteilung geschrieben - finanzpolitischer Solidität und nachhaltig sei, ja, wer in diesem Zusammenhang noch zu behaupten wagt, dass Bayern am ausgeglichenen Staatshaushalt festhält, der handelt finanzpolitisch mit hohem Maße unseriös und streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was Sie hier veranstalten, ist Bilanzkosmetik, die wir alle im übernächsten Doppelhaushalt bitter, bitter bezahlen müssen. Eine Milliarde jährlich für die Landesbank! Und da stellt sich die Koalition hierher und bekundet mit treuherzigem Augenaufschlag, sie wolle die Kosten für die BayernLB mit entsprechenden Privatisierungserlösen, die die Bank künftig erbringen würde, wieder hereinbekommen. Sie bräuchte deshalb auch eigentlich keine Vorsorge zu treffen. Meine Lieben, im höchsten Stand Ihrer Blüte hat Rothschild 2007 die Bank für das Haushaltsjahr 2005 geschätzt und kam auf einen Wert von 8 bis 9,5 Milliarden Euro. Heute reden Sie von Privatisierungserlösen, die ungefähr doppelt so hoch sein müssten, damit die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ihre Kosten für das Eigenkapital und die mit dem heutigen Tage verbundenen Zinsen und Gebühren wieder hereinbekommen würden. Solche Naivität entwickelt außer Ihnen niemand, liebe Koalitionäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb können wir auch dem heutigen Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Doch es kommt noch schlimmer. Nicht genug damit, dass Sie mit Ihrer Landesbankpolitik über Jahre hinweg und mit dem unverantwortlichen Herunterspielen der künftigen Lasten auch in diesen Tagen eindrucksvoll beweisen, dass Sie nicht mit Geld umgehen können, - Ihre aktuelle Steuerpolitik zeigt darüber hinaus, dass sie auch nicht willig und nicht fähig sind, die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der November-Steuerschätzung wird noch von einem kleinen positiven Wirtschaftswachstum ausgegangen. Die finanzielle Grundlage für den Doppelhaushalt ist also bereits Makulatur, bevor er überhaupt eingereicht wurde. Wenn wir davon ausgehen, dass das Wachstum rund 2 % niedriger ist, als der Steuerschätzung noch zugrunde gelegt, dann ist das eher eine bescheidene Größenordnung. Das würde aber für den bayerischen Staatshaushalt bereits eine Größenordnung von über 500 Millionen Euro weniger an Einnahmen bedeuten.

Angesichts der großen Landesbanklasten und der Haushaltslöcher, die uns erwarten, kann doch eine verantwortlich handelnde Konjunkturpolitik nur so aussehen, dass wir mit einmaligen Maßnahmen, vor allem im investiven Bereich, gleichermaßen die Wirtschaft stabilisieren und Impulse für ein zukunftsfähiges, ressourcenleichtes Wirtschaften geben. In diese Richtung gehen auch die Überlegungen von SPD und GRÜNEN, wobei die Kolleginnen und Kollegen uns natürlich neidlos zuerkennen werden, dass unsere Vorschläge einen Tick besser sind. Aber das nur am Rande.

Was aber schlagen Sie vor? - Sie wollen dem von Ihnen schwer gebeutelten Staat die finanzielle Basis vollends entziehen, die er braucht, um in die Daseinsvorsorge, in die Infrastruktur - Stichwort DSL -, in Bildung, in das Auffangen der absehbaren sozialen Verwerfungen, in die Förderung einer zukunftsfähigen Wirtschaft investieren zu können. Kurz: Sie entziehen uns mit Ihren Steuerplänen die Mittel, die wir bräuchten, um unserer Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen gerecht werden zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Debatte um die Erbschaftsteuer - auch hier im Plenum - hat immer wieder gezeigt, dass aus der CSU mehr oder weniger offen ihre Regionalisierung als Vorstufe zu ihrer Abschaffung gefordert wird. Die Erbschaftssteuer alleine macht rund 900 Millionen Euro für Bayern; abzüglich der Erhebungskosten würden dem bayerischen Staatshaushalt vielleicht 700 bis 800 Millionen Euro fehlen, ganz abgesehen von der Bedeutung der Erbschaftsteuer bei der Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm.

Als Krönung fordert die CSU auf Bundesebene eine sofortige Entlastung der Bürgerinnen und Bürger um 25 Milliarden Euro. Das alleine würde für den bayerischen Staatshaushalt Jahr für Jahr einen Einnahmeausfall von rund 2 Milliarden Euro bedeuten.

In der Summe belaufen sich also die jährlichen Belastungen durch Landesbank und Steuerpolitik à la CSU auf fast 5 Milliarden Euro für den bayerischen Staatshaushalt. Das sind über 12 % des bayerischen gesamten Haushaltes.

So eine finanzpolitische Traumtänzerie der Staatsregierung mag wohlfeil sein in diesen Tagen, in denen alle Dämme zu brechen drohen. Aber gerade dass Sie hier diesen billigen Populismus fahren - Sie sagen: Wir fordern da Erleichterungen und dort Entlastungen, hier Erleichterungen und die Kosten der Landesbank verstecken wir im Nachtragshaushalt -, kritisieren wir aufs Schärfste, weil Sie damit politisch und finanzpolitisch völlig verantwortungslos handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn natürlich ein Teil, ein kleiner Teil des Landesbank-Desasters eine Folge der internationalen Wirtschaftskrise ist, so ist doch der größte Teil des Desasters hausgemacht. Die Staatsregierung trägt hierfür gemeinsam mit dem Landesbankvorstand die Schuld. Der Nachtragshaushalt, den Sie heute vorgelegt haben, zeigt ebenso wie Ihr Reden und Handeln in der steuerpolitischen Debatte, dass Ihre alleinige finanzpolitische Leitlinie das Prinzip Hoffnung ist. Deshalb handeln Sie bei allem aner kennenswerten Bemühen um die Rettung der Bank finanzpolitisch in der Gesamtschau in besonders eindrucksvoller Weise unglaubwürdig und unseriös. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diese finanzpolitische Geisterfahrt nicht unterstützen. Deshalb werden wir Ihren Nachtragshaushalt ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein, FDP.

**Karsten Klein (FDP):** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich befinden wir uns in einer Finanzkrise, natürlich befinden wir uns in einer internationalen Wirtschaftskrise. Die Presse ist täglich voll von neuen Nachrichten von jenseits des Atlantiks, aber auch aus Europa. Wir werden hier morgen über Konjunkturprogramme debattieren. Solche Debatten werden überall auf der Welt geführt, besonders in den Vereinigten Staaten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur nicht in Bayern!)

- Wir führen doch morgen die Diskussion hier, also auch in Bayern. Ich will deshalb heute nicht allzu tief einsteigen. Unser Ansatz ist schon seit Langem ein anderer. Das gilt auch für das Thema "Mehr Brutto für Netto"; auch das möchte ich hier an dieser Stelle nicht vertiefen. Wir werden sicher morgen Gelegenheit haben, das auszuführen und einiges richtig zu stellen. Denn man darf hier nicht nur von Prozentsatzrechnungen ausgehen und von statischen Werten, sondern man muss sehen, dass sich die Wirtschaft im Wandel befindet. Das muss man immer mit einkalkulieren.

(Beifall bei der FDP)

Eines muss man an der Stelle klipp und klar sagen, Frau Rupp. Über welche Dimension der Konjunkturprogramme würden wir morgen sprechen, wenn der bayerische Staat nicht zehn Milliarden Euro in die Hand nehmen würde, um die Bayerische Landesbank zu stützen?

(Beifall bei der FDP)

Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass die Auswirkungen für das Bankensystem, für die Mittelständler und für die Kommunen - liebe Freie Wähler! - schlimm, ja vielleicht sogar schlimmer wären, als wir es uns heute vorstellen können. Deshalb ist es für uns ein unerlässlicher Schritt, die Rettung der Landesbank über diesen Nachtragshaushalt zu sichern.

(Beifall bei der FDP)

Wir reden von Abschirmung und Kapitalzufuhr. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir nicht nur über diese zehn Milliarden Euro reden, sondern dass wir auch eine Menge Fragen stellen müssen. Dafür wurde auch eine Kommission eingerichtet. Wir fragen nach den Verantwortlichkeiten. Das ist völlig richtig. Allerdings würde ich an der Stelle nicht so weit gehen und über Täter sprechen. Ich empfinde den Begriff "Täter" mehr als deplatziert. Man kann sicher über Verantwortlichkeiten reden, Frau Rupp, aber über Täter sollte man an der Stelle nicht unbedingt reden.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist auch uns, der FDP-Fraktion, sehr an Ursachenforschung gelegen. Das wird überhaupt nicht infrage gestellt. Denn nur der, der die Ursachen richtig betrachtet, kann auch für die Zukunft lernen. Auch das wollen wir in der Kommission tun. Wir wollen eine Diskussion über das Geschäftsmodell führen. Für uns ist es dabei völlig klar, dass es ein Geschäftsmodell ohne den engen Verbund mit den Sparkassen und dem Sparkassenverband nicht geben kann. Wir sind dezidiert der Meinung, dass die Sparkassen gefordert sind, neben warmen Erklärungen auch verbindliche Aussagen gegenüber der Landesbank, dem bayerischen Staat und den Bürgern abzugeben.

(Beifall bei der FDP)

Dies alles befreit uns aber sicher nicht davon, neben der Arbeit in der Kommission und neben unserer heutigen und morgigen Debatte in allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen darüber einen Diskurs zu führen, was bei der Finanzkrise passiert ist, welche Auswirkungen diese hat und welche Schlüsse daraus gezogen werden müssen. Wir müssen uns schon überlegen, wie wir dieses System in Zukunft auch international neu organisieren wollen. Wir alle sind gefordert, gemeinsame Schritte einzuleiten, wenn wir für die soziale Marktwirtschaft eintreten wollen.

Alles dies - die Kommission und die Beratungen - ist richtig und wichtig. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der bayerische Staat für die Landesbank in enormem Maß in der Gewährträgerhaftung

steht. Die Opposition tut so, als würde es diese Gewährträgerhaftung nicht geben.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wir stecken in dieser Gewährträgerhaftung, und die lässt uns in der aktuellen Situation nur wenige Mittel übrig.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Wir sind durch die Gewährträgerhaftung gebunden. Deswegen können wir aktuell auch keine Diskussion über die Privatisierung führen. Wir könnten die Bank, wie das Beispiel IKB zeigt, nur zu einem ganz geringen Wert verkaufen. Wahrscheinlich müssten wir noch etwas dazugeben.

Das heißt aber nicht, dass wir langfristig nicht über die Privatisierung reden. Ich verstehe die Haltung der GRÜNEN und auch der SPD an dieser Stelle überhaupt nicht. Auf der einen Seite kritisieren sie in langen Reden, dass die Bayerische Staatsregierung für das Versagen der Landesbank verantwortlich sei. Auf der anderen Seite fordern sie aber, dass die Bank nicht privatisiert wird. Hier sehe ich einen Bruch in Ihrer Argumentation.

(Beifall bei der FDP)

Schauen Sie sich doch einmal die gesamte Landesbankenlandschaft und die Landschaft der privaten Banken in Deutschland an. Bei allen Problemen, die bestehen, und bei allen Diskussionen, die berechtigt sind, kommen die privaten Banken aus der Krise doch besser heraus als die Landesbanken. Übrigens gab es auch Landesbanken in Ländern, in denen Rot-Grün regiert hat. Dort sieht es auch nicht besser aus.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht ist hier ein Zitat etwas falsch wiedergegeben worden. Wenn man vorne und hinten etwas weglässt, kommt oft etwas anderes heraus. Ich habe auch noch einmal mit dem Kollegen Hacker gesprochen. Wir stehen nicht dafür, dass Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden. Das ist nicht die Haltung der FDP. Das möchten wir auch nicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau das ist es aber!)

Ich gebe Ihnen in einem Punkt recht. Es ist sicher noch nicht abzusehen, ob wir dann, wenn wir mit der Restrukturierung fertig sind, über die Privatisierung das Geld einspielen werden, das wir bisher in die Landes-

bank investiert haben und auch jetzt noch investieren. Das steht sicher außer Frage. Mit der Privatisierung wollen wir aber die Schuldentilgung ermöglichen. Wir möchten, dass wenigstens ein Teil dieser zehn Milliarden, im besten Fall sogar alles, zurückgezahlt wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben heute eine ganze Menge gehört. Wir haben viele Fragen gestellt. Wir haben viele Vorwürfe gehört. Vieles ist auch berechtigt. Bei allen Fragen, die gestellt worden sind, habe ich aber keinen einzigen Vorschlag gehört. Ich habe keinen einzigen Vorschlag der Opposition dazu gehört, wie sie die aktuelle Situation bewältigen möchte.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht denn Ihr Vorschlag aus? Wie wollen Sie die zehn Milliarden Euro beibringen? Oder heißt Ihre Alternative, dass Sie die Bank absaufen lassen und alle Folgen für die Sparkassen, die Kommunen und die bayerischen Bürger in Kauf nehmen? Ist das ihr Modell der Rettung und des Umgangs mit dieser Situation?

(Beifall bei der FDP)

Die einzige Forderung, die ich heute von der Opposition gehört habe, war, dass sie einen Sitz im Verwaltungsrat der Landesbank haben möchte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Das war das Einzige, was Sie heute gesagt haben. Sie erzählen den Bürgerinnen und Bürgern draußen, dass die Staatsregierung verantwortungslos handelt. Für Sie ist aber nur der Sitz im Verwaltungsrat wichtig. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Ihrer Argumentation komme ich nicht mit.

(Beifall bei der FDP - Eva Gottstein (FW): Da müssen Sie halt mitdenken!)

Des Kraftakts der zehn Milliarden Euro sind wir uns bewusst. Trotzdem halten wir am Ziel des ausgeglichenen Doppelhaushalts 2009/2010 fest. Das gilt auch vor dem Hintergrund, dass uns im nächsten Jahr schwierige Zeiten bevorstehen. Wir müssen uns auch im Klaren darüber sein, dass wir die Diskussion über die zehn Milliarden Euro außerhalb der regulären Haushaltsdebatte führen. Sie haben es hier immer wieder gesagt. Wir sprechen über Fehler der Vergangenheit. Wir sprechen über Fehler, die in den 90-er Jahren und Anfang dieses Jahrzehnts begangen wurden. Die möchten wir nicht in die aktuelle Haushaltsdebatte einbeziehen. Deshalb werden wir dem Nachtragshaushalt zustimmen. Wir wissen, dass der Schaden an den bayerischen Bürgern, den Sparkassen und den Kommunen



nicht eingeschätzt werden kann. Deshalb werden wir uns auch in der Kommission einbringen, damit unsere Fragen beantwortet werden. Wir stimmen diesem Nachtragshaushalt zu.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von und zu Lerchenfeld.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Eile ist geboten. Es geht um die Landesbank, es geht ums Bankensystem in Deutschland insgesamt, aber es geht vor allem um die Sparkassen und es geht um die Kommunen des Freistaates Bayern. Der Freistaat Bayern und der Verband der bayerischen Sparkassen gehen in gemeinsamer Verantwortung an die Situation bei der Bayerischen Landesbank und den daraus entstehenden Handlungsbedarf heran. Hinter der Entscheidung, dass der Freistaat Bayern die anstehende Kapitalerhöhung und Abschirmung alleine finanziert, steht unser ausdrücklicher politischer Wille, neben der BayernLB auch die Sparkassen in ihrer wichtigen Funktion für das Gemeinwohl zu unterstützen. Mir ist es nicht verständlich, dass Teile der SPD diese Verantwortung nicht übernehmen.

Welche Alternativen sind uns denn aufgezeigt worden? - Überhaupt keine. In keiner einzigen Sitzung gab es einen Vorschlag der SPD dazu, wie man aus dieser Situation anders herauskommen könnte. Wollen Sie denn die Landesbank pleite gehen lassen? Wollen Sie wirklich, dass Freistaat und Sparkassen in voller Höhe von der Gewährträgerhaftung mit 110 Milliarden Euro getroffen werden? Sind Sie sich darüber im Klaren, was Sie damit anrichten könnten, wenn Sie diesen Nachtragshaushalt endgültig ablehnen?

Ihre Haltung, Kollege Maget, ist mir vollkommen unverständlich. Ich bin davon überzeugt, dass einige von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sich durchaus Ihrer Verantwortung für die Bank, für die Sparkassen in Bayern und für die Kommunen bewusst sind. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie sich der einzigen vernünftigen Lösung verschließen, nämlich der schnellen Hilfestellung für die Bayerische Landesbank. Sie machen Opposition um der Opposition willen.

(Beifall bei der CSU)

Folge davon könnte sein, dass die Landesbank pleite geht.

(Hans Joachim Werner (SPD): Sie haben sie doch in die Pleite getrieben! - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Frau Kollegin Rupp, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie klargestellt haben, dass Sie das Konzept der Landesbank geprüft haben. Sie sehen, dass das Konzept zur Rettung der Bank interessant ist, gute neue Wege aufzeigt, und dass Sie es, zumindest in Teilen, für vernünftig halten, wie Sie gesagt haben. Der Weg ist richtig, doch die SPD lehnt die Rettung der Landesbank, die Rettung der Sparkassen in Bayern und letztlich auch die Rettung der bayerischen Kommunen ab, weil die SPD gegen Steuerentlastung ist, weil sie für eine Erhöhung von Hartz IV ist. - Das sind alles wunderbare politische Äußerungen, doch was hat das alles mit der Landesbank zu tun? Frau Kollegin Rupp, Sie haben vieles angesprochen, was richtig ist. Sie haben dargestellt, dass wir in den nächsten Wochen viele Dinge klären müssen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gemeinsam mit Herrn Kollegen Weidenbusch in der Kommission alle Sachverhalte aufklären wollen. Das wird uns allen helfen, Strategien zu entwickeln, wie wir künftig Probleme der Landesbank vermeiden können.

(Franz Maget (SPD): Ich habe gedacht, Sie haben schon welche!)

Ich bin auch Herrn Kollegen Pointner sehr dankbar, dass er darauf eingegangen ist, dass unsere Politik des ausgeglichenen Haushalts in den letzten Jahren die heutige Entscheidung deutlich leichter macht. Sie haben auch die Gefahren, die mit einer Liquidierung der Landesbank verbunden sind, deutlich gemacht. Sie haben aufgezeigt, dass es der einzige Weg ist, die Bank zu retten, damit auch Sparkassen und Kommunen gerettet werden.

Im Ergebnis haben Sie von der SPD gesagt: keine Privatisierung, kein neues Eigenkapital, und das heißt letztendlich: Liquidierung der Bank. Uns ist eine Privatisierung allemal lieber als eine Liquidierung dieser für Deutschland wichtigen Bank.

(Franz Maget (SPD): Wie wäre es denn mit einer Fusionierung? - Ulrike Gote (GRÜNE): Alle fünf Minuten bringen Sie etwas anderes!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Chance, die Landesbank wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Es geht um die Chance, das Bankensystem in Deutschland zu stärken. Es geht um den Erhalt der Sparkassen in Bayern, um den Schutz der Kommunen. Deshalb bitte ich Sie eindringlich, denken Sie noch einmal darüber nach, stimmen Sie diesem Nachtragshaushalt zu. Dann handeln Sie verantwortlich für Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. Zu Wort kommt: Herr Kollege Pohl, Freie Wähler.

**Bernhard Pohl (FW):** Sehr geehrter Herr Präsident, den ausgestreckten Zeigefinger weiß ich wohl zu deuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin über den Gang dieser Debatte einigermaßen erstaunt. Vor zwei Wochen hat jeder der Redner noch die Dramatik beschworen, die Dramatik, in der wir uns angesichts einer Landesbank befinden, die umzukippen und den ganzen Freistaat in die Tiefe zu reißen droht. Vor zwei Wochen haben wir noch gehört, dass wir die Existenz unseres Staates aufs Spiel setzen, wenn wir diesem Sanierungskonzept nicht zustimmen. Ich habe meine Meinung nicht geändert, ich sehe die Situation nach wie vor dramatisch. Ich kann deshalb nicht verstehen, wenn sich diese Debatte auf einem eher intellektuellen Hochschulniveau bewegt. Es geht Ihnen um Kapitalismuskritik, Frau Kollegin Rupp? Soll ich jetzt eine Sozialismuskritik anbringen? - Herr Kollege Klein, bei Ihnen geht es um die Frage: "Wirtschaft ist im Wandel und Werden." Auch das eine Plattitüde, die der Ernsthaftigkeit, der Wichtigkeit des Themas nicht angemessen ist.

Es geht um drei Punkte. Erstens geht es um die Frage: Was können wir tun, was müssen wir tun, um die Landesbank am Leben zu erhalten und damit erheblichen Schaden vom Freistaat, von den Sparkassen und von den Kommunen abzuwehren? Zweitens: Welche Auswirkungen hat das auf unsere Haushaltslage? Drittens: Gibt es zu den vorgeschlagenen Lösungsansätzen Alternativen?

Vor diese Fragen, die die Zukunft betreffen, haben wir die Aufklärung gestellt, denn diese Aufklärung - und hier gebe ich Herrn Kollegen Winter recht - dient nicht nur dazu, Verantwortliche und Verantwortlichkeiten zu nennen, sondern auch dazu, dass man Fehler der Vergangenheit in der Zukunft nicht wiederholt. Sie dient aber auch der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Herr Kollege Klein, Sie sagen, man möge nicht von Tätern reden. Wenn ich Ihren Fraktionskollegen Kirschner im Ohr habe, dann hat er, wie ich, zu den Vorgängen schon eine deutlichere Sprache gesprochen. Ich denke schon, dass wir das Ganze beim Namen nennen müssen, anstatt verharmlosend davon zu sprechen, dass da Verantwortliche waren. Beim nächsten Mal waren es dann Verantwortlichkeiten und irgendwann war es dann wieder einmal der Sachzwang. Nein: Hier sind massive Fehler gemacht worden, und diese Fehler müssen verantwortlichen Personen zugeordnet werden. Wenn diese Personen sich strafrechtlich schuldig gemacht

haben, dann kann, darf und muss man auch von Tätern reden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie haben die Frage des ausgeglichenen Haushalts angesprochen, Frau Kollegin Rupp. Völlig zu Recht, denn ich höre in dieser Debatte schon wieder: Na ja, die zehn Milliarden Euro werden irgendwo verräumt, wo man sie nicht sieht. Irgendwann ist das eine Erblast, die man eben mitzutragen hat. Nein, meine Damen und Herren: Wir starten in diese Legislaturperiode mit einem Minus von zehn Milliarden Euro. Das ist nicht zu vertuschen, das ist nicht wegzudiskutieren, das ist Fakt!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Koalition, Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, Sie sagen: Warum stimmt Ihr nicht zu oder nennt Alternativen? Ich sage Ihnen, es gibt keine. Wenn Sie uns in die Verantwortung für die Zukunft mit hineinnehmen wollen, dann akzeptieren Sie bitte auch, dass das nur um den Preis der Mitverantwortung geht. Es kann nicht sein, dass der eine Verantwortung trägt, während der andere die Entscheidungen fällt!

(Beifall bei den Freien Wählern)

In der letzten Plenardebatte haben wir deutlich gesagt: Wir stimmen diesem Vorschlag zu, weil wir keine Alternative sehen, weil wir diese Entscheidung für notwendig halten. Wir haben betont, das gilt nur, wenn rückhaltlos aufgeklärt wird und wenn alle Fraktionen in die Verantwortung für die Zukunft mit eingebunden werden, indem sie Sitz und Stimme im Verwaltungsrat bekommen.

Ich höre jetzt erstaunt, dass Sie von der CSU dankbar sind, dass wir die Aufklärung fordern. Das finde ich schön. Aber vor Wochen, meine Damen und Herren, waren Sie noch dagegen. Vor Wochen haben Sie das noch polemisch abgelehnt. Hätten Sie damals zugestimmt, wären wir jetzt schon viel weiter. Wir haben wertvolle Zeit verloren, obwohl die Zeit drängt. Der Ministerpräsident hat vor zwei Wochen gesagt: Wir müssen handeln, sonst ist Weihnachten mit der Landesbank Schluss. In so einer Phase kann man sich meiner Ansicht nach keine taktischen Spielereien leisten.

Deswegen bin ich einigermaßen bestürzt darüber, dass Sie von der Koalition unseren Forderungen nicht Folge leisten wollen und die Fraktionen des Bayerischen Landtags nicht gleichermaßen im Verwaltungsrat beteiligen und Mitverantwortung tragen lassen. Wir haben die Hand ausgestreckt, meine Damen und Herren! Wir haben gesagt: Wir stellen uns der Verantwortung für einen Vorgang, für den wir keine Verantwortung haben.

Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft. Wir haben die Hand ausgestreckt, Sie haben sie ausgeschlagen. Sie wollen unsere Zustimmung nicht, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auf Ihre Frage, Herr Graf zu Lerchenfeld "Warum stimmen Sie nicht zu?" sage ich: Das ist die Antwort. Sie wollen unsere Zustimmung, und wenn Sie die Zustimmung haben, dann machen Sie "weiter so".

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann wollen Sie ohne die Beteiligung aller Fraktionen in diesem Haus nur die Regierungskoalition das Schiff steuern lassen. Da sage ich Ihnen: So läuft es nicht!

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Unser Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger hat in der letzten Sitzung einen neuen Politikstil angemahnt und der Ministerpräsident hat ihm als Zeichen der Anerkennung dafür die Hand geschüttelt. Ich habe das als Zeichen aufgefasst, alte verkrustete Strukturen aufzubrechen, diese kindischen Sandkastenspiele - da Regierung, dort Opposition - endlich aufzugeben, dieses "51 % hat immer recht und 49 % hat immer Unrecht." Das muss endlich aufgegeben werden. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass hier 187 gewählte Mandatsträger sitzen, die das Volk zu seinen Repräsentanten bestimmt hat. Ich habe es so verstanden, aber heute muss ich feststellen, dass man nicht einmal bereit ist,

(Zuruf von der CSU)

- es fällt Ihnen schwer, das anzuhören, das kann ich verstehen -, ein Minimum an Verantwortung mit anderen zu teilen. Dieser Sitz im Verwaltungsrat ist doch nicht vergnügungssteuerpflichtig: Das ist doch nichts, wo man sich Orden und Ehrenzeichen abholen kann. Das ist doch ein sehr schwieriges Amt, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, haben sich doch in der Vergangenheit, hier nicht mit Ruhm bekleckert.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Da wäre es nur recht und billig zu sagen: "Jawohl, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, es ist eine Aufgabe des gesamten Parlaments, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, den wir in den Dreck gefahren haben. Wenn ihr uns helft, dann danke, aber dann bitte dürft ihr auch mit Steuern."

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler - Thomas Kreuzer (CSU): Sie lehnen doch ab!)

- Wir hätten zugestimmt, Herr Kollege Kreuzer, wenn Sie die Teilhabe garantiert hätten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wenn es nach Ihnen ginge, dann würde es gar keine Landesbank mehr geben! Und jetzt wollen Sie einen Sitz im Verwaltungsrat?)

Herr Kollege Kreuzer, seien Sie etwas vorsichtig. Sie haben den Karren an die Wand gefahren, nicht wir. Wir waren noch gar nicht im Landtag, als Sie diese Beschlüsse gefasst haben. 58 Milliarden Euro aufgenommen: Herr Kollege Kreuzer, ich wäre sehr vorsichtig mit derartigen Äußerungen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Über die Zukunft dieser Landesbank sollen also nur diejenigen entscheiden, die ihre Zukunft fast verspielt hätten? Das kann ich nicht verstehen, das kann ich nicht begreifen, und deswegen, meine Damen und Herren, können wir, obwohl wir gerne zugestimmt hätten, unsere Zustimmung nicht geben.

(Alexander König (CSU): Dann haben die Sparkassen keine Zukunft mehr!)

Denn dann geben wir Ihnen wieder einen Blankoscheck in die Hand, und den haben Sie nicht verdient.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Glauben Sie mir - das sage ich Ihnen jetzt ganz persönlich -: Diese Abstimmung fällt mir nicht leicht. Es ist eine Abwägung zwischen der Verantwortung für die Landesbank,

(Alexander König (CSU): Und den Freien Wählern!)

zwischen der Verantwortung für den Freistaat Bayern und der Verantwortung für die Zukunft. Diese Zukunft legen wir Ihnen nicht einfach so in den Schoß und sagen: "Ihr habt einmal Fehler gemacht, ein zweites Mal werdet ihr es besser machen."

Nein. Wir hätten es gemeinsam mit euch gemacht. Wenn ihr es aber nicht gemeinsam mit uns machen wollt, wenn ihr es alleine machen wollt, dann müsst ihr leider auf unsere Zustimmung verzichten.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Fraktion die Abstimmung freigegeben zwischen Enthaltung und Ablehnung. Das ist eine schwierige Entscheidung, und ich wiederhole: Wir hätten liebend gerne gemeinsam mit Ihnen allen zusammen das Beste für die Landesbank, das Beste für die Bürger des Freistaats Bayern und das Beste aus einer verfahrenen Situation gemacht. Sie verfallen in die alte Arroganz und sagen: Wir können es besser, wir brauchen euch nicht. Wenn Sie uns nicht brauchen, dann bekommen Sie leider auch unsere Zustimmung nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp.

**Adelheid Rupp (SPD):** Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Ich denke, man muss noch einmal wenige Worte zu den Ausführungen sagen, insbesondere zu denen des Kollegen von und zu Lerchenfeld.

Es ist mitnichten so, dass ich gesagt habe, das Geschäftsmodell sei interessant, sondern ich habe positiv darauf verwiesen, dass die Eckpunkte, die wir bereits vor einem Jahr genannt haben, zum Teil aufgegriffen wurden. Insofern finden wir das natürlich positiv.

Ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Gedanken und Ideen der Sozialdemokratie vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung durchaus nicht selten erwähnt wurden und es hilfreich wäre für den ganzen Freistaat und für den Bayerischen Landtag, wenn man in manchen Fragen ab und zu mal auf die Sozialdemokratie hören würde. Dann hätte man sich insbesondere bei der Landesbank viel Geld sparen können.

Zum Zweiten möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Wir haben damals dem Ankauf der Hypo Group Alpe Adria - HGAA - zugestimmt. Wir haben damals auf Ihre Ausführungen vertraut, das war ein Fehler. Das werden wir als solches nicht wieder tun, wenn wir von Konzepten nicht überzeugt sind und wenn die Rahmenbedingungen, die wir nennen, nicht eingehalten werden. Das können wir im Moment nicht feststellen.

Es geht uns mitnichten darum, die Landesbank absaufen zu lassen. Kollege Klein hat es erwähnt. Das ist natürlich nicht unsere Absicht. Aber es ist die Aufgabe der Opposition, den Finger in die Wunde zu legen, wo wir der Ansicht sind, dass Konzepte nicht stimmig sind und Maßnahmen, die dringend erforderlich sind, nicht umgesetzt werden. Das ist der Job der Opposition und nichts anderes. Wir haben nicht einfach einen Weg mit zu beschreiten, ohne diesen kritisch zu hinterfragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nachdem wir diesen Weg kritisch hinterfragt und dabei festgestellt haben, dieser Weg führt bei uns zu keiner Zustimmung, ist es auch richtig, nicht Ja, sondern klar Nein zu sagen. Denn für uns ist die bisherige Darstellung nicht zufriedenstellend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Weidenbusch.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich unmittelbar an den Kollegen Pohl wenden. Wenn wir diesen Nachtragshaushalt heute nicht beschließen, gibt es keinen Verwaltungsrat zu besetzen.

(Alexander König (CSU): Bei den Sparkassen auch nicht!)

Bitte bedenken Sie das. Wer heute den Nachtragshaushalt ablehnt, der sorgt dafür, dass es keinen Verwaltungsrat mehr gibt, weder für die Koalition, die die Regierung stellt, noch für die Opposition. Zweitens weise ich darauf hin, dass wir die Kommission zur Begleitung der Krisenbewältigung so konzipiert haben, dass dort Informationen im Umfang einer Verwaltungsratssitzung gegeben werden. Sie wissen das aus der bisherigen Erfahrung.

Lassen Sie uns bitte wie bisher in aller Ruhe abwarten. Wir haben aufgrund der Situation, wie sie ist, einen Markt, in dem wir stabil bleiben müssen und letztlich auch darauf schauen müssen, wie die wesentlichen Agenturen unser Kreditinstitut bewerten. Mit einer Besetzung des Verwaltungsrats durch eine große Anzahl von Politikern schafft man bei Agenturen nicht unbedingt ein großes positives Bewusstsein.

Darum bitte ich Sie: Lassen Sie uns durch diesen Nachtragshaushalt die Bank am Leben halten. Wir arbeiten in der Kommission so, dass wir am Schluss sagen können, dass wir mitreden.

Wenn Sie das Gefühl haben, nicht informiert zu werden, dann ist es korrekt, darüber zu reden. Sonst läuft es ein wenig darauf hinaus, dass Sie jetzt sagen: Ihr wollt unsere Zustimmung haben. Wenn wir im jetzigen Moment nachgeben, würden wir das falsche Signal an den Markt senden. Wir werden danach aber sicher die Zeit haben, in der Kommission darüber zu reden. Sie ist ja so angelegt, und Sie haben das schon persönlich erlebt.



**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pohl?

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Ja.

**Bernhard Pohl (FW):** Herr Kollege Weidenbusch, sind Sie der Auffassung, dass das Rating der Bayerischen Landesbank sinkt, wenn außer drei oder vier Mitgliedern der CSU auch ein Freier Wähler, ein Sozialdemokrat und ein GRÜNER in dem Verwaltungsrat sitzen?

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Pohl, so wie Sie die Frage gestellt haben, lautet meine Antwort: Nein; in diesem Fall sinkt das Rating nicht. Aber leider ist das im Moment nicht die Frage.

Zurzeit ist die Frage, ob wir in der Lage sind, den Verwaltungsrat der BayernLB für die nächste Zukunft, für die nächsten zwölf Monate, so zu besetzen, dass das Rating nicht sinkt, bestenfalls steigt. Wenn es Ihre Frage gäbe, hätten Sie recht. Aber leider stellt mir momentan niemand Ihre Frage.

Die Frage, die mir die Agentur zurzeit stellt, ist, wie viel nachgewiesenen und anerkannten Sachverstand wir im Verwaltungsrat kurzfristig einbringen können.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bitte ich jetzt Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Fahrenschon, CSU, das Wort zu nehmen.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag nach der heute sehr ausführlichen Diskussion, die alle Seiten vor der schwierigen Entscheidung, die mit dem Zweiten Nachtragshaushalt 2008 verbunden ist, geführt haben, mit einem Dank beginnen.

Ich weise noch einmal deutlich darauf hin, dass alle Fraktionen mitgeholfen haben, dass wir in einem zügigen, in einem geordneten und auch konzentrierten parlamentarischen Verfahren die Stabilisierungsmaßnahmen, die mit der Landesbank verbunden sind, haben debattieren können.

Ich bin dem Abgeordneten Klein sehr dankbar, dass er noch einmal auf die Problematik hingewiesen hat, - auch Herr Pohl hat das getan -, mit welcher Geschwindigkeit wir uns dieser Fragestellung haben zuwenden müssen. Vor zwei Wochen - das gilt noch heute - haben wir die Debatte in dem Wissen eröffnet, dass eine Maßnahme notwendig ist, die die Stabilisierung einer systemrelevanten Bank möglich macht, die zur Hälfte

dem Freistaat Bayern und zur anderen Hälfte den bayerischen Sparkassen und damit einem wesentlichen Träger des Finanzmarkts in Bayern gehört.

Wir hatten sehr intensiv abzuwägen, ob die Vorschläge, die die Bayerische Staatsregierung entwickelt hat, in dieser Situation die richtigen Instrumente und auch den richtigen Ansatz bieten, um die Stabilisierung der Bank zu erreichen.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses und der Kontrollkommission, dass das Finanzministerium in mehreren Sitzungen lückenlos informieren konnte.

Ich will an dieser Stelle, Herr Pohl und Herr Aiwanger, vor dem Plenum betonen, dass meine Zusage an die Fraktion der Freien Wähler, in der nächsten Sitzung der Kontrollkommission auf ihren Fragenkatalog einzugehen, nach wie vor steht. Ich bitte aber auch, festhalten zu dürfen, dass im Gegensatz zum Fragenkatalog der GRÜNEN, den der Landtag beschlossen hat, der Fragenkatalog der Freien Wähler damals im Plenum keine Mehrheit gefunden hat, wenn er auch eine Zielrichtung hatte.

Vor diesem Hintergrund bitte ich, es mir nicht zum Vorwurf zu machen, dass ich Ihnen entgegenkomme und sage: Ich arbeite Ihre Fragen ab. Aber an dieser Stelle geht natürlich der Beschluss des Landtags vor. In Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Kontrollkommission ist festgelegt, dass ich in dem nächsten Termin der Kontrollkommission auf beide Fragenkataloge, also auf denjenigen, der von den GRÜNEN eingebracht und dann beschlossen wurde, und denjenigen, den Sie aus Ihrer Sicht zu Recht aufbereitet haben, eingehe.

Frau Kollegin Rupp, es gibt Fragen, zu denen heute keine Antworten gegeben werden können. Es gibt heute keine Antwort auf die Frage, wie sich die Landesbankenlandschaft in Deutschland entwickelt. Es gibt heute keine Antwort auf die Frage, wie das Geschäftsmodell der deutschen Landesbanken aussieht. Denn jetzt steht die Stabilisierung der BayernLB im Mittelpunkt. Die muss uns gelingen. Wenn sie uns gelungen ist, sind wir in der Lage, uns gemeinsam mit anderen Anteilseignern in die bundesweite Debatte zur Zukunft der Landesbanken und zur Entwicklung stabiler Geschäftsmodelle einzubringen. Wenn uns die Stabilisierung der Bank aber nicht gelingt, werden wir die Debatte über die strukturellen Änderungen der Landesbanken in Deutschland nicht erleben. Denn dann werden wir einen weiteren verheerenden Baustein zur Verschärfung und Problemerkennung der Weltfinanzmarktkrise liefern.

Die Stabilisierung der BayernLB - das möchte ich deutlich herausstellen - ist alternativlos. Anderenfalls wäre

mit weitreichenden Folgen für die Bank und die Gewährträger zu rechnen gewesen. Das könnte vor allem die bayerischen Sparkassen, ihre Träger, ihre Kunden und natürlich auch die mittelständische Wirtschaft in Bayern nachhaltig schädigen.

Und doch ist es richtig, dass der Staatshaushalt durch die notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen für die BayernLB in den kommenden Jahren erheblich belastet wird. Daraus aber den Schluss zu ziehen, Herr Kollege Hallitzky und Frau Abgeordnete Rupp, dass weitere Steuerentlastungen deshalb nicht darstellbar seien, zeigt, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind.

Damit sind wir an der Stelle, wo Rot-Grün damals, in der Zeit, als Sie Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland getragen haben, auch schon große Fehler gemacht wurden. Denn in einer Zeit wirtschaftlicher Krise ist es umso wichtiger, dass wir zu Entlastungen von Wirtschaft und privaten Haushalten kommen. Wenn wir sie nicht entlasten, sind sie nicht in der Lage, zu investieren und zu konsumieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sind wir an dieser Stelle unterschiedlicher Auffassung.

Das hat aber sicherlich auch etwas mit dem generellen Grundverständnis zu tun, mit dem wir an die Wirtschaftskrise, die momentan weltweit herrscht, herangehen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Abgeordneter Hallitzky, ich glaube, Sie werden mir jetzt, nachdem ich der Debatte lange zugehört habe, Gelegenheit geben, meine Stellungnahme in einem Stück darzustellen. Ich bin sehr sicher, dass wir an anderer Stelle noch Gelegenheit haben werden, unsere unterschiedlichen Konzepte zur Finanz- und Wirtschaftspolitik nebeneinanderzustellen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise stehen, die die Bundesrepublik, Europa und die Welt in den letzten hundert oder 120 oder 150 Jahren erlebt haben. Ich bin der festen Überzeugung - übrigens im Einklang mit der CSU- und der FDP-Landtagsfraktion -, dass wir die Menschen in unserem Land unterstützen müssen, damit die Krise gemeistert wird. Nur wenn unsere Wirtschaft wieder in Fahrt kommt, können wir mehr Steuereinnahmen verbuchen. Dazu brauchen wir die Wirtschaft. Dazu brauchen unsere Bürger Freiräume. Deshalb setzen wir uns für eine zielgenaue Steuer- und Abgabentlastung ein. Das Gegenteil dessen, was Sie uns vorwerfen, ist der Fall. Wenn wir jetzt nicht an

den richtigen Stellen gegensteuern, sind wir in der Zukunft noch weniger in der Lage, die besonderen Lasten der BayernLB zu tragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nur über eine zielgenaue Steuer- und Abgabentlastung kann Wachstum und Beschäftigung eintreten. Nur so werden unsere Steuereinnahmen wieder steigen und nur so kann der Haushalt die Belastungen wie die Sanierung der BayernLB entsprechend auffangen.

Ich möchte schon noch einmal daran erinnern, dass wir in einem beispiellosen Kraftakt über den 2. Nachtragshaushalt 2008 die gesamte vorgesehene Kapitalerhöhung bei der BayernLB in Höhe von 10 Milliarden Euro alleine stemmen, obwohl der Mitanteilseigner Sparkassenverband dieselbe Verantwortung trägt. Auch die Abschirmung des ABS-Portfolios der Bank durch eine Garantie in Höhe von 4,8 Milliarden Euro übernimmt der Freistaat alleine. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren - das gehört zu dem momentanen zu zeichnenden Bild -, die Sparkassenseite hat klipp und klar signalisiert, dass sie unter den derzeitigen äußerst schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in der Lage ist, weitere Stützungsleistungen für die BayernLB zu erbringen. Wir dürfen an der Stelle nicht vergessen, das ist eine Maßnahme, die eine systemrelevante Bank stabilisiert und gleichzeitig den Sparkassensektor vollkommen von den Lasten freistellt, weil wir uns der besonderen Rolle der Sparkassen in Bayern landauf, landab bewusst sind. Zu dieser Entscheidung stehen wir auch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wäre im aktuellen Umfeld ganz falsch, die Sparkassen zu überfordern und damit nachhaltig zu schädigen.

Deshalb halte ich es für die Bayerische Staatsregierung für unabdingbar, dass der Freistaat den Sparkassen die Lasten abnimmt, damit diese ihre gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise äußerst bedeutsame Funktion bei der Kreditversorgung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Bayern weiter uneingeschränkt wahrnehmen können. Es ist nicht zuletzt ein Stützungsprogramm für die bayerischen Sparkassen. Es ist ein Stützungsprogramm für ihre Kunden. Es ist ein Stützungsprogramm für alle bayerischen Kommunen. Es ist ein Stützungsprogramm für die mittelständische Wirtschaft, und es sichert insbesondere die flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen in ganz Bayern. Das ist der zentrale Grund für den Nachtragshaushalt Nummer 2 des Jahres 2008, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)



Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass die Zustimmung zum 2. Nachtragshaushalt von allen Beteiligten viel abverlangt. Wie oft wurde in der Vergangenheit um kleine Beträge gestritten und Gelder wegen der Konsolidierung des Haushalts nicht bewilligt. Nun sind wir gezwungen, Kredite in einer bis dato unvorstellbaren Größenordnung aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang steht auch die berechtigte Frage im Raum: Reichen die jetzigen Stabilisierungsmaßnahmen aus, um die BayernLB nachhaltig zu sanieren, oder kann es noch schlimmer kommen? Ich möchte noch einmal unterstreichen: Ob die Stabilisierungsmaßnahmen auf Dauer ausreichen, kann niemand, auch nicht der bayerische Finanzminister, auch nicht der Bundesfinanzminister mit Sicherheit vorher sagen. Allerdings können wir eines vorhersagen: Die Aufsicht, die Sonderbehörden, die Bundesbank, die Bundesregierung, die Bayerische Staatsregierung und ich hoffen, auch eine Mehrheit des Bayerischen Landtags weiß, wenn wir jetzt nicht handeln, dann wird der Schaden noch größer, weil wir dann die bayerische Volkswirtschaft in den Strudel der Finanzmarktkrise hineinreiten. Das dürfen wir jetzt nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen darf man nicht vergessen, dass die Abschirmung des ABS-Portfolios die BayernLB auf absehbare Zeit vor weiteren Einschlügen aus der Bewertungspraxis schützt.

Das Hauptrisiko für die Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, sehe ich allerdings vorrangig nicht im ABS-Portfolio, sondern in der dramatischen weltwirtschaftlichen Lage. Wir müssen jetzt erkennen, dass sich die Konjunktur nicht erst seit den Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Abschwung befindet. Aber die internationale Finanzmarktkrise sorgt für zusätzliche Belastungen. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Maßnahmen zu treffen.

Damit bin ich, Herr Abgeordneter Pointner, bei der Frage, warum wir die Kapitalzufuhr nicht über Rücklagenentnahme finanzieren. Ich glaube, das ist eine berechtigte Frage, und deshalb haben Sie auch das Anrecht, die Grundkonzeption noch einmal zu hören. Die Staatsregierung hat sich bewusst dafür entschieden, dass die Kapitalzufuhr in vollem Umfang kreditfinanziert wird. Die Mittel aus der Haushaltssicherungs-, aus der Kassenverstärkungs- und aus der Bürgschaftssicherungsrücklage sind begrenzt. Diese Rücklagen dienen dazu, flexibel auf kurzfristige Belastungen des Haushalts reagieren zu können. Hier helfen sie insbesondere, Einnahmen in konjunkturellen Schwächeperi-

oden aufzufangen. Wir brauchen deshalb jetzt genau die Mittel der Haushaltssicherungsrücklage, um am Ende über den Doppelhaushalt unseren Beitrag zu bringen, dass wir ein hohes Investitionsniveau und eine kluge, zielgenaue Politik in Bayern vorbereiten können, damit wir in den Jahren 2009 und 2010 unseren bayerischen Beitrag leisten können und im Zusammenspiel mit den anderen Ländern, im Zusammenspiel mit den Nationalstaaten in Europa und mit der Europäischen Kommission diese wirtschaftspolitische Krise so kurz wie möglich gestalten. Nur dann können wir über unsere Wirtschaft und über Steuereinnahmen einen weiteren Beitrag zur Gegenfinanzierung der Lasten, wie es die Bank jetzt braucht, entsprechend leisten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit meinem Amtsantritt und dem Amtsantritt der neuen Staatsregierung wurde intensiv an den Bereinigungen und an der Bereinigung der BayernLB gearbeitet. Es wurde die Garantievereinbarung mit dem SoFFin abgeschlossen. Die geplanten Kapitalmaßnahmen wurden am 4. Dezember dieses Jahres bei der EU-Kommission notifiziert. Die Bank und die Anteilseigner stehen im laufenden Kontakt mit der Kommission. Die Stabilisierungsmaßnahmen stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommission. Sie soll aber noch in dieser Woche erfolgen. Die erforderlichen Anmeldungen beim Bundeskartellamt und bei den Fusionskontrollbehörden anderer Staaten sind erfolgt. Die Abschirmungsvereinbarung soll am 19. Dezember unterzeichnet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Frau Abgeordnete Rupp, auch an dieser Stelle: Der Bund ist mit dabei. Mit der Garantieübernahme durch die SoFFin zeigt der Bund, dass er mit dem Konzept zufrieden ist. Er hätte uns nämlich sonst die Garantie in Höhe von 15 Milliarden Euro nicht gegeben. Das darf man auch heute nicht unter den Tisch fallen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist auch wichtig zu wissen, dass der Bund und die Europäische Union hinsichtlich der Restrukturierung der BayernLB dieselben Anforderungen stellen. Insbesondere muss jede Bank, die staatliche Hilfen in Anspruch nimmt, nach einem halben Jahr einen Umstrukturierungsplan präsentieren. Und die Geschäftspolitik des Instituts wird auf ihre Nachhaltigkeit überprüft.

Deshalb, meine Damen und Herren, kann man sich jetzt über verschiedene Dinge unterhalten. Herr Hallitzky, natürlich können wir darüber streiten, ob wir in Sachen Erbschaftssteuerreform gemeinsam unterwegs sind oder nicht. Abgesehen davon, dass wir aus dem Erbschaftssteueraufkommen auch noch den Länderfinanz-

ausgleich zu bezahlen haben - deshalb stimmt Ihre Summenzahl nicht -, muss ich aber festhalten: Es ist unsere Überzeugung, dass wir in Deutschland besser aufgestellt wären, wenn die Länder in der Lage wären, auch in der Steuerpolitik Wettbewerbsansätze zu führen. Warum darf denn Bayern nicht in die Lage versetzt werden, bei einer Steuer, die bei uns aufschlägt, mit anderen Freibeträgen, mit anderen Sätzen zu anderen Ergebnissen zu kommen? Wenn der rot-rote Senat in Berlin etwas anderes machen will, dann ist das doch nicht unser Problem. Lassen Sie uns doch unsere Erbschaftssteuer nach unserer Maßgabe strukturieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe unumwunden zu, dass ich es bedauere, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angekündigt haben, dem 2. Nachtragshaushaltsgesetz ihre Zustimmung zu versagen. Ich wende mich schon noch einmal an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, weil die Frage berechtigt ist, die der Herr Abgeordnete Klein herausgearbeitet hat: Wo ist denn Ihre Alternative? Wo ist denn Ihr Vorschlag, wie wir jetzt die BayernLB stabilisieren? Und wie können wir uns darüber unterhalten, wie wir sie dann, nachdem wir sie stabilisiert haben, weiter in gutem Einvernehmen entwickeln können? Ich glaube, dass Sie an dieser Stelle auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank enttäuschen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich gebe unumwunden zu, dass der Personalratsvorsitzende, mit dem ich ein Gespräch geführt habe, weil wir ihn in den Verwaltungsrat integrieren, darauf wartet, dass er die Möglichkeit hat, neben der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, mit der er gesprochen hat, auch mit der Fraktion der SPD zu sprechen. Es hat sich in der Vergangenheit niemand bei ihm gemeldet, der in der Lage gewesen wäre, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernLB auch mit den Abgeordneten der SPD-Fraktion ihre Fragen austauschen können.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Ich glaube, dass man gerade in Krisenzeiten eine gemeinsame Verantwortung der Politik herausarbeiten kann.

Ich will an einer Stelle, Herr Pointner und Herr Pohl, noch deutlich machen, warum ich glaube, dass, bezogen auf die zukünftige Ausrichtung der Bank, wir eigentlich alle Chancen in unserer Hand haben. Wir haben in der Vergangenheit sehr verantwortungsbewusst und vertrauensvoll - Finanzministerium, Vorstand der Bank - mit der vom Landtag eingesetzten Kontrollkommission gearbeitet. Sie haben meine Zusa-

ge - diese unterstreiche ich gerne noch einmal -, dass wir die intensive Zusammenarbeit mit der Kontrollkommission weiter vorantreiben wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen aber auch nur sagen - das hat der Abgeordnete Weidenbusch soeben zu Recht herausgearbeitet -: Diese Bank befindet sich in einer schwierigen, hoch komplexen Situation. Wenn unsere Antwort darin besteht, den Verwaltungsrat größer zu machen, den Verwaltungsrat quasi zusätzlich zur Sonderkontrollkommission des Landtags mit politischen Debatten zu überfrachten, dann - das ist meine feste Überzeugung - machen wir einen Fehler. Lassen Sie uns, die zuständigen und auch die Verantwortung tragenden Minister, die Mitglieder der Staatsregierung, die dem Verwaltungsrat auch in Zukunft angehören müssen - der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und der Innenminister -, die Debatte mit der Kontrollkommission führen, weil das Argument richtig ist, dass die besondere Größe der Problemlösung auch besondere Maßnahmen erfordert. Geben Sie aber dem Vorstand der Bank und dem Verwaltungsrat der Bank die Möglichkeit, das Geschäftsmodell der Bank zu drehen. Wir haben uns dazu entschlossen, diese Bank neu aufzustellen. Wir haben uns dazu entschlossen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, das weltweite Engagement zurückzuführen und z. B. das Geschäftsfeld "Financial Institutions" zu 100 % zu schließen, weil wir uns genau damit die Probleme eingekauft haben. Lassen Sie uns daraus die Konsequenzen ziehen, aber belasten Sie nicht die Arbeit des Vorstandes und des Verwaltungsrates mit einem zwar nachvollziehbaren Wunsch, den wir aber im Zusammenspiel zwischen Finanzminister und Parlament auch hervorragend abdecken können.

Deshalb bitte ich Sie auch in Zukunft um konstruktive Zusammenarbeit. Ich will mich für die Zusammenarbeit der letzten Woche und Tage bedanken. Ich setze darauf, dass ich zusammen mit allen Fraktionen weiter an der Lösung der Probleme der BayernLB verantwortungs- und vertrauensvoll arbeiten kann, und ich bitte um Ihre Zustimmung zum Zweiten Nachtragshaushalt 2008.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Minister, vielen Dank. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Zweiten Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Zweiten Nachtragshaushaltsplans 2008 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/131.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Zweiten Nachtragshaushaltsplan 2008 zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die drei anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Einige Stimmenthaltungen aus dem Bereich der Freien Wähler. Damit ist der Zweite Nachtragshaushaltsplan 2008 angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2008 selbst.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/95 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/148.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen kleinen Augenblick noch; die Weihnachtsfeier fängt anschließend gleich an.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist fast dasselbe Stimmergebnis wie vorher, bloß zwei Enthaltungen bei den Freien Wählern. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein!)

- Nicht? - Herr Kollege, in namentlicher Abstimmung? - Jetzt komme ich ins Schleudern. 15 Minuten?

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein, wir brauchen keine Wartezeit! Wir können sofort abstimmen.)

- Ach richtig, es ist ja eine Abstimmung über ein Gesetz. Entschuldigung.

Namentliche Abstimmung ist beantragt worden. Dann bitte ich, die Urnen aufzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen gleich noch Folgendes: Nachdem die Stimmen ausgezählt werden müssen, werde ich in der Tagesordnung weiterfahren und die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5

aufrufen. Dazu findet keine Aussprache statt. Damit kann ich den Zeitplan für morgen verbessern.

Jetzt bitte ich um Abstimmung. Nachdem alle da sind, beträgt die Abstimmungszeit vier Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.19 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich bitte, die Karten draußen auszuzählen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass die vorschlagsberechtigten Fraktionen --

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie noch um zehn Minuten Aufmerksamkeit. Ich gebe bekannt, dass die vorschlagsberechtigten Fraktionen ihre Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder für die Richter-Wahl-Kommission, den Landessportbeirat und den Landesgesundheitsrat benannt haben. Im Einzelnen können die von den Fraktionen benannten Persönlichkeiten den für sie aufgelegten Mitteilungen auf den Drucksachen 16/154, 16/155 und 16/156 entnommen werden.

Außerdem gebe ich bekannt, dass heute Vormittag Herr Abgeordneter Dr. Manfred Weiß zum Vorsitzenden sowie Herr Vizepräsident Prof. Dr. Gantzer zum stellvertretenden Vorsitzenden der G-10-Kommission gewählt wurden. Wir nehmen davon Kenntnis.

(Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, passen Sie bitte auf, weil Sie sich gleich wieder erheben müssen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Gesetzentwurf der Abg.**

**Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger u. a. u. Frakt. (CSU),**

**Franz Maget, Harald Güller, Stefan Schuster u. a. u. Frakt. (SPD),**

**Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Frakt. (FW), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde u. Frakt. (FDP)**

**zur Änderung des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes (Drs. 16/72)**

**- Zweite Lesung -**

Wie vereinbart findet eine Aussprache nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf der Drucksache 16/72 und die Beschlussempfehlung mit Bericht

des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf der Drucksache 16/143 zugrunde. Der federführende und endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass § 2 eine neue Fassung erhält. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/143.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Die darf es eigentlich nicht geben. Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Kein Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf mit der vom Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen und Verbraucherschutz vorgeschlagenen Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das müssten alle sein. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/33) - Zweite Lesung -**

Auch hier findet keine Aussprache statt, sodass wir sofort zur Abstimmung kommen können. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/33 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf der Drucksache 16/151 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 3 als Datum des Inkrafttretens den "1. Januar 2009" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ein Antrag auf Dritte Lesung ist nicht gestellt worden. Deswegen führen wir die Schlussabstimmung in der-

selben Form wie eben durch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen oder Enthaltungen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das ist nicht der Fall.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes".

Als letzten Punkt der Tagesordnung rufe ich Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Vertrag zur Änderung des Vertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern (Drs. 16/30) - Zweite Lesung -**

Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt, sodass wir sofort zur Abstimmung kommen. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 16/30 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf der Drucksache 16/147 zugrunde.

Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nennt man gutes Timing: Jetzt kommt das Ergebnis der Abstimmung über den Nachtragshaushalt. Sie sehen, wie schnell die Verwaltung arbeitet. Ich bitte um einen Applaus für die Verwaltung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008, Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008, bekannt. Das ist die Drucksache 16/95. Mit Ja haben 95 und mit Nein 57 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab vier Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel:  
"Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes  
2007/2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008)".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen und  
wünsche Ihnen bereits jetzt ein fröhliches Weihnachts-  
fest und eine schöne Feier.

(Schluss: 18.24 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 16.12.2008 zu Tagesordnungspunkt 1: Gesetzentwurf der Staatsregierung; Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008; (2. Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2008) (Drucksache 16/95)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert		X	
<b>Arnold</b> Horst		X	
<b>Aures</b> Inge		X	
<b>Bachhuber</b> Martin	X		
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried	X		
<b>Bause</b> Margarete			
Dr. <b>Beckstein</b> Günther	X		
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar	X		
Dr. <b>Bertermann</b> Otto	X		
Dr. <b>Beyer</b> Thomas		X	
<b>Biechl</b> Annemarie	X		
<b>Biedefeld</b> Susann			
<b>Blume</b> Markus	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold	X		
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter	X		
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun	X		
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette	X		
<b>Daxenberger</b> Sepp		X	
<b>Dechant</b> Thomas	X		
<b>Dettenhöfer</b> Petra	X		
<b>Dittmar</b> Sabine		X	
<b>Dodell</b> Renate	X		
<b>Donhauser</b> Heinz			
Dr. <b>Dürr</b> Sepp			
<b>Eck</b> Gerhard	X		
<b>Eckstein</b> Kurt			
<b>Eisenreich</b> Georg	X		
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
<b>Felbinger</b> Günther			
Dr. <b>Fischer</b> Andreas	X		
Dr. <b>Förster</b> Linus		X	
<b>Freller</b> Karl	X		
<b>Füracker</b> Albert	X		
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul		X	
<b>Gehring</b> Thomas			
<b>Glauber</b> Thorsten			X
<b>Goderbauer</b> Gertraud			
<b>Görlitz</b> Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas	X		
<b>Gote</b> Ulrike		X	
<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Güll</b> Martin		X	
<b>Güller</b> Harald		X	
<b>Guttenberger</b> Petra	X		
<b>Hacker</b> Thomas	X		
<b>Haderthauer</b> Christine	X		
<b>Halbleib</b> Volkmar		X	
<b>Hallitzky</b> Eike		X	
<b>Hanisch</b> Joachim			
<b>Hartmann</b> Ludwig		X	
<b>Heckner</b> Ingrid	X		
<b>Heike</b> Jürgen W.	X		
<b>Herold</b> Hans	X		
Dr. <b>Herrmann</b> Florian	X		
<b>Herrmann</b> Joachim	X		
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Hessel</b> Katja	X		
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang	X		
<b>Hintersberger</b> Johannes	X		
<b>Huber</b> Erwin	X		
Dr. <b>Huber</b> Marcel	X		
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto	X		
<b>Huml</b> Melanie	X		
<b>Imhof</b> Hermann	X		
<b>Jörg</b> Oliver	X		
<b>Jung</b> Claudia		X	
<b>Kamm</b> Christine			
<b>Karl</b> Annette		X	
<b>Kiesel</b> Robert	X		
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver			
<b>Klein</b> Karsten	X		
<b>Kobler</b> Konrad			
<b>König</b> Alexander	X		
<b>Kohnen</b> Natascha		X	
<b>Kränzle</b> Bernd			
<b>Kreuzer</b> Thomas	X		
<b>Ländner</b> Manfred	X		
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp	X		
<b>Lorenz</b> Andreas	X		



Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian		X	
<b>Maget</b> Franz		X	
<b>Matschl</b> Christa	X		
<b>Meißner</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate	X		
<b>Meyer</b> Brigitte	X		
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Miller</b> Josef	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Mütze</b> Thomas		X	
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa		X	
<b>Nadler</b> Walter	X		
<b>Neumeyer</b> Martin	X		
<b>Nöth</b> Eduard	X		
<b>Noichl</b> Maria		X	
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele		X	
<b>Perlak</b> Reinhold		X	
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			X
<b>Pohl</b> Bernhard			X
<b>Pointner</b> Mannfred			X
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz Josef	X		
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			
<b>Radwan</b> Alexander	X		
<b>Reichhart</b> Markus		X	
<b>Reiß</b> Tobias	X		
<b>Richter</b> Roland	X		
Dr. <b>Rieger</b> Franz	X		
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Ritter</b> Florian		X	
<b>Rohde</b> Jörg	X		
<b>Roos</b> Bernhard		X	
<b>Rotter</b> Eberhard	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
<b>Rüth</b> Berthold	X		
<b>Rütting</b> Barbara			
Dr. <b>Runge</b> Martin		X	
<b>Rupp</b> Adelheid		X	
<b>Sackmann</b> Markus	X		
<b>Sandt</b> Julika	X		
<b>Sauter</b> Alfred			
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schindler</b> Franz			
<b>Schmid</b> Georg	X		
<b>Schmid</b> Peter			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga		X	
<b>Schneider</b> Harald		X	
<b>Schneider</b> Siegfried	X		
<b>Schöffel</b> Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schopper</b> Theresa		X	
<b>Schorer</b> Angelika	X		
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin	X		
<b>Schuster</b> Stefan		X	
<b>Schweiger</b> Tanja		X	
<b>Schwimmer</b> Jakob			
<b>Seidenath</b> Bernhard	X		
<b>Sem</b> Reserl	X		
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Sinner</b> Eberhard	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus	X		
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin		X	
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig	X		
<b>Sprinkart</b> Adi		X	
<b>Stachowitz</b> Diana		X	
<b>Stahl</b> Christine		X	
<b>Stamm</b> Barbara	X		
<b>Steiger</b> Christa		X	
<b>Steiner</b> Klaus	X		
<b>Stewens</b> Christa	X		
<b>Stierstorfer</b> Sylvia	X		
<b>Stöttner</b> Klaus	X		
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter	X		
<b>Tausendfreund</b> Susanna			
<b>Thalhammer</b> Tobias	X		
<b>Tolle</b> Simone			
<b>Unterländer</b> Joachim	X		
Dr. <b>Vetter</b> Karl		X	
<b>Wägemann</b> Gerhard	X		
<b>Weidenbusch</b> Ernst	X		
<b>Weikert</b> Angelika		X	
Dr. <b>Weiß</b> Bernd	X		
Dr. <b>Weiß</b> Manfred	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim		X	
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Wild</b> Margit			
<b>Will</b> Renate	X		
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Winter</b> Peter	X		
<b>Wörner</b> Ludwig		X	
<b>Zacharias</b> Isabell		X	
<b>Zeil</b> Martin	X		
<b>Zeitler</b> Otto	X		
<b>Zellmeier</b> Josef	X		
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas			
<b>Gesamtsumme</b>	95	57	4